



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit:

Wie europäisch ist Europas Linke?

**Standortbestimmung der europäischen Linksparteien unter dem Aspekt der
Europäisierung**

Verfasserin

Barbara Steiner

Angestrebter akademischer Grad:

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl: A 300

Matrikelnummer: 0303834

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Betreuer: O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Inhalt

1	Vorwort	7
1.1	Persönliche Ausgangssituation und Forschungszugang	7
1.2	Geschlechtergerechte Sprache und Schrift.....	7
1.3	Prämissen feministischer und marxistischer Wissenschaft.....	9
2	Einleitung.....	13
2.1	Forschungsstand der Parteilforschung zu linken Parteien in Europa	15
2.2	Aufbau der Arbeit	16
3	Theorie und Begriffserklärungen.....	17
3.1	Parteienforschung	17
3.2	Parteilfamilien	20
3.3	Ost und West als Analysekatelorie?.....	25
4	Europa und EU	27
4.1	Aktuelle europäische politische Entwicklungen und Trends	27
4.2	Historische und gesellschaftliche Entwicklungen in Europa.....	30
4.3	Entwicklungen in den Parteilsystemen der europäischen Länder.....	34
4.4	Europäische Integration.....	38
	Zwischenresümee.....	41
5	Die Linke Europas.....	43
5.1	Soziale Bewegungen	43
5.2	Linke Parteien.....	44
5.3	Historische Entwicklungen und Ausdifferenzierung der linken Parteien	46
5.4	Postkommunistische Parteien in Zentral- und Osteuropa.....	53

5.5	Gibt es eine linke europäische Parteifamilie?	54
5.6	Die Europäische Linkspartei	62
6	Europäisierung.....	69
6.1	Analyserahmen zur Europäisierung nationaler Parteien.....	70
6.2	Europäisierung der Linksparteien.....	75
7	Zusammenfassung und Resümee	83
8	Literaturnachweise	89
8.1	Literatur.....	89
8.2	Vorträge	93
8.3	Internetquellen	94
Anhang		97
	Abbildungsverzeichnis.....	97
	Abkürzungen	98
	Studie Typologie der Linksparteien anhand dreier cleavages, 2010.....	99
	Lebenslauf	104
	Abstract.....	105

Danke

Ich danke meinen lieben Korrekturleser_innen – also etwa schließlich nichtsdestotrotz jedenfalls – Nora, Sevi, Taschka, Wernito. Ihnen und Ali, Flo, Franz, Heidi, Katharina, Kayode, Nene, Nis, Shkelzen, Ulli, Vroni, Walter, danke ich auch von ganzem Herzen für die Unterstützung, das Feedback und den guten Zuspruch – nicht nur beim Schreiben.

Bei meinen Eltern Franz und Ulli bedanke ich mich besonders für ihre finanzielle als auch seelische Rückendeckung.

Ich bedanke mich auch herzlich bei meinem Betreuer Peter Gerlich für seine Seminare, seine Coolness und seine Unterstützung.

1 Vorwort

Ich möchte in diesem Vorwort meine persönliche Ausgangsposition und meinen Forschungszugang erläutern. Ich folge damit einem Postulat feministischer Wissenschaft, die eigene Position und theoretische Verortung transparent zu machen, da es keine „neutrale“ oder „objektive“ Wissenschaft gibt. Der traditionelle „normale“ Wissenschaftsbetrieb ist unausgesprochen androzentristisch und von hegemonialer Männlichkeit geprägt. Deshalb nehme ich mir etwas Zeit, in diesem Vorwort neben einer Erklärung des Versuchs geschlechtergerechter Schreibweise einen Abriss zu feministischer Wissenschaftskritik und Forschung zu liefern.

1.1 Persönliche Ausgangssituation und Forschungszugang

Meine persönliche Ausgangssituation bot auch die Motivation für die Themenwahl: Ich arbeite im Koordinationsbüro von *transform!europe*, der politischen Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL). *transform!* ist ein europaweites Netzwerk, bestehend aus 22 verschiedenen linken und marxistischen Forschungsinstituten, -organisationen, Stiftungen und Zeitschriften aus 16 europäischen Ländern. Das Netzwerk und seine Akteur_innen geben halbjährlich ein Journal heraus, sind in sozialen Bewegungen aktiv, veranstalten Seminare und Workshops. *transform!europe* hat zum Ziel, den Dialog und die Vernetzung innerhalb der europäischen Linken zu befördern und gemeinsam Konzepte für eine soziale europäische Integration zu entwerfen, um eine Transformation der derzeitigen EU und der Welt zu erreichen.

transform! verfolgt zurzeit zwei Hauptprojekte, die miteinander verwoben sind, eines zur Analyse der gegenwärtigen Krisen und eines zu politischen Perspektiven und Strategien der europäischen Linken. Letzteres Projekt wird in enger Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung, der Stiftung der deutschen LINKEN durchgeführt.

Nachdem ich meine persönliche Situation und Motivation umrissen habe, möchte ich wie angekündigt die von mir verwendete möglichst geschlechtergerechte Schreibweise erklären und die Prämissen feministischer und marxistischer Wissenschaft erläutern.

1.2 Geschlechtergerechte Sprache und Schrift

Ich verwende in meiner Arbeit für die Bezeichnung von Personen einen Unterstrich um eine geschlechtergerechte Schreibweise zu erreichen. Die Schreibweise „Forscher_innen“ wird als *Gender_Gap* („Geschlechter-Zwischenraum“) bezeichnet und soll alle Menschen jenseits von

biologischen und sozialen Geschlechterkategorien einbeziehen. Das schließt auch queere, Transgender-, Transsex- und Intersexpersonen ein, die sich weder zu der herkömmlichen Geschlechter-Kategorie „Mann“ noch „Frau“ zuordnen können oder wollen.

Eine andere Schreibweise wäre „Forscher*innen“ – statt dem Unterstrich-Zwischenraum, in dem die vielfältigen möglichen Geschlechtsidentitäten Platz haben sollen, wird ein Stern verwendet. Der Stern wird auch in der Informatik als Platzhalter für beliebig viele Zeichen verwendet. Diese Schreibweise wurde in der *Queer Theory* entwickelt (Vgl. Herrmann 2003; Baumgartinger 2008).

Wie die Diskurs- und Sprechakttheorien der Postmoderne zeigen, bildet Sprache unsere Realität und Diskurse nicht nur neutral ab, sondern konstruiert diese auch mit. Das heißt, Sprache und Schrift machen etwas mit jenen, die sie gebrauchen und mit jenen, die damit (nicht) beschrieben werden.

In den 70er Jahren, in der *Neuen Frauenbewegung*, wurde eine Feministische Linguistik entwickelt. Pionier_innen im deutschsprachigen Raum sind Senta Trömel-Plötz (1982) und Luise F. Pusch. Die österreichischen Autor_innen Elfriede Jelinek und Marlene Streeruwitz etwa beschäftigten sich auch mit der Frage, ob es eine *Frauensprache* gibt und wie diese aussieht. Sie haben sich mit der Unterdrückung, der Auslassung und Unsichtbarmachung der Frauen durch Sprache auseinandergesetzt. Auch die Reproduktion von Herrschaft durch das Verwenden der Sprache der Herrschenden haben sie analysiert. Das tun sie nicht nur in ihren Dramen und Romanen sondern auch in linguistischen Texten – Marlene Streeruwitz etwa in den *Poetikvorlesungen* (1997).

Mit der Einführung des sogenannten *Binnen-Is* und anderer geschlechtergerechter Schreibweisen wurde versucht die Frauen sichtbar zu machen. Diese Versuche wurden mitunter stark kritisiert. In akademischen Kreisen und in manchen (Online-)Medien¹ wird das Binnen-I aber mittlerweile angewandt. Neueste feministische Ansätze kritisieren jedoch, die Verwendung des Binnen-I suggeriere eine Geschlechterdichotomie – als gäbe es nur entweder Mann oder Frau. Der Unterstrich will auch diese *hegemoniale Zweigeschlechtlichkeit* aufbrechen.

Natürlich ist solch eine schriftliche Bemühung der geschlechtergerechten Schreibweise und Sprache nie genug. Es existieren die Kategorien Frau und Mann und die dazugehörigen Anrufungen ja weiterhin im echten Leben – und funktionieren als Rollenzuschreibung sowie als Diskriminierungs- und Unterdrückungskategorien. So bleibt die Kategorie *Frau* auch

1 z.B. www.derstandard.at

sicher weiterhin wichtig in der Formulierung von Interessen, in der Bildung von Kollektiven und in der Austragung von gesellschaftlichen Interessenskonflikten.

Diese Unterdrückung und Ungleichheiten, die eine Gesellschaft konstituierenden Geschlechter- und Ausbeutungsverhältnisse, bilden dann auch den Ausgangspunkt feministisch- marxistischer Analyse, deren Prämissen ich versuche zusammenzufassen.

1.3 Prämissen feministischer und marxistischer Wissenschaft

Eine der Grundprämissen feministischer Wissenschaft ist es, die Position der Wissenschaftsproduzent_innen transparent zu machen und selbstreflexiv die eigene Perspektive und den eigenen Standpunkt zu verorten (vgl. Dackweiler 2004, 62). Forschung impliziert immer subjektive Wertungen und Urteile. Es gibt keine „objektive“ Wissenschaft und „neutrale“ Wissenschaftler_innen. Wenn diese vorgeben es zu sein, so kann davon ausgegangen werden, dass Mainstream-Annahmen der Wissenschaft und herrschende ideologische Kräfteverhältnisse übernommen und reproduziert werden. Denn es gibt durchaus eine „Abhängigkeit sozialwissenschaftlich-akademischer Diskurse von den jeweiligen politisch-ideologischen Konjunkturen“ (Deppe 2000, 337). Linke, feministische Parteien- und Europaforschung beschäftigt sich damit, wie die Herrschaftsmechanismen und -reproduktionen auch in der Wissenschaft eingelagert sind. Die historische Entwicklung der Kapitalakkumulation ist als „Prozeß der Bewegungen von sozialen [und Geschlechter-] Widersprüchen und von – periodisch reproduzierten – ökonomischen Krisen [zu] begreifen“ (Deppe 2000, 334).

(Mainstream-)Wissenschaftskritik

Ich verorte meinen theoretischen Standpunkt in einem feministischen und marxistischen Umfeld, und möchte die Prämissen feministischer und marxistischer Wissenschaft meiner Forschungsarbeit vorausschicken. Doch dieses Vorhaben stößt auf verschiedene Schwierigkeiten im Kontext der Mainstreamwissenschaft. Es bleiben die Herrschaftsmechanismen, Machtstrukturen und die gesellschaftlichen Interessenskonflikte zwischen den Geschlechtern ausgeblendet, aber genauso auch die zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Mehrheitsbürger_innen und Einwanderer_innen und Flüchtlingen (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 12). All diese Problemfelder abseits der Mainstreamwissenschaft, die oft mit ihren Erklärungen in einem beschreibenden und lösungsorientierten, im System kreisenden Zirkel verharret, möchte ich in meiner Forschungsarbeit mitdenken.

Der herrschende Wissenschaftsbetrieb unterliegt nicht nur ideologischen Konjunkturen, er hat auch ein Geschlecht. Dies beschreibt Kreisky (2004) mit dem Begriff des *Androzentrismus*. Es herrscht Androkratie und Männerbündelei, wie in jedem gesellschaftlichen Bereich auch im Wissenschaftsbetrieb. Männliche Netzwerke funktionieren wie von selbst und sichern die männliche physische und inhaltliche Dominanz (vgl. Kreisky 2004, 27f). So ist nicht nur der Akteur_innenbereich der Politik überwiegend männlich dominiert – andokratisch – auch der Bereich der Politikwissenschaft und die Forschungsperspektiven selbst. Auch auf inhaltlicher Ebene spiegelt sich das: Androzentrismus ist die Verinnerlichung männlicher Lebensmuster und Denksysteme als Normalität. Feministische Wissenschaftskritik macht dies sichtbar und dekonstruiert die überall vorherrschende, scheinobjektive, männliche Norm und rekonstruiert Begriffe, Kategorien und Theorien (vgl. Dackweiler 2004, 54f).

Im Common Sense sind die Unterschiede von Mann und Frau ganz normal und natürlich. Tatsächlich sind die Zweigeschlechtlichkeit, die Zwangsheterosexualität (Heterosexualität als „das Normale“) und die Geschlechterhierarchie nicht naturgegeben, sondern gesellschaftlich konstruiert. Die üblichen Begriffe, Themen, Kategorien und Theorien sind männerzentriert. Der Mann, das „Männliche“ wird als die Norm, das Selbstverständliche gesehen und die Frau, das „Weibliche“ als „das Andere“, das stets extra markiert werden muss (vgl. Kreisky 2004, 23f). Deshalb wird auch der Mainstream, also die „[h]egemoniale[n] Sichtweisen einer wissenschaftlichen Disziplin“ (Rosenberger/ Sauer 2004, 263) mitunter als „Malestream“ bezeichnet.

In den Forschungsbereichen der Internationalen Beziehungen, der Parteienforschung und der Theorie der europäischen Integration ist die Hartnäckigkeit dieses Malestreams besonders offensichtlich. Diese Forschungsbereiche gehören zu jenen Bereichen der Politikwissenschaft, die sich am längsten gegenüber einer geschlechtersensiblen und feministischen Perspektive verschlossen haben. Die Sphäre von politischem Einfluss und Macht, Ökonomie, Institutionen, Verträgen, Richtlinien, Regierungen, Staaten, Nationen und Parteien werden noch immer als „harte“ und „männliche“ Wissenschaftsbereiche angesehen. „Weiche“ Themen, die Frauen betreffen – wie die Frage der Reproduktion, *Care economy*, aber auch der Dienstleistungssektor und die zunehmende Prekarisierung von Lebensverhältnissen, werden noch immer in der Privatsphäre angesiedelt, und bleiben dem wissenschaftlichen Blick des Mainstreams verborgen (vgl. Dackweiler, 2004 54f).

Feministische Forschung bedeutet aber nicht nur die Lebensumstände des weiblichen Subjekts zu analysieren und die „Frauenthemen“, also normalerweise dem „Privaten“ zugeordnete Bereiche, ins Blickfeld zu nehmen. Es genügt nicht, überall „die Frauen“ dran zu hängen. Die Analysekategorie *Geschlecht* muss immer – nicht nur zur Analyse der

„Frauenthemen“ – angewandt werden. Geschlecht muss also Querschnittsmaterie sein. Geschlecht konstituiert sich durch alle Formen sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verhältnisse und konstituiert wiederum Politik, Kultur, Sprache, Ökonomie, Staaten, Gesetze, Wissenschaft, Religion bis hin zu scheinbar „natürlichen“ Landschaften und Körpern. Es gibt kein Forschungsgebiet, dem Geschlecht nicht innewohnend wäre. Keine wissenschaftliche Betrachtung ist geschlechtsneutral, universal und objektiv möglich (vgl. Brand/ Ceceña 2000: 200).

Feministische Wissenschaft kommt also zu der Erkenntnis, dass Geschlecht ein Konstrukt zur Stabilisierung von Herrschaft, Hierarchie und Unterdrückung ist. Dass sowohl *sex* als auch *gender*, also biologisches und soziales Geschlecht, konstruiert und nicht natürlich sind. Dass es somit auch keine natürliche Zweigeschlechtlichkeit – „natürliche Weiblichkeit und Männlichkeit“ gibt. Dennoch gilt es zu erkennen, dass eben dieses Zweigeschlechtlichkeitskonstrukt fortbesteht. Sie ist neben anderen konstruierten Dichotomien wie etwa Natur – Kultur eine Grundlage der „modernen Gesellschaften“. Es gibt also eine soziale Differenz zwischen Mann und Frau, sie kann nicht negiert werden. Deshalb will ich mich in meiner Forschung mit feministischem Anspruch auf die existierende sozial konstruierte Zweigeschlechtlichkeit und die damit verbundenen Hierarchien und Herrschaft beziehen. Die Geschlechterverhältnisse bilden meine Ausgangssituation.

Nun muss aber auch erwähnt sein, dass nie von einem einheitlichen gesellschaftlichen Subjekt „Frau“ ausgegangen werden kann. Differenzen zwischen Frauen aufgrund Klasse, „Ethnie“, sexueller Orientierung, Alter etc. „strukturieren die konkrete Bedeutung, die das Geschlecht für Frauen besitzt“ (Brand 2000: 201). Eine indigene, arme Frau in Chiapas führt einen anderen Kampf als eine weiße, der Mittelschicht angehörige Frau in Österreich. Wenn diese Differenzen mitgedacht werden, muss jedoch immer noch verhindert werden, dass in essentialistischer und exotisierender Weise das kollektive Subjekt der „3. Welt – Frau“ als marginalisiertes, unterdrücktes, ungebildetes Opfer konstruiert wird. Postkolonialen Ansätzen zufolge sind die „Subalternen“, das „Andere“, die „3. Welt“ oder „der Orient“ wichtig zur Selbstdefinition der Mehrheit, des Westens, der „modernen Welt“. Das „Abendland“ konstruiert sich selbst erst über den Unterschied zum „Morgenland“. Darin besteht auch die Gefahr des *Eurozentrismus*, dass ein „wir“ und „die Anderen“ konstruiert wird (vgl. Said 2003; Spivak 2008). Die feministische Wissenschaftlerin der „postcolonial studies“ Chandra Talpade Mohanty verwendet in ihrem Aufsatz „Under Western Eyes revisited“ die Definition der „One Third/ Two Thirds World“ von Gustavo Esteva und Madhu Suri Prakash. Diese ist entgegen der Definition „First/Western World“ und „Third World“ nicht eine geografische Kategorisierung, sondern bezieht sich auf die sozialen und lebensqualitativen Unterschiede in allen Ländern der Welt. Eine Elite an Reichen (das

„Oberschicht-drittel“), deren Lebensstandard auf Modernität und Luxus basiert gibt es überall. Genauso wie die breite Masse ohne Privilegien, Ressourcen und Kapital (vgl. Mohanty 2002: 506f). Zentrum und Peripherie sind in der globalisierten Welt also keine geografischen Kategorien. Vielmehr sind sie Ausdruck gesellschaftlicher Hierarchien.

Feministische Parteienforschung und Integrationstheorie: „Add women and stir“?

Nun ist es, wie oben beschrieben, ein Anspruch der feministischen Wissenschaft, nicht nur die „weichen“ „Frauenthemen“ zu behandeln, sondern alle Bereiche der Politik mit einem kritischen, geschlechtersensiblen Blick zu betrachten. Tatsache ist aber, dass dieser generelle Anspruch feministischer Theorie noch nicht erfüllt ist: weder gibt es annähernd eine Ausgewogenheit der Geschlechter im (feministischen) Wissenschaftsbetrieb, noch gibt es eine großflächige „Eroberung“ der „traditionellen“ politikwissenschaftlichen Themen durch die feministische kritische Wissenschaft. So finde ich in der Literatur zu Europa und Parteien und auch in der kritischen, linken Literatur zu Parteienforschung und Integrationstheorie eine *hegemoniale Männlichkeit* vor. „Minderheiten(themen)“ wie Frauen, Reproduktion, Migration werden extra markiert, sie sind kein Teil einer allgemeinen Perspektive. Die Frage des Demokratiedefizits und der Legitimationskrise der EU wird in einer Vielzahl an Texten behandelt, doch der strukturelle Ausschluss von Frauen aus der Politik, einer noch immer männlich dominierten Arena, und der institutionalisiert rassistische Ausschluss von Nicht-EU-Bürger_innen wird vergessen. Selbst in dem Text von Brigitte Young zu Geschlechterpolitik in der EU, der einen feministischen Anspruch in der Analyse der Gleichstellungspolitik der EU hat, wird lediglich die Sphäre der Lohnarbeit und der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungs- und die spärlichen sozialpolitischen Richtlinien für diesen Bereich erörtert. Eine tiefergehende Kritik der patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse bleibt aus. Somit bleibt eine recht oberflächliche Kritik an dem Zusammenspiel von Gender Mainstreaming, der Deregulierung der Arbeitsmärkte und einer mangelhaften Umsetzung der Richtlinien durch die nationalen Gesetze (vgl. Young 2000). In politikwissenschaftlichen Analysen werden Frauenthemen und die frauenspezifische Politik oft hinten angehängt. Diese Praxis wird auch als „add women and stir“-Verfahren („Frauen hinzugeben und umrühren“) bezeichnet. Geschlecht wird nicht als allgemeine Kategorie eingeführt. Dieses Verfahren verwendet sogar Abels (2005) in einem – schon dem Titel nach dezidiert feministischen – einführenden Text zu den feministischen Perspektiven auf die Theorien der europäischen Integration. Der Blick wird nicht auf die grundlegende Vergeschlechtlichung jeglicher Politikbereiche geworfen. Ich werde dennoch versuchen die Prämissen feministischer Wissenschaft in der vorliegenden Arbeit anzuwenden.

2 Einleitung

Vor dem Hintergrund des gegenwärtig immer öfter prognostizierten Zerfalls Europas im Zusammenhang mit der Eurokrise und den Re-Nationalisierungstendenzen ist die Frage der europäischen Integration von besonderem Interesse.

Allein mit den mit „Europa“ verbundenen Konstruktionen von Identität und Kollektiven, der symbolisch-kulturellen Aufladung und den Interessen dahinter könnte sich eine eigene Arbeit beschäftigen. EU-Befürworter_innen vertreten oft die Auffassung von Europa als einer „Gemeinschaft des Geistes und der Werte“. Diese wohlklingende Beschreibung verschleiert jedoch, dass es um weit mehr geht, die EU eine Wirtschaftsunion und auf dem Wege zur verstärkten militärischen Kooperation ist (vgl. Schirdewan 2009, 7). Die EU ist auf keinen Fall eine Union der sozialen Standards und der gerechten Umverteilung von Reichtum von oben nach unten und weist starke Demokratie- und Legitimationsdefizite auf. „Werte“, wie sie die Menschenrechte wohl darstellen, werden täglich mit Füßen getreten, innerhalb der Staaten und vor den Toren der *Festung Europa*. Täglich sterben Menschen beim Versuch in eine sichere Zukunft im „Westen“ zu fliehen. Sie werden von der EU-Grenzsicherungsagentur FRONTEX, abgefangen, die mit Euro-Beträgen in Millionenhöhe finanziert wird – von EUR 6 Mio. im Gründungsjahr 2005 stieg das Budget auf EUR 86 Mio. im Jahr 2011 (Frontex 2011 [Online]).

Was europäisch ist, wird einmal geografisch, dann politisch-institutionell, historisch oder kulturell, bis hin zu religiös erklärt. Ob nun also das Gebiet von der Algarve bis zum Bosphorus und vom Nordkap bis Malta vor dem inneren Auge schwebt oder das „christliche Abendland“, in jedem Falle ist die EU in ihren gegenwärtigen Grenzen nur ein Teil Europas.

Ich werde mich mit europäischen linken Parteien auseinandersetzen. Einige haben sich in der transnationalen Partei, der *Europäischen Linkspartei* (EL) zusammengeschlossen. Die EU und ihre Institutionen und die Medien ihrer Länder sind der hauptsächliche politische Aktionsrahmen für die europäische Linke und speziell der Europäischen Linkspartei. Die EL hat jedoch auch drei Mitgliedsparteien aus Ländern außerhalb der EU. Das ist ein bewusstes Zeichen, Europa als etwas Größeres zu begreifen als nur den institutionalisierten EU-Teil. Die Union als hochintegrierte Region Europas, politisches System und Gemeinwesen bleibt der Ausgangs- und Referenzrahmen meiner Forschung.

Die EU wird von verschiedenen Forscher_innen unterschiedlich definiert, „[n]icht wenige betrachten die EU denn auch als ein neuartiges Gebilde, ein System ‚sui generis‘ (z.B. Jachtenfuchs 1997), das über den Status einer intensiven zwischenstaatlichen Kooperation zwar längst hinaus gelangt ist, sich von bundesstaatlichen Systemen jedoch nach wie vor

deutlich unterscheidet“ (Bieling/Steinhilber 2000, 8). Nach Eigendefinition der EU machen die „vier Freiheiten“ (Kapital, Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräfte) des Binnenmarktes (vgl. Young 2000, 145) den Charakter der EU aus.

Europäisch in einem linken Sinne würde bedeuten, auf europäischer Ebene transnational zu denken, zu analysieren und zu agieren. Auch wenn Europa als politischer und geografischer Raum und die EU als Institution dabei der Handlungsrahmen ist, gilt es jedoch immer den Eurozentrismus in den eigenen Sichtweisen zu reflektieren. Allein auf nationaler Ebene machen politische Forderungen und politische Organisation keinen Sinn mehr.

Einem marxistischen Ansatz zur europäischen Integration folgend, ist die Politik nie getrennt zu sehen von der Ökonomie und die Staats- und EU-Institutionen nicht getrennt von den gesellschaftlichen Interessenskonflikten und Kräfteverhältnissen (vgl. Beckmann 2005).

Es gilt also, „daß die Probleme, Triebkräfte und Motive der europäischen Integration sich nicht allein über die Institutionen, Regulationsformen und Netzwerkstrukturen des Mehrebenensystems erschließen, sondern immer auch über die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der diesen zugrunde liegenden Akkumulations- und Krisendynamik“ (Bieling/Steinhilber 2000, 13). Das will ich in meiner Arbeit beachten.

Ich behandle die Parteien der EU als Akteurinnen (auf nationaler Ebene und in transnationaler Kooperation). Klaus von Beyme (2000) widerspricht der Ansicht, des oftmals prognostizierten „Niedergang der Parteien“:

Es gibt keinen Niedergang der Parteien, sondern allenfalls einen überfälligen Rückzug aus Bereichen, in welche diese nicht mehr gehören. Gingen die Parteien je unter, müssten sie wieder erfunden werden. Als Klammer für Willensbildung innerhalb und außerhalb von Parlament und Regierung sind sie noch immer unersetzbar. (12)

Ich untersuche in dieser Arbeit die Linksparteien – Parteien links der Sozialdemokratie – in den Ländern der Europäischen Union. Nach dem Ende des Realsozialismus standen die westeuropäischen kommunistischen und linken Parteien vor der Herausforderung einer neuen politisch-ideologischen Ausrichtung. Viele erneuerten ihre politische Linie und ihre Sozialismusvorstellung, änderten oft auch den Namen, manche behielten ihren Kurs weitgehend bei. Die Haltungen zur europäischen Integration und zur Europäischen Union sind innerhalb des linken Spektrums aufgefächert. Die Forderungen reichen vom Austritt des eigenen Landes bis zu der Vision eines gemeinsamen Europas ohne Grenzen. Ich möchte untersuchen, wie es sich tatsächlich um die Linksparteien und ihre Einstellung zu Europa und zur EU verhält.

Die nationalen Parteien sind Akteurinnen auf drei Ebenen: einmal in ihrem nationalen Rahmen und Parteienwettbewerb, dann als Mitglieder der Europäischen Linkspartei oder anderen transnationalen Netzwerken und Organisationen und – so sie Abgeordnete in das Europaparlament entsendet haben – sind diese Teil der linken Fraktionsgemeinschaft *Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left GUE/NGL* (vgl. Mittag/Steuwer 2010).

Mein Forschungsinteresse kreist um die Frage, wie europäisch die Linksparteien Europas sind, ob es eine kohärente linke Parteifamilie gibt und ob sich eine Europäisierung der nationalen Parteien feststellen lässt. Meine Hypothese ist, dass es einen Zusammenhang gibt, zwischen dem Ausmaß der Europäisierung, der politisch-ideologischen Einordnung im linken Spektrum und der möglichen Zuordnung zu einer linken Parteifamilie.

2.1 Forschungsstand der Parteiforschung zu linken Parteien in Europa

Im letzten Jahrzehnt wird verstärkt auch abseits von Totalitarismus- oder Extremismustheorie zu linken Parteien in Europa geforscht. Die deutschen, doch international agierenden Stiftungen Friedrich Ebert Stiftung (SPDnahe) und Rosa Luxemburg Stiftung (politische Stiftung der Partei *DIE LINKE*) sind hier zu erwähnen sowie viele weitere einzelne Autor_innen. Dennoch hat das Forschungsgebiet noch erhebliche Lücken und die Ergebnisse sind auf viele kleine Beiträge in Sammelbänden oder kleinen Publikationen verteilt. Außerdem beschränkt sich der Analyserahmen doch meist wieder auf nationale Parteien. Eine Forschung mit europäischem Fokus – und nicht wieder eine Aneinanderreihung von Länderstudien – fehlt nahezu gänzlich.

Ein statistischer Blick etwa auf die Entwicklung der verschiedenen Parteiströmungen in der europäischen Linken fehlt ganz und gar. Auch zu den Mitgliedern und den Wähler_innen linker Parteien wurde noch nicht eingehender geforscht. Es ist zurzeit vor allem Luke March, der umfassende Grundlagenforschung zu den einzelnen Parteien Europas und einer Typologie betreibt. Die Rosa Luxemburg Stiftung vereinigt in ihrem Parteiforschungs-Projekt unter der Leitung von Conny Hildebrandt, Birgit Daiber und Anna Striethorst verschiedenste europäische Autor_innen. Und schließlich befragt *transform!* im Rahmen des Projects „Strategies and Perspectives of the Radical/Transformative Left“ seine Mitglieder regelmäßig in Form von Fragebögen und versucht diese in ihrem Zusammenhang zu analysieren.

2.2 Aufbau der Arbeit

Nachdem ich im Vorwort meine persönliche Ausgangsposition und meinen Forschungszugang erläutert habe, meine geschlechtergerechte Schreibweise erklärt habe, auf die Prämissen feministischer Wissenschaft und Wissenschaftskritik eingegangen bin und die Relevanz derselben für meine Arbeit aufgezeigt habe, habe ich nun neben einer Einleitung in mein Thema einen Überblick über den Forschungsstand der Parteiforschung zu linken Parteien gegeben.

Im dritten Kapitel will ich in die verwendeten theoretischen Ansätze einführen und Begriffe klären. Bei den verschiedenen Ansätzen der Parteienforschung werde ich vor allem auf den cleavage-Ansatz näher eingehen. Ich stelle das Konzept der Parteifamilien² vor und beleuchte die spezifischen Probleme von gesamteuropäischen Analysen und der gängigen Einteilung in „Ost-“ und „Westeuropa“.

Das vierte Kapitel zu Europa und der EU stellt den Rahmen meiner Arbeit dar. Ich gebe einen Überblick über aktuelle politische Entwicklungen und Trends, vor allem die Krise und die elektoralen Entwicklungen. Als historische und gesellschaftliche Entwicklungen greife ich zwei für mein Thema, die Linksparteien, relevante Entwicklungen heraus – den Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Veränderung der Produktions- und Geschlechterverhältnisse. Außerdem beschreibe ich Entwicklungen in den Parteiensystemen der europäischen Länder und gehe ein auf das Konzept der Europäischen Integration.

Im fünften Kapitel gebe ich einen Überblick über die Linke Europas. Ich umreiße hier zuerst die neuen sozialen Bewegungen um dann zu den Kernakteurinnen dieser Arbeit zu gelangen, den linken Parteien. Ich gebe einen Überblick über die historische Entwicklung und Ausdifferenzierung der linken Parteien in „Westeuropa“ und gehe auf die poststaatssozialistischen Parteien in Zentral- und Osteuropa ein. In Folge behandle ich die Frage, ob von einer linken europäischen Parteifamilie gesprochen werden kann und stelle dann die Europäische Linkspartei vor.

Im sechsten Kapitel zur Europäisierung nähere ich mich über einen Analyserahmen zur Europäisierung nationaler Parteien den europäisierten Politikgehalten der Linksparteien um schließlich beispielhaft einige Linksparteien entlang der Konfliktlinie Europäisierung zu betrachten.

² Ich verwende den Begriff „Parteifamilie“ und nicht, wie auch oft verwendet „Parteienfamilie“. Ich übernehme hier Klaus von Beymes Begrifflichkeit, der dieses Konzept im deutsch- und auch englischsprachigen Raum bekannt gemacht hat (vgl. Mair/Mudde 1998, 213)

3 Theorie und Begriffserklärungen

3.1 Parteienforschung

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze warum Parteien gewählt werden. Grob sind sie einzuteilen in soziologisch/sozialstrukturelle Ansätze, sozialpsychologische Ansätze und verschiedene *rational choice*-Modelle (Saalfeld 2007, 89).

Sozialpsychologische Ansätze

Ein sozialpsychologischer Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten geht von einer durch Sozialisation und die Eltern langfristig geprägten und über die Zeit gefestigten *Parteiidentifikation* mit einer Partei aus. Bürger_innen wählen „in der Regel die Partei, mit der sie sich identifizier[...]*en* („Normalwahl“). Abweichungen von dieser Normalwahl werden in sozialpsychologischen Modellen als Ausdruck kurzfristiger Einflüsse bei einzelnen Wahlen interpretiert“ (Saalfeld 2007, 110). Hinzu kommt, dass abnehmende „Milieubindung“ (Mittag/Steuwer 2010, 35) und zunehmende Individualisierung ganz generell Politikskepsis und gleichzeitige Vereinzelung befördern. Dies gibt Parteien mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Lösungsansätzen Auftrieb.

Der soziale Wandel [der achtziger Jahre] begünstigt Individualisierungs- und Flexibilisierungstendenzen. Mit dem Bedeutungsverlust sozialer Milieus, die ehemals eine kollektive Identitätsbildung ermöglichten, sind die Menschen bei der Bewältigung von Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen auf sich selbst zurückgeworfen und suchen folglich nach Ersatzidentitäten.
(Stöss 2006, 521)

Cleavages

Der *cleavage*-Ansatz nach Lipset/Rokkan 1967 ist „ein ‚makrosoziologischer‘ Ansatz[, er] befasst sich vor allem mit der Verbindung zwischen Parteien und bestimmten sozialen Gruppen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene“ (Saalfeld 2007, 103). Die Cleavagetheorie ist eine Weiterführung der Klassentheorie und wird auch als *classvoting*-Ansatz bezeichnet.

Entlang spezieller Konfliktlinien kann die Gesellschaft und Parteienlandschaft eingeteilt werden.

[D]ie vier zentralen gesellschaftlichen [cleavages oder] Konfliktlinien [sind]: die Herausbildung von Nationalstaaten und die damit entstehenden neuen Konflikte zwischen nationalen Zentren und Peripherie (1), zwischen Staat und Kirche um politische und kulturelle Hegemonie (2), die sozioökonomischen Konflikte zwischen städtisch-handwerklichen und ländlich-agrarischen Interessen (3) und Arbeitern und Unternehmern bzw. Kapital und Arbeit (4). (Hildebrandt 2006, 143)

„Cleavages strukturieren viele Bereiche der Politik. Parteien, Parteiensysteme und Interessensverbände haben sich entlang von *cleavages* gebildet“ (Lipset/Rokkan 1967 zit. n. Jahn 2006, 44). Die cleavages wurden immer wieder erweitert, so können sich in einer Gesellschaft auch kurzfristig in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Streitfragen cleavages bilden oder längerfristig neue Konfliktlinien ausgebildet werden (vgl. Mittag/Steuwer 2010 32ff).

Die traditionelle Links-Rechts-Achse moderner Parteiensysteme, die in erster Linie die Einstellung der Parteien zu Fragen der Wirtschaft und der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik [...] zur Grundlage gehabt hat, wird durch den Wertewandel ergänzungsbedürftig. (Pelinka 2005, 110)

Heute kann man davon ausgehen, dass nicht mehr nur die traditionellen Konfliktlinien – seien es *cleavages* oder Klassenkonflikte – ausschlaggebend sind für das Wahlverhalten, sondern mehr und mehr individueller Lebensstil und persönliche Wertorientierung. Dies erklärt zum Teil das starke Wechselwählen.

Eine neue dauerhafte Konfliktlinie ist etwa „Moderne – Postmoderne“ – die den Grad an Sensibilität gegenüber „postmaterialistischen“ Themen wie Bürger_innenrechte, Geschlechterdemokratie, Gleichstellung von Minderheiten, ökologische Fragen, Datenschutz und Nutzung des öffentlichen Raums beschreibt (vgl. Kulke 2010, 124).

Auch entspricht es dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft und der Lebenswirklichkeiten, weg von Organisierung, Solidarität und hin zu Vereinzelung und Selbstmanagement. Als Folge der Ausdehnung der Vermarktwirtschaftlichung auf alle sozialen und gesellschaftlichen Bereiche „nimmt die soziale Ungleichheit zu, der gesellschaftliche Zusammenhalt hingegen ab“ (Bohle 2005, 209).

Die Konfliktlinie „Säkularität – Kirche“ spielt zwar auf den ersten Blick „in der klassischen Form nur noch in wenigen europäischen Ländern (z.B. Polen, Litauen) eine Rolle“ (Kulke

2010, 123). Einiges spricht dafür, den nachhaltigen Einfluss der jeweiligen Staatsreligion oder Kirche in den jeweiligen Ländern auf die Ausgestaltung der Parteiensysteme und die Positionierungen der Parteien zu beachten. Die religiöse Konfliktlinie könnte auch auf die Entstehung der linken Parteien einen Einfluss gehabt haben: „It seems that it was for the political left sometimes easier to appeal to the ordinary believers than to the liberal atheist bourgeoisie“ (Holubec 2010). Auch kann im Zusammenhang mit Religion eine neue Konfliktlinie in den Gesellschaften rund um die Integration verschiedener Religionen in den europäischen Gesellschaften ausgemacht werden. Sie wird vor allem von populistischen Rechtsparteien unter dem Label „clash of cultures“ hochstilisiert und instrumentalisiert. Die Konfliktlinie „Säkularität – Kirche“ kann nicht nur im nationalen Rahmen beobachtet werden – bei der Diskussion um die *EU-Verfassung* wurde diskutiert, inwieweit Religion als kultureller Faktor in einen Verfassungsvertrag aufgenommen werden soll.

Die Konfliktlinie „Arbeit – Kapital“ wurde durch die Transnationalisierung von Kapital und der EU-weiten Mobilität von Waren und nun auch von Arbeit transnationalisiert und kann eigentlich nur mehr in diesem Rahmen sinnvoll betrachtet werden. Anders bei der Konfliktlinie „Zentrum – Peripherie“. Im nationalen Rahmen wird diese als Interessenskonflikt zwischen „Mehrheiten – Minderheiten“ beschrieben, der u.a. Ausdruck findet in einem „forcierten Regionalismus“ (vgl. Kulke 2010, 123). Stanislav Holubec (2010) untersucht dieses regionale cleavage und speziell die Kooperation von regionalistischen Bewegungen und Parteien über Grenzen hinweg. Die regionalistischen und separatistischen Parteien kooperieren auch transnational, sind jedoch ideologisch oft höchst unterschiedlich.

Doch mit Zentrum und Peripherie der EU kann auch noch anderes bezeichnet werden: Durch historische Entwicklungen und durch die Konfliktlinie „Arbeit – Kapital“ gestützt, bildeten sich ein EU-Zentrum und die Peripherie heraus. Das ist wohl am sichtbarsten an der in der Krise immer deutlicher werdenden ökonomischen und auch politischen Hegemonialmacht Deutschlands und Frankreichs. Gleichzeitig werden die hochverschuldeten Länder nunmehr abwertend als PIGS bezeichnet (vgl. Golemis 2010, 43).

Die Konfliktlinie „Stadt – Land“ hat lediglich die Agrarparteien ohne ein urbanes Pendant hervorgebracht. Sie haben sich in unterschiedliche ideologische Richtungen entwickelt – in Skandinavien zu Zentrumsparteien und rechtsextrem in den Niederlanden (vgl. Mair/Mudde 1998, 215).

Eine gesellschaftliche Konfliktlinie, die durch den herkömmlichen cleavage-Ansatz der wahlsoziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung nicht bearbeitet wird, ist die der Geschlechterverhältnisse. Dies kann erklärt werden dadurch, dass Forschung androzentristisch, also geschlechterblind und personell und inhaltlich männlich dominiert ist

(siehe oben). Entlang des Geschlechter-cleavages haben sich auch nur wenige Parteien gebildet, vielmehr sind hier die erste und zweite Frauenbewegung zu nennen und deren Folge-Bewegungen, -Organisationen und -Institutionen. Allein in Schweden, Deutschland und Slowenien gibt es eine Frauenpartei, die zu Wahlen antritt. Die *Feministische Initiative* wurde von Schwedens ehemaliger erfolgreicher Vorsitzenden der Linkspartei Gudrun Schyman gegründet. Sie ist wohl die bekannteste Partei, die entlang der Geschlechterkonfliktlinie – ursprünglich als Druckmittel für geschlechterparitätisch besetzte Kandidat_innenlisten der herkömmlichen schwedischen Parteien – gegründet wurde. Die feministischen und Frauenparteien blieben jedoch bisher marginalisiert. Das verhält sich so, weil sie, meiner Einschätzung nach, mehr damit kämpfen, dass sich entlang einer einzigen Konfliktlinie nur schwer ein konsistenter politischer Zusammenschluss gründen lässt. Allein das Geschlechter-cleavage vereint nicht die Frauen und Feminist_innen etwa entlang des cleavage „Arbeit – Kapital“.

Noch zu erwähnen bleibt ein weiterer Ansatz zur Erklärung der Entwicklung von Parteien. „Angebot – Nachfrage“ ist eine Kategorie der Wahlforschung, die einerseits auf die politische Einstellung und Orientierung der Wähler_innen abzielt und andererseits auf die (Nicht-)Ausbildung, Erscheinungsbild, Auftreten, Relevanz und Seriosität der dazu passenden Parteien (das Angebot). Interessant ist dies vor allem in Hinblick auf Studien, die besagen, dass etwa in Deutschland wesentlich mehr Menschen rechtsextreme Einstellungen haben als es Wähler_innen rechtsextremer Parteien gibt. Dies wird begründet mit taktischem Wählen und einem unbefriedigendem Angebot, als Folge daraus ziehen sich die Wähler_innen in die „Wahlabstinenz“ zurück (vgl. Stöss 2006, 530).

3.2 Parteifamilien

Das Konzept der Parteifamilien ist eines der meistverwendeten, um Parteien länderübergreifend und über gewisse Zeiträume hinweg zu vergleichen. Eine Parteifamilie umfasst, grob umrissen, Parteien die ein gemeinsames politisches Ziel verfolgen und eine ähnliche Kernidentität haben: “The core of the classification of party families rests on the uncovering of a shared political goal that, in turn, harks back to the parties’ core identities” (Mair/Mudde 1998, 225). Das Konzept basiert ursprünglich auch auf der cleavage-Theorie von Lipset/Rokkan (1967):

Rokkan invokes the relatively limited range of types of parties that emerged in mass politics across western [sic] Europe as part of the evidence for the stabilization and continued relevance of the core cleavage structures. (Mair/Mudde 1998, 212)

Entlang von vier Haupt-Konfliktlinien in den Gesellschaften Westeuropas entstanden Parteien, die jeweils ähnliche Ziele verfolgen, „die untereinander inhaltlich verbunden sind und – beginnend mit dem 19. Jahrhundert – sich auch zu grenzüberschreitenden Parteibündnissen zusammenschließen (Beispiel: Sozialistische Internationale)“ (Pelinka 2005, 78). Es wird hier von der Annahme weitgehend ähnlicher historischer Entwicklungen der Staats- und Parteiensysteme ausgegangen (vgl. Mittag/Steuer 2010 17; 35). Gleichzeitig wird ausgegangen von in sich klar ausdifferenzierten nationalen Parteiensystemen. Es gibt in einem Land klassischerweise einen arbeiter_innenbewegten, sozialistischen gegenüber einem bürgerlichen Block. „Etikettierungen als sozialdemokratische, liberale, christdemokratische und konservative Partei waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in zahlreichen europäischen Ländern gebräuchlich“ (Mittag/Steuer 2010, 35). Zu den klassischen Parteien kommen seit den Siebzigern des 20. Jahrhunderts – durch neue cleavages – neue Parteien wie z.B. die Grünen.

Parteifamilien sind ein spezifisch europäisches Phänomen: „Der hohe Grad an transnationaler Gemeinsamkeit sowie an organisatorisch eindeutig voneinander abgrenzbaren politischen Strömungen in Europa ist weltweit einzigartig“ (Mittag/Steuer 2010, 35). Der Ausgangspunkt des Parteifamilienmodells sind die westeuropäischen Gesellschaften und Parteiensysteme. Die Auswahl der Konfliktlinien entlang derer die Parteifamilien entstanden, ist auf die westeuropäischen Gesellschaften zugeschnitten. Westeuropa bleibt auch der Fokus von Parteienforscher_innen, die dieses Konzept verwenden. Nichts desto trotz gibt es auch Versuche, es auf Gesamteuropa oder Osteuropa anzuwenden (vgl. Mair/Mudde 1998, 213).

Es gibt vier verschiedene, manchmal überlappende Ansätze zur Bestimmung einer Parteifamilie, folgende verschiedene Charakteristika werden zum Vergleich von einzelnen Parteien herangezogen:

1. Entstehung und Soziologie
2. Transnationale Zusammenschlüsse
3. Policy und Ideologie
4. Name

Das erste Kriterium fasst Parteien in einer Parteifamilien zusammen, die unter gleichen historischen Umständen gegründet wurden oder mit der Intention, gleiche Interessen zu repräsentieren (vgl. Gallagher et al 1995 zit. n. Mair/Mudde 1998, 215). Dieser Ansatz bezieht sich klar auf den klassischen cleavage-Ansatz und die vier dominanten Konfliktlinien: „ethnische, religiöse, Stadt-Land-, Arbeiter contra bürgerliche Gesellschafts-Konflikte“ (von Beyme 2000, 70). Eine Partei kann einer Parteifamilie zugeordnet werden, nach einer

diachronen und synchronen Betrachtung. In einer historischen Analyse des Gründungskonflikts einerseits (diachron) und durch die Verortung entlang der Konfliktlinien der gegenwärtigen Wähler_innenschaft und assoziierten Organisationen andererseits (synchron) (vgl. Seiler 1980 und 1985 zit. n. Mair/Mudde 1998, 215). Von Beyme (2000, 70f) macht auf diesem Ansatz basierend zehn verschiedene Parteifamilien aus:

1. Liberale „gegen das alte Regime“
2. Konservative
3. Arbeiter_innenparteien „gegen das bürgerliche System“
4. „Agrarparteien gegen das industrielle System“
5. „Regionale Parteien gegen das zentralistische System“
6. „Christliche Parteien gegen das laizistische System“
7. „Kommunistische Parteien gegen den ‚Sozialdemokratismus‘“
8. „Faschistische Parteien gegen demokratische Systeme“
9. „Rechtspopulismus gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System“
10. „Ökologische Bewegung gegen die Wachstumsgesellschaft“

Die transnationalen Zusammenschlüsse in denen sich Parteien organisieren scheinen auf den ersten Blick eine sehr einfache Zuordnung zu Parteifamilien zuzulassen, folgt sie doch der Eigenverortung der Parteien in der transnationalen politischen Arena. Tatsächlich sind aber einerseits nicht alle Parteien Mitglied eines internationalen Zusammenschlusses und oftmals besteht keine anhaltende Konsistenz und erhebliche Fluktuation innerhalb eines solchen Parteienzusammenschlusses – vor allem der neuen und kleinen Parteien (Mair/Mudde 1998, 217).

Politisch-programmatische und ideologische Kriterien für eine Parteifamilie untersucht der Ansatz, der auf die Ähnlichkeiten der tatsächlichen Politiken, also was die Partei tut, eingeht. Aber auch die Ideologie im Kern, was die Partei ausmacht wird verglichen. Was die Partei tut wird mit Hilfe von Wahlprogrammen analysiert und verglichen, jedoch sind diese immer abhängig von der historischen Periode, dem Land und den aktuellen Themen und der Ausrichtung der Wahlkampagne generell. Pelinka (2005, 79) weist darauf hin, dass „[t]rotz der Gemeinsamkeiten, die im Rahmen der Parteifamilien grenzüberschreitend entstanden sind, [...] das konkrete Verhalten von Parteien letztlich abhängig vom politischen Markt, auf dem diese Partei um den Wahlsieg kämpft, [ist].“ Das führt so weit, dass die gleichen politischen Inhalte und Forderungen in unterschiedlichen Ländern Unterschiedliches meinen können. Mitunter ist das Ergebnis einer vergleichenden Politikanalyse verschiedener Parteien dann vielmehr ein Vergleich der länderspezifischen Situationen: „[P]articularly

regarding any criterion based on the implementation of policies, the risk is that what emerges from such applications is a classification of countries rather than of parties“ (Seiler 1985 zit. n. Mair/Mudde 1998, 218). Um das zu verhindern begannen Forscher_innen im sogenannten „Manifesto Projekt“ (*Manifesto Research Group/Comparative Manifestos Project*) Parteiprogramme zu sammeln und zu vergleichen. Hier ist bestimmend, was Parteien selbst für wichtig halten. Die Parteiprogramme können über längere Zeiträume beobachtet werden, ändern sich dabei aber nicht kurzfristig, wie etwa Wahlprogramme. Auch hier gibt es einen traditionellen westeuropäischen Fokus. Überdies ist der Code der Manifesto Gruppe zur Analyse der Parteiprogramme aus den frühen Achtzigern und damit mitunter nicht mehr adäquat für die Analyse von neuen Parteien (vgl. Mair/Mudde 1998, 218f).

Ein Ansatz unter den vorher genannten fasst jene Parteien zu einer Parteifamilie zusammen, die einen gleichen oder ähnlichen Namen haben. Dies scheint auch auf den ersten Blick einfach, ist jedoch schwierig. Nicht nur die Umbenennungswelle der kommunistischen Parteien nach 1990 die sich dann mit Mitte-Links und der Sozialdemokratie überschneiden, sondern auch die unterschiedlichen Namen in allen anderen politischen Strömungen verunmöglichen eine verlässliche Zuordnung über den Namen (vgl. Mair/Mudde 1998, 220f). Mair/Mudde (1998, 223f) empfehlen zwei Kriterien anzuwenden in der Bestimmung einer Parteifamilie: das der gemeinsamen Entstehungsgeschichte, basierend auf den Konfliktlinien und das des ideologischen Profils.

Beim Konzept der Parteifamilien wird von einer gewissen programmatischen Abgrenzung und Unterscheidbarkeit ausgegangen. Nun gibt es aber in den europäischen Ländern einen Trend der Annäherung der Parteien – programmatisch und im „Erscheinungsbild“ (in der Wahlkampfführung, der Pressearbeit,...). Auch nimmt die Milieubindung in der Gesellschaft ab. Das bedeutet, die klare identitäre Verankerung in der Gesellschaft schwindet und die Mitgliedschaft in den entsprechenden Verbänden und Organisationen geht zurück. Auch hat im deutschsprachigen Raum die mittlerweile pejorative Kategorie *soziale Schicht* den (Identitäts-, Kampf- und Analyse)begriff *Klasse* vollständig abgelöst. Möglicherweise wird Solidarisierung und kollektive Organisation entlang der Konfliktlinie „Arbeit – Kapital“ auch darum zusätzlich schwieriger, denn niemand will einer „Schicht“ angehören. Gleichzeitig mit den Trennlinien in der Gesellschaft verwischen auch die zwischen den Parteien. Generelle Probleme in der Bearbeitung von Parteifamilien sind neben Zuordnungsschwierigkeiten auch die offene Frage, wie viele (neue) Parteifamilien es gibt, die klare Abgrenzung der verschiedenen Parteifamilien und die Instabilität und Fluktuation in manchen Parteifamilien (vgl. Mair/Mudde 1998, 221-223). Die Zuordenbarkeit zu Parteifamilien über Entstehung und Soziologie, Policies, Ideologie oder Name von Parteien wird auch erschwert durch Wahlbündnisse, die oft Zweckbündnisse sind (z.B. kandidierte in

Italien die regionalistische *Südtiroler Volkspartei* SVP 2004 im sozialdemokratischen Bündnis „*Uniti nell' Ulivo*“ und die regionalistisch-rechtsextreme Lega Nord war Mitglied der liberalen Fraktion im Europaparlament). Auch die Aufnahme in eine transnationale Organisation – wie etwa die EP-Fraktionen – ist nicht unbedingt gebunden an die Zugehörigkeit zu einer speziellen Parteifamilie:

The criterion of membership of transnational federations, (...) suffers from the problem that many of these federations accept parties too easily, being more interested in the power of numbers than in the power of ideological homogeneity. (Mair/Mudde 1998, 226)

Jedoch stärkt „[d]ie Notwendigkeit, Fraktionen im Europäischen Parlament zu gründen, (...) den Zusammenhalt der Parteifamilien auf der Ebene der EU“ (Pelinka 2005, 78), ob diese nun ideologisch homogen sind oder nicht. So befördert die EU- Gesetzgebung die Stärkung der transnationalen Kooperation und den Erhalt und die Festigung der Parteifamilien. Schließlich konstatieren auch Mittag/Steuer, dass im 21. Jahrhundert die Zuordnungen zu einer Parteifamilie „zumindest semantisch unverändert aktuell“ ist und sie „sowohl der Selbst- als auch der Fremdwahrnehmung dienen“ (Mittag/Steuer 2010, 35).

Parteifamilien in Zentral- und Osteuropa

Bei der Zuordnung und Einordnung von Parteien zu Parteifamilien in Zentral- und Osteuropa treten methodische Schwierigkeiten auf. Die Pluralität von politischen Parteien ist eine junge Entwicklung in den post-staatssozialistischen Ländern. Forscher_innen, die das Modell der Parteifamilien auf diese Parteisysteme anwenden argumentieren entweder, dass sich diese denen der westeuropäischen Länder bereits angenähert und angeglichen hätten oder aber sie entwickeln neue charakteristische Parteifamilien, die auf (neuen, spezifischen) Konfliktlinien innerhalb der zentral- und osteuropäischen Gesellschaften beruhen (vgl. Mair/Mudde 1998, 213f). Etwa wird „[h]ier (...) neuerlich der Konflikt zwischen Marktliberalismus und Verteidigung des kommunistischen Systems als eine eigene Konfliktstruktur gesehen“ (Jahn 2006, 44).

In den meisten zentral- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU ist die politische Landschaft nicht zu vergleichen mit den Parteisystemen Mittel- und Westeuropas. Die Links-Rechts-Konfliktlinie, welche auch in den „alten EU-Ländern“ an Bedeutung verliert und ergänzt wird, ist hier umso schwieriger auszumachen. Inhaltliche Überschneidungen, wie sie auch in West- und Mitteleuropa zwischen den Konservativen, Liberalen, Sozialdemokrat_innen und Rechten immer häufiger festgestellt werden, manifestieren sich etwa in Litauen in einer Vielzahl an Parteien, fast alle mit einer generellen mehr oder weniger liberal-konservativen Ausrichtung.

Bei der

„Bestimmung der Parteifamilien (...) müssen (...) [d]ie spezifischen historischen und ideengeschichtlichen Kontexte berücksichtigt werden. (...) Dies gilt auch für die Parteisysteme in Zentralosteuropa, die durch die kommunistische Phase einen Kontinuitätsbruch der Entwicklung der Parteifamilien erlebt haben“ (Lewis 2003 zit. n. 2006, 97).

Nicht in die klassischen Parteifamilien – auch nicht in die der christlichsozialen/Volksparteien – einzuordnen sind Parteien in den postsozialistischen Staaten, die sich einerseits durch linksliberale bis keynesianisch-regulative Wirtschaftspolitik und andererseits durch reaktionären Wertekonservatismus bis hin zur Homophobie und zu Antisemitismus auszeichnen (wie etwa in Polen, Selbstverteidigung der Republik Polen - *Samobrona RP*, Liga polnischer Familien - *Liga Polskich Rodzin*, LPR,...). Außerdem ist die Ausgangsperspektive zur Einteilung einer Partei interessant. Beispiele sind die rumänische, nationalistische „Großrumänien- Partei“ *Partidul România Mare* (PRM) oder die Slowenische Nationale Partei - *Slovenska nacionalna stranka* (SNS). Während diese Parteien in der „westlichen“ Literatur als rechtsextrem eingestuft werden, sehen sie sich selbst durchaus in der Tradition Ceausescus bzw. Titos – sie knüpfen an die nationalistische Idee Großrumäniens an oder an den Befreiungskampf slowenischer Partisan_innen gegen die Nazis.

3.3 Ost und West als Analysekategorie?

In der Politik, Literatur und Wissenschaft herrscht ein „West-Eurozentrismus“ vor. Westeuropa ist das „normale“ Europa und Zentral- und Osteuropa werden immer speziell gekennzeichnet.

Es besteht immer noch eine hohe und dicke unsichtbare Mauer zwischen den beiden Hälften des Kontinents. Und der kolonialistische, paternalistische Ansatz ist nicht nur Sache der Marktakteure und Geschäftsleute. Sogar innerhalb einer fortschrittlichen Zivilgesellschaft und innerhalb linker sozialer Bewegungen heißt Europa immer noch nur West-Europa. Das Europa der alten und starken Demokratien, der demokratischen Verfassungen und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. (Bolini 2010, 81)

Eine EU-weite vergleichende Betrachtung der Parteien und Parteisysteme gestaltet sich schwierig. Die historischen Entwicklungen der poststaatssozialistischen Länder sind von den

übrigen Ländern Europas deutlich verschieden und eigentlich nicht vergleichbar. Der Prozess von Wandel und Transformation setzte in den unterschiedlichen Teilen Europas zu unterschiedlichen Zeiten ein. Die eklatantesten Unterschiede liegen bei der Entwicklung der Parteien der postsozialistischen Länder gegenüber den kapitalistischen Staaten. Aber auch die alte Blockeinteilung „Westblock“ und „Ostblock“ ist nicht zulässig, da diese jeweils keine homogene Entität darstellen. Der „Ostblock“ wird seit der Zeit um die „EU-Osterweiterung“ nun als „EU 12“ oder „neuen EU-Länder“ bezeichnet. Damit sind die zwölf – mit Ausnahme Zyperns und Maltas, ehemals staatssozialistischen – Erweiterungskandidaten von 2004 bzw. 2007, gemeint. So können auch an der Beitrittspolitik der EU die noch existierenden Blockkonstrukte betrachtet werden.

Die Transformation der ehemals realsozialistischen Länder schritt bei der neoliberalen Umgestaltung der Volkswirtschaften rasend schnell voran, das brachte neben Anderem soziale Unsicherheit:

Der Kollaps der kommunistischen Systeme hat das (auf einem relativ niedrigen Niveau) bestehende Netzwerk sozialer Sicherheit weitgehend zerstört. Die Folge war und ist – jedenfalls zunächst – eine deutliche Zunahme sozialer Ungleichheit und Massenarmut, insbesondere in weiten teilen der früheren Sowjetunion („Dritt-Weltisierung“). (Pelinka 2005, 220)

Dies gilt aber auch für Staaten innerhalb der „alten“ EU-Länder, sie sich weit entfernt von einem gleichen wirtschaftlichen und sozialen Level befinden und in der gegenwärtigen Krise immer weiter voneinander entfernen.

Die Konstrukte „Ost“ und „West“ existieren noch weiter, werden reproduziert durch Politik, Kultur, Wissenschaft. Wie lange sie weiter bestehen, die Blöcke sich in verschiedene Richtungen entwickeln, zerfallen oder aneinander angleichen, bleibt zu beobachten. Zudem droht die Gefahr, „westlich“ zentrierte Sichtweisen in der Forschung zu reproduzieren.

4 Europa und EU

4.1 Aktuelle europäische politische Entwicklungen und Trends

Bei den aktuellen politischen Trends beleuchte ich die Krise und ihre Facetten, die weit über den Finanzsektor hinausgehen. Außerdem umreißt ich die aktuellen Entwicklungen bei Wahlen und des politischen Systems mit Fokus auf die Linken und die Sozialdemokratie.

Die wichtigste aktuelle europäische Entwicklung ist die Krise, oder besser im Plural – die Krisen. Eine Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich zu einer allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und in Europa auch der politischen Formation der EU als Ganzes entwickelt. Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern sind nicht mehr getrennt zu betrachten, durch die EU sind die Märkte und auch die Politik verwoben:

In Europa vollzieht sich, vermittelt über ein politisches Mehrebenensystem auf der Grundlage eines gemeinsamen Binnenmarktes die Europäisierung wesentlicher Politikfelder. Mit der Strategie von Lissabon: „Europa zum dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu entwickeln, wird die Durchsetzung europaweiter neoliberaler Reformen beschleunigt. (Hildebrandt 2006, 147)

Nicht erst seit der Krise lassen sich Legitimationsverlust, Renationalisierungstendenzen und Zerfallserscheinungen des Europäischen Modells feststellen. Die EU wird in den Bevölkerungen der Mitgliedsländer als eine abgehobene Institution, ein weit entfernter bürokratischer Koloss in Brüssel wahrgenommen. Dies wird unterstützt durch die Medien und die tatsächliche fehlende demokratische Kontrolle des Rats. Auch wenn der Vertrag von Lissabon immer für die Kompetenzerweiterung des EU-Parlaments gelobt wird. Der Begriff *Renationalisierung* meint einen Trend, wieder nach nationalstaatlichen bis zu nationalistischen Lösungsansätzen für politische Probleme zu suchen. Auch schließt er den Reflex ein, alle positiven Entwicklungen als nationale und alle negativen Entwicklungen und politisch unpopulären Entscheidungen als EU-Belange darzustellen.

Es handelt sich nunmehr um eine politische Systemkrise deren Auslöser lediglich die Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Die Vielfalt der Krisen umschließt jedoch auch die ökologischen und sozialen Krisen. Innerhalb der Staaten befördern nicht mehr nur Standortsicherung und Konkurrenz das Lohndumping und den Sozialabbau. Die als logisch dargestellte Reaktion auf die Eurokrise, die „von den ökonomischen und politischen Eliten formulierten Austeritätsprogramme führen [...] nicht nur zu einer Senkung des Lebensstandards großer

Teile der Bevölkerungen in den betroffenen Ländern, sondern sie drohen Europa in eine Periode lang andauernder Rezession zu stürzen“ (vgl. Baier 2012, 3). Gleichzeitig steigt der Druck auf die „Peripherie“ der gemeinsamen Währungs- und Regulierungszone durch aggressive Exportpolitik“ (Gauthier 2010, 157). Es sind gar Aushebelungen der Regierungsgeschäfte und sogar Regierungen selbst durch die Trias IWF, EZB und Europäische Kommission, zu beobachten, etwa in Griechenland und Italien. Hier aber prallen die vermeintlichen Interessen der nationalen Klasse gegen die Klasseninteressen als Ganzes – also EU-weit – aufeinander. Die deutschen Gewerkschaften zeigen kein Interesse an der Lage der griechischen Lohnarbeiter_innen, die nicht zuletzt wegen deutschen Banken von erheblichem Sozialabbau und Kündigungen betroffen sind (vgl. Kaufmann 2011 [Online]). Für sie ist es wichtig, dass deutsche Arbeitsplätze gesichert sind. Sie übersehen dabei, dass der Spirale aus Standortkonkurrenz und damit verbundenem Lohndumping nur in einem transnationalen Kampf zu entkommen ist. Die deutsche Reallohnentwicklung ist bei steigender Profitrate zwischen 2000 und 2008 um -0,8 Prozent gesunken (siehe **Abb. 1**). Deutschlands führende Rolle im europäischen Wirtschaftsraum basiert also auf den Druck auf die Lohnabhängigen – in Deutschland und der EU insgesamt.

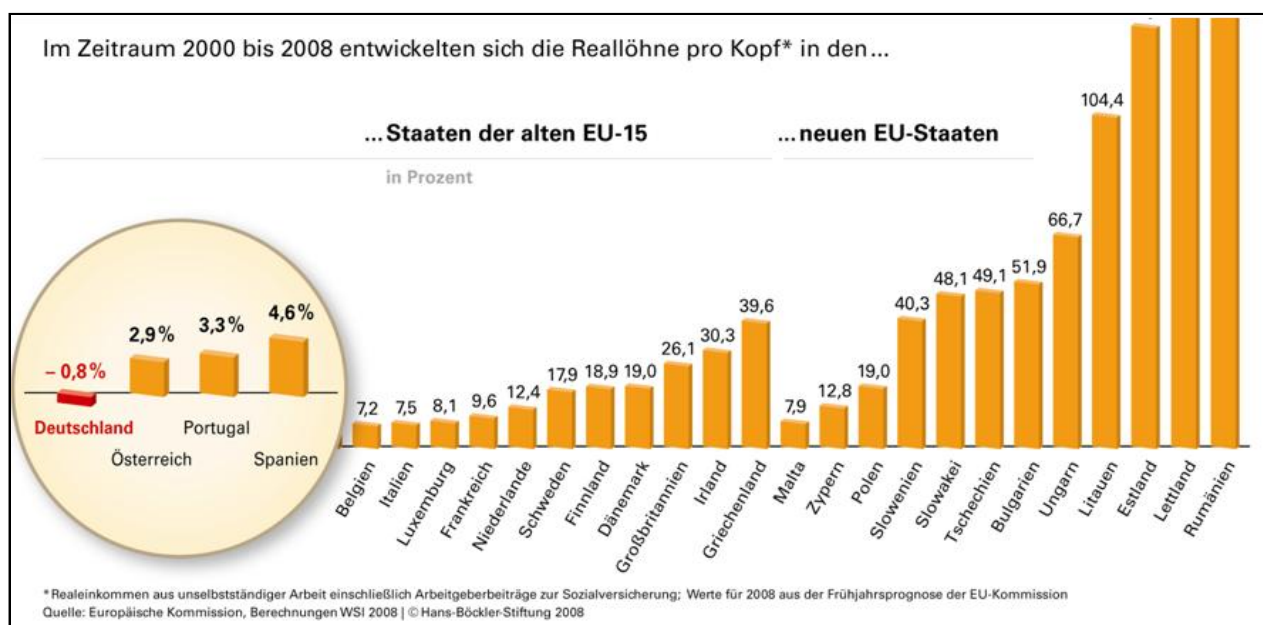


Abb. 1 Reallohnentwicklung pro Kopf, 2000-2008 (Hans Böckler Stiftung 2008 zit. n. Lehdorff 2011)

Nicht nur EU-weite Hierarchiegefälle des ökonomischen Einflusses von einzelnen Banken und Konzernen sondern auch politische Hierarchien werden verstärkt: Es

konkretisierte sich 2011 ein verstärkter Trend, die Entscheidungsfindung der Europäischen Union zu zentralisieren und autoritär auszugestalten. [...] Dies kann nur zu einer Verschärfung der politischen Widersprüche führen, unter anderem zwischen einem

„Kerneuropa“ rund um die mächtigsten und expansivsten Ökonomien und einer so entstehenden europäischen Peripherie. Die durch diese Politik erhoffte „Beruhigung“ der Finanzmärkte ist ausgeblieben. (vgl. Baier 2012, 3)

Die sozialstrukturellen Umwandlungen durch den „Bedeutungsverlust des primären Sektors und von Teilen des sekundären Sektors“ (Stöss 2006, 521) und die anderen Entwicklungen der neoliberalen Globalisierung, wie die „Liberalisierung der Wirtschaft, Deregulierung der industriellen Beziehungen, Absenkung von Lohnniveaus und Abbau sozialer Standards, Standortkonkurrenz und Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt“ (ebd.) werden durch die Sparpolitiken in der Krise noch verschärft. Diese Krisenpolitiken „und ihre desaströsen sozialen Auswirkungen delegitimieren in den Augen großer Teile der Bevölkerungen die europäische Integration. Sie provozieren und verstärken das Wachstum nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien quer über den Kontinent“ (vgl. Baier, 2012, 3). Der aktuelle europäische Rechtstrend bei gleichzeitigen Verlusten der Sozialdemokratie ist noch nicht gestoppt, wenn auch vereinzelt Erfolge erzielt und Koalitionsregierungen Mitte-Links gebildet werden (2011 etwa bei den Wahlen in Dänemark, Finnland, Kroatien, Slowenien).

Die Linke Europas profitiert politisch nicht direkt von der Krise und auch nicht von den Verlusten der Sozialdemokratie. Obwohl es die Linksparteien sind, die schon immer gewusst haben, dass das kapitalistische System Krisen produziert und die viele der nun oftmals von Konservativen Regierenden praktizierten Maßnahmen zur Vergesellschaftung von Banken etc. immer schon auf ihrer Agenda hatten, werden sie nicht verstärkt dafür gewählt, dass sie es schon vorher wussten (vgl. Striethorst 2010, 53).

Die Regierungen „Westeuropas“ sind nach einer langen Zeit traditioneller sozialdemokratischer Hegemonie erstmals mehrheitlich konservativ regiert. In den EU12-Staaten, den Staaten der sogenannten „EU-Osterweiterung“, und hier vor allem in den postsozialistischen Staaten (im Gegensatz zu den „EU15“, den „westeuropäischen“ EU-Ländern), sind die Konservativen und Liberalen seit Ende des Staatssozialismus mehrheitlich führend. Dennoch sind sie die einzigen Länder in denen die sozialdemokratischen Parteien, in der Zeit der Katastrophenverluste der Sozialdemokratie, dazu gewinnen konnten. So konnte bei den Wahlen im Dezember 2011 in Kroatien das Linksbündnis die konservative Regierung schlagen (Rathfelder 2011 [Online]).

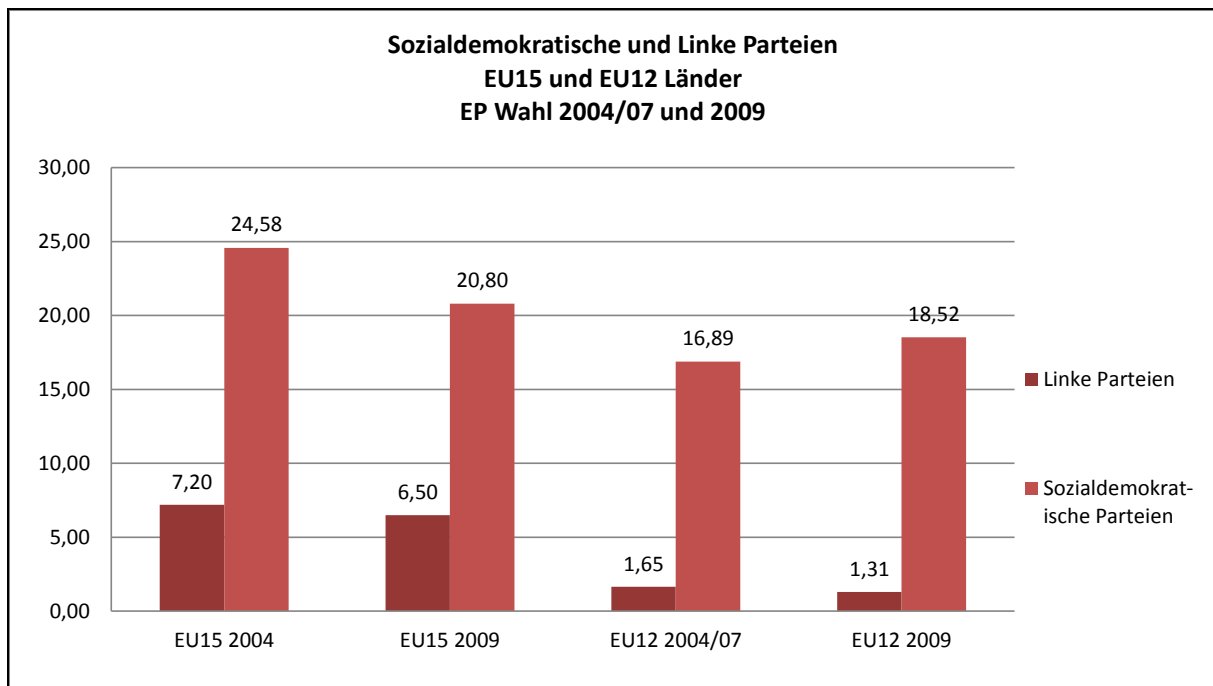


Abb. 2 Sozialdemokratische und Linke Parteien EU15 und EU12 (2004/07 und 2009) (gewichtet nach Elektorat) (Steiner 2010, 205)

Beim Vergleich der Ergebnisse der Europaparlamentswahlen 2004/07 und 2009 von sozialistischen und kommunistischen Parteien mit denen der sozialdemokratischen Parteien lässt sich feststellen, dass die Sozialdemokratie in den „alten“ EU-Ländern, den EU15, verlor. Die Linksparteien verlieren im Vergleich im Schnitt wesentlich weniger (siehe **Abb. 2**)

In Dänemark zeigte sich, dass die Sozialdemokratie verliert, wo sie mit rechten Themen punkten will (vgl. Stöss 2005, 537). Sobald den rechten bis rechtsextremen Parteien die Hoheit über die Themenwahl und damit die Definitionsmacht überlassen wird und ihre Forderungen hegemonial werden, werden diese gestärkt. Die Sozialdemokratie wird nicht die bessere neue Rechte werden, das ist etwa auch in Österreich zu beobachten. Der Rechtsruck der Sozialdemokratie ist also ein möglicher Grund für ihre starken Verluste.

In den „neuen“ EU-Mitgliedsländern jedoch gewann die Sozialdemokratie sogar. In der Slowakei und Tschechien über zehn Prozent, in Zypern, Rumänien, Lettland, Malta, Slowenien und Litauen zwischen vier und zehn Prozent Zugewinne für die Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Europaparlament (vgl. Steiner 2010, 207f).

4.2 Historische und gesellschaftliche Entwicklungen in Europa

Von den europäischen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen greife ich zwei, die auch für die Entwicklung der Linksparteien wichtig erscheinen, heraus. Manche Forscher_innen

betrachten die EU als Teil eines transnationalen *historischen Blocks* im gramscianischen Sinne. Dessen Bildung ist nicht möglich ohne zivilgesellschaftliche Akteur_innen und intellektuelle Eliten (vgl. Bohle 2005, Baier 2010):

Während im allgemeinen politischen Sprachgebrauch unter einem „sozialen“ oder „politischen Block“ eine Allianz unterschiedlicher Gruppierungen auf Grundlage konvergenter Interessen, verstanden wird, meint „Geschichtlicher Block“ hier etwas Prinzipielles, nämlich die Fähigkeit, soziale und politische Kräfte gemäß den grundlegenden und langfristigen Entwicklungserfordernissen einer Epoche zu mobilisieren.
(Baier 2010, 49)

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus stellte eine Zäsur in der Parteihistorie kommunistischer Parteien dar. Doch der Transformationsprozess in den ehemals staatssozialistischen Ländern hatte Implikationen auch für die anderen Parteien und die Parteiensysteme und Gesellschaften ganz Europas. Durch die wegfallende Systemkonkurrenz wurde die Veränderung der Produktionsverhältnisse beschleunigt – eine Entfesselung der Märkte und Sozialabbau in den europäischen Gesellschaften befördert. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse hatte auch Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse, das zweite konstituierende Kennzeichen der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Und nicht zuletzt sind die Forderungen der feministischen Bewegung essentiell für die *Neue Linke* geworden und in keiner linken Partei mehr (ganz) wegzudenken.

Zusammenbruch des Staatssozialismus

„Die Krise des sog. ‚Realsozialismus‘ und sein schließlicher Zusammenbruch haben im Westen die Durchsetzung einer neuen Kapitalismusformation auf jeden Fall beschleunigt“ (Deppe 2000, 339). Das Ende der Systemkonkurrenz hat also den Übergang von einem keynesianischen europäischen Wohlfahrtsstaatmodell zu einer postfordistischen neoliberalen Produktions- und Gesellschaftsordnung im „Westen“ begünstigt. Der Sozialabbau ist nicht nur darauf zurück zu führen, dass die neoliberale Ideologie – das allumfassende Konkurrenz- und Leistungsprinzip und die Maxime der postfordistischen Produktionsverhältnisse: Individualisierung und Flexibilisierung – am Vormarsch war. Auch der Wegfall eines ausgleichenden staatssozialistischen Pendants, wo die soziale Absicherung und Fürsorge eine der gesellschaftlichen Prämissen war, beschleunigte das Abschaffen der sozialen Sicherung im ‚Westen‘. Doch auch in den ehemals staatssozialistischen Ländern wurden sämtliche sozialen Sicherungssysteme abgebaut (siehe unten - Pelinka 2005, 220).

Das Primat der Politik über die Ökonomie und der staatsvermittelte fordistische Klassenkompromiss sind zu Ende. Dennoch hat die zunehmende Macht der Märkte,

entgegen einer allgemeinen Annahme, nicht unbedingt zu einer Entpolitisierung geführt: „die Macht der Staaten wurde gestärkt, um diese Transformation, die sowohl die Löhne, als auch die Liberalisierung der Arbeitsmärkte (bei steigender Arbeitslosigkeit) und den Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Regime betraf, gegenüber der Arbeiterklasse (und vor allem gegenüber den Gewerkschaften) durchzusetzen“ (Burnham 1999 zit. n. Deppe 2000, 339). Dem Staat fällt nun also die Rolle der Standortsicherung, etwa durch Lohndumping, zu. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz war es nicht mehr notwendig, soziale Standards aufrecht zu erhalten.

Gleichzeitig erforderten der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Transformation der staatssozialistischen Länder eine Öffnung der EU in Richtung Mittel- und Südosteuropa und die Integration des vereinten Deutschlands. Außerdem hat das Ende des *Kalten Krieges* neue außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen an die EU gestellt (vgl. Deppe 2000, 338f).

Veränderung der Produktions- und Geschlechterverhältnisse

Gleichzeitig mit den oben beschriebenen Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Situation in Europa und der Produktionsverhältnisse, wandelten sich auch die Geschlechterverhältnisse. Frauen profitierten von den Umbrüchen, doch die Emanzipation blieb manchmal auf halbem Wege stehen. EU-Bestimmungen zur Gleichstellung von Frauen haben diese auch gar nicht unbedingt zum Ziel:

Seit den Römischen Verträgen konzentrierte sich die Europäische Gemeinschaft darauf, nationale Handels- und Wettbewerbsbeschränkungen zu beseitigen. Von diesem Prozeß der „negativen Integration“ haben die Frauen insoweit profitiert, als die „regulativen Schutzmechanismen“ eines patriarchalen Staates aufgehoben wurden. Aber die Richtlinien gegen Geschlechterdiskriminierung waren in erster Linie marktschaffend und nur ansatzweise ‚feministisch‘. [...] Die Bestimmungen [der EU] zur Geschlechterfrage widersprechen nicht dem Projekt, die EU in eine flexible transnationale Produktionsstätte zu verwandeln. (Young 2000, 155f)

Dem traditionellen „westeuropäischen“ Wohlfahrtsmodell wohnte ein patriarchales Bild der klassischen Kernfamilie inne: die Frau war dem häuslichen Reproduktionsbereich zugeteilt und dem Mann untergeordnet, der der Ernährer der Familie war und bezahlter Lohnarbeit nachging (vgl. Young 2000, 156). Dies wurde auch mit Arbeits-, Pensions-, Ehe-, Unterhalts- und Familiengesetzen untermauert. Die Frau hatte weniger Rechte und ihr Unterhalt war meist an den des Ehemannes gekoppelt.

Die Produktionsverhältnisse wandeln sich von fordistisch-staatsmonopolkapitalistischen zu globalen transnationalen Ökonomien. Der *Interventionsstaat*, „der durch Umverteilung und Regulation nicht nur für die Stabilität der Nationalökonomie sondern auch für die materielle Fundierung eines ‚Klassenkompromisses‘ zu sorgen hat“ (Deppe 2000, 341) wird umgebaut zu einem „Wettbewerbsstaat“ oder „aktivierenden Staat“, „der nur noch eine ‚Moderatorenrolle‘ in den weitgespannten Netzwerken von Verhandlungssystemen ausübt“ (Deppe 2000, 342). Damit wandelt sich nun auch die Rolle der Frau. Die geschlechtsspezifische Aufteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit ist vorbei, Becker- Schmidt (2003) spricht von einer *doppelten Vergesellschaftung* der Frau. Frauen sind nunmehr sowohl für Erwerbsarbeit als auch für die Reproduktionsarbeit zuständig. Der Ausbruch aus den Engen der Familie und der Geschlechterrollen ist also verbunden mit einer Mehrfachbelastung. Reproduktionsarbeiten werden mit dem Abbau des Sozialstaats teils reprivatisiert, teils wird Pflegearbeit rationalisiert, die Arbeitsbedingungen in noch immer „typisch weiblichen“ Pflegeberufen prekariert und flexibilisiert. Es werden etwa in Zeiten von Sparprogrammen und Kürzungen im Gesundheitsbereich einerseits Betreuungspflichten für Kinder und Alte wieder in den Verantwortungsbereich der Familie, also den weiblichen Familienmitgliedern übertragen. Andererseits werden die Arbeitsbedingungen härter in den mehrheitlich von Frauen ausgeübten, oft schlecht bezahlten, Jobs in der *Care economy*, wie Pflege- und Gesundheitsbereiche auch genannt werden. Young bezeichnet diese Vermischung von Reproduktion und Produktion (Beispiel Heimarbeitsjobs mit dem Kind auf dem Rücken) als Eigenschaften der *globalen Ökonomie*, mit der eine Individualisierung und Unsichtbarmachung der Reproduktionsarbeit einhergeht (vgl. Young 2000, 156f). Frauen profitierten von den Errungenschaften der zweiten Frauenbewegung, viele diskriminierende Gesetze wurden geändert und Frauen erreichten umfangreichen Zugang zu Bildung. Doch auch die beste Ausbildung und Qualifikation verhindert nicht, dass Frauen an sogenannte *gläserne Decken* stoßen, wenn sie höhere Positionen im Berufsleben anstreben. Auch gibt es noch immer einen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied, in der EU beträgt er im Jahr 2008 17,5 Prozent. Das heißt, in der EU verdienen Frauen in allen Bereichen für gleichwertige Arbeit 17,5 Prozent weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen, in Österreich sind es sogar 25,5 Prozent (vgl. Europäische Kommission 2011 [Online]).

Erna Appelt (2001) beschreibt, dass der Globalisierungsprozess nicht automatisch diskriminierend sei, aber Geschlechterverhältnisse neu definiert werden. Diese Neudefinition beruht auf den oben beschriebenen Veränderungen und der Flexibilisierung („Entgrenzung“) der Arbeitsverhältnisse, besonders von Frauen. Männer werden nicht mehr alleine über Produktionsarbeit im Vollerwerb definiert und Frauen nicht mehr rein über Reproduktionsarbeit. Aber es gilt weiterhin: Frauen haben unsicherere, schlechter bezahlte Arbeiten, Männer arbeiten im geschützteren Bereich und verdienen mehr. Migrantische

Frauen sind oft in höchst prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnissen und dabei aber essentiell für die Volkswirtschaften. Frauen in der sogenannten Dritten Welt stehen in der Hierarchie der globalen Arbeitsteilung ganz unten. Die sexuelle Ausbeutung von Frauen und der Frauenhandel sind global: sie funktionieren gerade aufgrund fehlender globaler Bewegungsfreiheit von Personen in Kombination mit nationaler Abschottung der EU-Länder so „gut“, im Sinne patriarchaler Herrschaft.

Die patriarchalen Geschlechterverhältnisse und -hierarchien verschwinden nicht, sondern werden aufgeweicht und mitunter dadurch weniger erfassbar. In jedem Fall bleiben sie ein mehr oder weniger sichtbarer Herrschafts- und Unterdrückungszusammenhang und konstituierendes Merkmal von Gesellschaften.

4.3 Entwicklungen in den Parteiensystemen der europäischen Länder

Die Veränderungen in den sozialen Strukturen der Gesellschaften begründen nach einem soziologischen Ansatz zur Analyse des Wahlverhaltens das Wechselwählen (auch *Volatilität* genannt) und die steigende Wahlabstinenz: „Die Dynamik des Wahlverhaltens ergibt sich [...] vor allem aus Verschiebungen in der sozialen Homogenität der jeweiligen Gesellschaft“ (Saalfeld 2007, 104).

Der Zerfall und die Neubildung von Parteien und Parteibündnissen, der Mangel an physischer- und Namens-Kontinuität und ideologischer Konsolidierung, prägt längst nicht mehr nur Italiens politisches System. Sowohl von den alten als auch von den neuen EU-Ländern ausgehend existiert dieser Trend. All diese Faktoren sind neben der niedrigen Wahlbeteiligung Indizien dafür, dass sich die herkömmliche Form von Politik, politischer Legitimierung und Parteien in einer Krise befindet.

Traditionelle Konfliktlinien, entlang derer Identitäten gebildet werden und sich Menschen organisieren, verwischen zunehmend. Die

Zugehörigkeit zu mehreren, teilweise auch entgegengesetzten sozialen Kräftefeldern, die auf den einzelnen [sic] wirken, wird als cross pressure bezeichnet. Solche Inkonsistenzen führen zumindest zu einer Verzögerung der Wahlentscheidung, möglicherweise auch zu Wahlenthaltung und einem Rückgang des politischen Interesses bei den Betroffenen. (Roth 1998 zit. n. Saalfeld 2007, 104)

Entscheidungen über immer mehr Politikbereiche werden auf die supranationale Ebene delegiert. Die EU-Verträge haben Verfassungsrang in den Mitgliedsstaaten und sind somit bindend für die Gesetzgebung. Politische Kompetenzen werden auf die europäische Ebene

verlagert. Damit geht einher, dass sich die Mitte-Links und Mitte-Rechts Parteien etwa in wirtschaftspolitischen Fragen aneinander angleichen, da in diesem Bereich durch die Delegierung eine „Entpolitisierung“ fortschreitet (vgl. Mair 2000, 2008 u. 2007 zit. n. Ladrech 2010, 137 u. 145). Trotz dem und der Erweiterung der traditionellen cleavages ist die Links-Rechts-Achse auch noch nicht ganz verschwunden in den Parteiensystemen:

[D]ie den einzelnen Parteiensystemen zugrunde liegenden Konfliktlinien [sind] zahlreicher und differenzierter [...] als die Dualität zwischen linken und rechten ideologischen Positionen. Dennoch ist unstrittig, dass die Links-Rechts-Dimension nach wie vor Struktur bildend auf das Parteienwesen wirkt. (Niedermayer et al 2006, 15)

Die traditionellen Volks- und Massenparteien der Nachkriegszeit folgen – nicht nur durch die EU und die Delegierung der Entscheidungen – einem Trend der inhaltlichen und ideologischen Annäherung. Dies weil sie immer stärker auf die Maximierung von Stimmen als auf die Schärfung des politischen Profils achteten (vgl. Saalfeld 2007, 94). Gerade durch diese inhaltliche Annäherung und die Vorgaben der EU in vielen Bereichen tendieren die Parteien der Mitte nach rechts. Es findet eine ideologische Anpassung der Parteien an die Position des_r Medianwähler_in statt. Also eine Angleichung an die Position derer, die genau in der zahlenmäßigen Mitte des Links-Rechts-Spektrums liegen (vgl. Saalfeld 2007, 89). Das hilft jedoch nicht unbedingt den Linken, sondern stärkt den Rechtspopulismus und gibt den Rechten die Möglichkeit, die Themen zu bestimmen und Begriffe zu definieren. Hier sind etwa die Asyl- und Migrationspolitik und die Sicherheitspolitik zu nennen.

Die früher im sozialistischen und kommunistischen Lager verankerte Wähler_innenschaft, (die Arbeiter_innen), haben sich von diesen oftmals großteils entfernt. In Dänemark wurde die Rechte in der Vergangenheit für große Teile der Arbeiter_innen zur Wahlalternative. Lediglich die Mittelschicht, die etwa für Migrant_innenrechte eintritt, wählte die Sozialliberalen (Radikale Venstre), oder die Linkspartei „Einheitsliste Rot-Grün“ (vgl. Johansen 2010, 258). Trotzdem ist „die wichtigste Bedingung für eine starke Linke [...] ihre historische Verwurzelung. In [westeuropäischen] Ländern mit einer starken marxistischen Tradition, z. B. in Frankreich, Portugal oder Deutschland, sind Parteien links der Sozialdemokratie besonders erfolgreich“ (March 2008, 4). Es bleiben also die Kernwähler_innenschaften und eine gewisse traditionelle Deutungsmacht in bestimmten Belangen für die Linksparteien wichtig. Weniger wichtig, doch auch relevant sind sozioökonomische Gründe. Sie „stehen als Erfolgsfaktoren für Parteien links der Sozialdemokratie erst an zweiter Stelle. Hohe Arbeitslosigkeit oder allgemeine Unzufriedenheit bilden zwar oft den Nährboden für eine starke Linke, sind aber nicht automatisch Garanten für deren Erfolg“ (March 2008, 5).

Es ist eine grundlegende Erweiterung des Parteienschemas zu beobachten (vgl. Inglehart zit. n. Pelinka 2005, 109). Die Achse Links-Rechts – also ökonomisch egalistisch, sozialstaatlich gegenüber einem wirtschaftsliberalen Ansatz – wird um eine „postmaterialistische“ Achse erweitert. Ökologie, Bürger_innenfreiheiten bis hin zu individuellem Lebensstil werden zur Wahlmotivation. Diese Erweiterung der gesellschaftlichen Konfliktlinien in den Siebzigern und Achtzigern ließ eine neue Parteifamilie – die der Grün-Liberalen – entstehen. Sie füllten mitunter die, durch die fortschreitende Marginalisierung der Linken frei werdende Stellen im Parteiensystem, aus. Doch in ganz Skandinavien öffneten sich die postkommunistischen Parteien ökologisch und profilierten sich als Linksparteien, sie fingen dieses Spektrum der „postmaterialistisch“ motivierten Wähler_innenschaft weitgehend ab (vgl. von Beyme 2000, 84).

Darüber hinaus nimmt die Parteiidentifikation in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften ab. Das wird unterschiedlich erklärt: einerseits wird die „immer geringere Anziehungskraft politischer Parteien als Organisationen der gesellschaftlichen Interessensaggregation und -artikulation“ (Saalfeld 2007, 113) genannt. Andererseits erhalten die Bürger_innen Zugang zu politisch relevanten Informationen durch die Massenmedien und werden unabhängig von Partei-Vorfeldorganisationen und Verbänden.

Die ehemals mitgliedsstarken Volksparteien schrumpfen. „[N]icht mehr die programmatischen Aspekte und deren Verwirklichung [stehen] im Zentrum parteipolitischer Entscheidungen, (...) sondern wahlstrategische Aspekte“ (Jahn 2006, 95). Dadurch wandeln sich die Volksparteien von *Kader-* und *Massenparteien*, deren wichtigste Akteur_innen Mitglieder oder Aktivist_innen waren, in *professionelle Wähler_innenparteien* (vgl. Jahn 2006, 96). „Die Massenpartei zieht ihre Effektivität durch die Anzahl ihrer Mitglieder, die Kaderpartei dagegen durch die Auslese von Aktivisten“ (Jahn 2006, 95). Mit dieser Entwicklung sinken die Mitgliederzahlen der Parteien. „Stattdessen suchen immer mehr Bürger politischen Einfluss durch Bürgerinitiativen, Interessensgruppen und anderen Organisationen“ (Saalfeld 2007, 113). In der weiteren Entwicklung der Parteien entstehen sogenannte *Kartellparteien*, die fast gänzlich unabhängig von Mitgliederstärke allein durch staatliche Parteienförderung auch bei Wahlen stark werden können (vgl. Katz/Mair 1995 zit. n. Jahn 2006, 96). Zusätzlich schrumpft die Traditionswähler_innenschaft und die Stimmenzahlen insgesamt nehmen ab. Dies kann als Trend der schwindenden Parteiidentifikation und Wähler_innentreue subsumiert werden. Daraus folgt, dass gleichzeitig nimmt die „Orientierung an Sachthemen (*issues*)“ zu (Roth 1998 zit. n. Saalfeld 2007, 109), so wie die Wichtigkeit von Kandidat_innen für die Wahlentscheidungen. Auch die Protestwähler_innenschaft nimmt zu. Es

[...] gleichen sich die großen Volksparteien hinsichtlich ihrer sozialen Basis und auch ideologisch-programmatisch einander an, rivalisieren auf dem Wählermarkt um die besonders flexible „Mitte“ und vernachlässigen dadurch oft ihre Kernwählerschaften. So entsteht ein erhebliches Potential von ungebundenen, unzufriedenen und stimmungsabhängigen Personen, die besonders zur Nichtwahl oder zur Wahl von demagogischen Populisten neigen. (Stöss 2006, 521)

Der oft überraschende Erfolg von Initiativen und Einzelkandidat_innen mit Anti-Parteipolitischer Haltung sind Merkmal dieses Phänomens. Beispiel dafür ist etwa Indrek Tarand, er trat 2009 als unabhängiger Kandidat zu den Wahlen zum Europäischen Parlament in Estland an. Der populistische Einzelkämpfer erreichte am zweitmeisten Stimmen (25,8%). Im europäischen Parlament schloss er sich der Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz an. Ein ähnliches Phänomen stellt sein österreichisches Pendant, der populistische Kandidat Hans Peter Martin dar, auf den bei der letzten EP-Wahl 16 Prozent der Stimmen entfielen. Der Populismus nutzt Ängste, die nicht nur in der Krise entstehen:

Mit zunehmender sozialer Ungleichheit bzw. sozialer Fragmentierung und mit der Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen beschleunigen sich Desintegrationsvorgänge, wachsen Unsicherheit, Unzufriedenheit und Ängste. Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen, äußeren und inneren Bedrohungen [...] nimmt zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und völkische Angebote. (Stöss 2006, 521f)

Die nationalistischen und völkischen Ideen sind gegenwärtig aber nicht mehr nur den Rechten und Rechtspopulisten eigen, diese Tendenzen breiten sich aus. Oft wird die Bedrohung durch Krisen und Ausbeutung am Arbeitsplatz umgewandelt in Angst vor Bedrohung durch Marginalisierten und Minderheiten. Dabei ist besonders wichtig die Konstruktion des "wir" und "die Anderen". (Neo-)Rassistische und nationalistische Dichotomien bieten einfache Erklärungen und Lösungen: Dichotomien wie innen – außen, rein – unrein, zivilisiert – unzivilisiert, normal – abnorm, hiesig – exotisch, traditionell – modern, fleißig – faul. Es gibt aber auch pseudo-antikapitalistische, pseudo-herrschaftskritische und oftmals antisemitische Dichotomien: unten – oben, machtlos – übermächtig, schaffend – raffend etc. Die tatsächlichen Ursachen für das Erstarken der Rechten und den Verlust der Sozialdemokratie sind jedoch weit vielfältiger und länderspezifischer als in einem generalisierenden Blick auf Gesamt-Europa festgestellt werden kann.

Doch auch für den Erfolg von Linksparteien ist ihr Protestcharakter ein Grund:

Sie gedeihen in solchen Ländern, in denen weniger als 60 Prozent der Bevölkerung mit der Demokratie zufrieden sind, und in denen über 40 Prozent die Globalisierung als Bedrohung empfinden (z. B. in Frankreich, Finnland und Deutschland). Der Zusammenhang mit einer generellen antieuropäischen Stimmung ist dagegen schwächer; hier muss sich die Linke die Protestrolle oft mit den Grünen, vor allem aber mit der Rechten teilen, die antieuropäische Ressentiments weit besser vertritt. (March 2008, 5)

Die europäische Linke ist nicht einig in ihrer Position zur Rolle der EU und der Haltung zur Europäischen Integration.

4.4 Europäische Integration

Integration kann zum einen den Prozess des Zusammenwachsens politischer und ökonomischer Einheiten und somit der Transformation dieser und Entstehung einer neuen Einheit meinen und zum anderen aber auch den daraus resultierenden Zustand (vgl. Bieling/Lerch 2005, 13). „Theorien europäischer Integration beschäftigen sich mit einem ‚moving target‘: einem politischen Phänomen, das sich parallel zur wissenschaftlichen Beschreibung und Beobachtung immer wieder verändert und transformiert“ (Bieling/Lerch 2005, 9). In jedem Falle gilt: Integration ist keine Einbahnstraße. Forscher_innen bezeichnen Europa auch als „Baustelle“ (List 1999 zit. n. Bieling/Lerch 2005, 9) – als einen sich ständig verändernden Komplex.

Ich möchte zur Erklärung der europäischen Integration einem marxistischen Ansatz folgen und stütze mich hier u.a. auf Frank Deppe, einen der Pioniere der kritischen Integrationstheorien. Die Politik ist nie getrennt zu sehen von der Ökonomie und die Staats- und EU-Institutionen nicht getrennt von den gesellschaftlichen Interessenskonflikten und Kräfteverhältnissen (vgl. Beckmann 2005).

An anderen sogenannten „problemlösungsorientierten“ Forschungsansätzen zur Analyse der europäischen Integration kritisieren Marxist_innen, dass diese die Sphäre gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – ungleicher Verteilung von Produktionsmitteln und Klassenunterschiede – nicht ins Blickfeld nehmen und somit zu deren Verschleierung beitragen. Im Neo-Funktionalismus, der Theorie zur europäischen Integration des neoliberalen Zeitalters, wird „[d]ie Dynamik der Integration [...] mit Hilfe von ‚spill-over‘-Prozessen aus sich selbst heraus erklärt“ (Deppe 1975 zit. n. Beckmann 2005, 118). Das heißt, es wird ein gesetzmäßiges Überschwappen „von der Marktintegration zur wirtschaftspolitischen und schließlich zur politischen Integration unterstellt“ (Deppe 2000, 38

334). Es wird also ein Fokus auf den Wirtschafts- und Finanzsektor gelegt. Auf die Analyse der sozialen und politischen Voraussetzungen wird verzichtet. Auch wird an den neofunktionalistischen Theorien kritisiert, dass die „Bedeutung der globalen, weltmarktvermittelten Verflechtungen für regionale Integrationsprozesse“ (Ziebura 1973 zit. n. Beckmann 2005, 118) unterschätzt wird.

Der Weltmarkt jedoch ist, entgegen den neo-funktionalistischen Vorstellungen vom ökonomischen Austausch als eines sämtliche Beteiligten besser stellenden Positiv-Summen-Spiels, ein „Kampffeld ungleicher Gruppen und Staaten, auf dem der Stärkere dem Schwächeren sein Gesetz auferlegt“ (Ziebura 1973 zit. n. Beckmann 2005, 118).

Der Weltmarkt ist keine Arena gleichberechtigter Akteur_innen, welche rationale Entscheidungen treffen, deren Ergebnis für alle befriedigend ist. Und der Nutzen wird nicht gleichzeitig für alle maximiert, wenn er für die Wirtschaftseliten maximiert wird.

Das Integrationsprojekt EU ist in erster Linie ein kapitalistisches, marktvermitteltes Projekt (vgl. Holland 1980 zit. n. Beckmann 2005, 118). Es gibt die Notwendigkeit des regulierenden Staates für das nationale Kapital und den Markt. Eine Transnationalisierung des Kapitals bringt die Notwendigkeit einer transnationalen Institution mit sich. Doch kann der Prozess der europäischen Integration auch nicht nur mit der Bestimmung der ökonomischen Basis über den politischen Überbau erklärt werden. Das wäre ein altmodisches und etwas zu kurz greifendes marxistisches Erklärungsmodell. Zivilgesellschaftliche Akteur_innen werden hier nicht genügend ins Blickfeld genommen – das sind die Lobbies auf der Seite des Kapitals und die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf der Seite der *Arbeiter_innenklasse*³, die „organisierten zivilgesellschaftlichen Lobb[ies]“ und die „unabhängige Zivilgesellschaft, die selbstorganisierten sozialen Bewegungen“ (Bolini 2010, 81).

Europäische Integration ist immer vielfältig und prozesshaft und kann gesehen werden als

[...] interaktive [...] Prozesse zwischen nationaler Restrukturierung, Internationalisierung und Transnationalisierung. Die Europäische

3 Ich verwende den Begriff „Arbeiter_innenklasse“ nicht im traditionellen Sinne von einem einheitlichen (revolutionären) Subjekt der meist männlichen Industriearbeiterschaft, sondern denke vielmehr an die Vielzahl in ihrer Unterschiedlichkeit oft vereinzelter und prekär lebenden Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen – auch in scheinselfständigen *Ich-AGs*.

Integration bleibt von der neuen Qualität der Globalisierungsprozesse und der Infragestellung dualistischer Konzeptionen des ‚Globalen‘ und ‚Nationalen‘ (Sassen 1998) nicht unberührt. Als Schnittstelle von ökonomischen Globalisierungsprozessen, transnationaler Vergesellschaftungsdynamik und der wettbewerbsorientierten Reorganisation des Staates. (Deppe 2000, 342)

Als eine Zäsur und Wegbereitung für einen großen Schritt im Fortschreiten der Europäischen Integration wird immer wieder die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 genannt (vgl. Ladrech 2010, 129). Die Identifikation der Bevölkerung mit der Europäischen Union wächst, wenn die Abgeordneten zum Europaparlament ihrer Länder direkt gewählt werden. Es folgte eine Phase des kontinuierlichen Fortschreitens in den 1980ern – mit der Einheitlichen Europäischen Akte, die 1987 in Kraft trat um „dem europäischen Einigungsprozess eine neue Dynamik zu geben und die Verwirklichung des Binnenmarktes abzuschließen“ (Zusammenfassung der EU- Gesetzgebung 2011 [Online]) und in den 90ern mit der vierten Erweiterungsrunde („EFTA- Erweiterung“, wo Österreich, Schweden und Finnland beitraten). In den 2000ern, noch während des Osterweiterungsprozesses wird gleichzeitig aber auch eine Delegitimationswelle und ein Bröckeln der Integration festgestellt. 2005 wurden in den Niederlanden und Frankreich der EU-Verfassungsvertrag bei einem Referendum abgelehnt, 2008 in Irland. Die Motive sind nicht nur linksgerichtet sondern auch nationalistisch. In vielen Ländern sind Anti-EU-Parteien und -einstellungen zum Alltag geworden (vgl. Ladrech 2010, 128). Zudem erscheinen, wie weiter oben ausgeführt Renationalisierungstendenzen, in der Krise verstärkt.

Zwischenresümee

In den Kapiteln zur Begriffsklärung und Theorie und dem zu Europa und der EU habe ich meiner Arbeit den begrifflich-theoretischen und den gesellschaftlich-polit-ökonomischen Rahmen gegeben.

Die Veränderungen der Produktionsverhältnisse sind ein fortwährender Prozess. Die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensumstände ist kein exklusiv weibliches oder migrantisches Phänomen mehr. Dennoch sind es die stärker armutsgefährdeten Frauen und Migrant_innen, die die Sparmaßnahmen bei Gesundheit, Bildung und Pensionen, steigende Ausgaben für Lebensmittel, Miete und Energie, sinkende Löhne am härtesten treffen. Die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Staatssozialismus sind nach wie vor spürbar. Die noch immer nicht abgeschlossene Transformation in den Ländern Zentral- und Osteuropas, brachte vorallem eine rasende Aufholfahrt in Richtung neoliberalen Turbokapitalismus mit Sozialabbau und Privatisierungen. Nun in der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Bevölkerungen besonders schwer getroffen.

Der Überblick über aktuelle politische Trends und historische Entwicklungen in Europa zeigt ein Bild von "Krisenvielfalt", elektoraler Instabilität soziostrukturellem Wandel gepaart mit Veränderungen im Parteiensystem. Mit all diesen Entwicklungen ist die Entstehung neuer Ängste und Unsicherheiten und damit der Zuspruch zu (rechts-)populistischen politischen Lösungen verbundenen. Dies wäre eine Herausforderung für die Linksparteien, organisatorische und politische Alternativen entgegen dem Trend von Renationalisierung, nationalistisch-rassistischer Länderkonkurrenz und autoritären Politikformen zu entwickeln. Denn die Linke profitiert nicht automatisch von der Krise des kapitalistischen Systems und der neoliberalen Herrschaft. Auch kann schwindende Parteiidentifikation und Milieubindung wohl nicht durch Beharren auf die oder Rückkehr zur Kontinuität im kommunistischen Selbstverständnis kompensiert werden. Die Linksparteien werden vermutlich auch nicht als die erfolgreichere Protestparteien aus der Krisensituation hervorgehen.

5 Die Linke Europas

5.1 Soziale Bewegungen

Eine Einleitung zur gegenwärtigen pluralistischen Linken und zu den neuen sozialen Bewegungen und ihrer Verfasstheit beginnt, nach dem Blick auf den Zusammenbruch des Staatssozialismus und seinen Auswirkungen, meist mit den Anfängen der globalisierungskritischen Bewegung: den Zapatist_innen, dem Beginn des Weltsozialforumsprozesses in Porto Alegre und der Beginn der Reihe von G8- und WTO-Gegengipfel in Seattle (vgl. etwa Hüllen 2008). Um die Jahrtausendwende bildete sich eine transnationale zivilgesellschaftliche Opposition zum neoliberalen Umbau Europas in Form der globalisierungskritischen Bewegung und der Sozialforen. Diese neuen sozialen Bewegungen zeichneten sich durch die Versuche antihierarchischer, offener und neuer kreativer und kultureller Praxen und Kommunikation aus. Diese Organisationsstrukturen und Widerstandspraxen wichen stark von den traditionellen Praxen der herkömmlichen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen – den Gewerkschaften und Parteien – ab (vgl. Hüllen 2008, 463).

Die ‚Intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für die Menschlichkeit‘ 1996 und 1997 der zapatistischen Bewegung in Chiapas, Südmexiko, werden als Wegbereiter für die internationalen und breiten Proteste gegen die G8-Gipfel, WTO, IWF und Weltbank und als Vorläufer der Weltsozialforen gesehen (vgl. Holloway 2006, 14). Die Proteste rund um die Welthandelskonferenz in Seattle 1999 gelten als der Startschuss für eine globale Bewegung, für Alternativen zur globalen *neoliberalen Disziplinierung* (vgl. Bohle 2005) und Durchsetzung der Herrschaftsinteressen. Es war aber auch der Startschuss für mitunter brutale Repression gegen diese Bewegung. Die Demonstrationen in Göteborg und Genua 2001 waren gekennzeichnet durch eine Außerkraftsetzung bürgerlich-demokratischer Freiheiten und Rechte. Willkürliche Polizeiübergriffe, Gewalt in Gefängnissen und bewusstes Herbeiführen von Eskalationen in Demonstrationen waren an der Tagesordnung, es herrschte kriegsähnlicher Ausnahmezustand (vgl. Söderqvist 2011). Während der Proteste gegen den G8-Gipfel 2001 in Genua wurde der italienische Aktivist Carlo Giuliani von Carabinieri erschossen. Im Zusammenhang mit dem 10-jährigen „Jubiläum“ der Bewegungen und Proteste wurde Resümee gezogen: Das Europäische Sozialforum ist an seinem Tiefpunkt angelangt (vgl. Bolini 2010, 75), wenn nicht sogar am Ende. Die einst transnationalen Proteste gegen die WTO- und G8-Gipfel sind ebenfalls in Hinsicht auf Teilnehmer_innenzahl, Medienecho und Diskursgewalt an ihrem Tiefpunkt angelangt.

Verschiedene Faktoren, darunter bestimmt nicht als einziger die wirkungsvolle Repression, haben zu einer erneuten Zersplitterung der linken und fortschrittlichen Kräfte geführt.

Jüngere Bewegungen sind die Besetzungen der Plätze in europäischen Städten von Indignados („Empörte“), wie sie sich selbst nennen. Ausgehend von Spanien im Frühjahr und Sommer 2011 folgen sie einem noch offeneren Konzept. Die Platz-Besetzer_innen sind skeptisch gegenüber der herkömmlichen Politik jeglicher Couleur und oft auch gegenüber den herkömmlichen sozialen Bewegungen (vgl. Steinko 2011 [Online]). Es wird mitunter auch kritisiert, sie seien apolitisch (vgl. Mense 2011 [Online]). Nach meiner Einschätzung sind diese spontanen Besetzungen und aufflammenden wütenden Proteste mit einer gewissen Punk-Attitüde ausgestattet („ohne Job, ohne Wohnung, ohne Pension, ohne Angst“ ist einer der Slogans der *Democracia Real Ya* Bewegung in Spanien (vgl. Wendler 2011 [Online])). Unmittelbare Betroffenheit von Arbeits- und Wohnungslosigkeit, von Diskriminierung und Unterdrückung und die Empörung darüber sind Tausenden genug Motivation auf die Straßen zu strömen. In der Wahlkabine äußert sich die Empörung unterschiedlich: bei den Regional- und Kommunalwahlen in Spanien im Mai gab es „einen hohen Anteil an teilweise bewussten Stimmenthaltungen, einen nur bescheidenen Stimmenzuwachs für die linken Parteien und einen Erdrutschverlust für die [regierende, sozialdemokratische] PSOE (Sozialistische Partei)“ (Steinko 2011). Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im November 2011 verlor die Sozialdemokratie, die Vereinte Linke (*Izquierda Unida*) jedoch hat statt 2 nunmehr 11 Mandate (vgl. Elecciones Generales 2011 [Online]). Eine zunehmende Absenz von aktiver transnationaler Vernetzung ist ein Merkmal des aufflammenden Protests gegen Austeritätspolitik und Sozialabbau und eine spannende Veränderung zu dem Höhepunkt der globalisierungskritischen Bewegung und den Sozialforen. So wie sich die „organisierten zivilgesellschaftlichen Lobbies“ (vgl. Bolini 2010, 81) und die politischen Eliten der Nationalstaaten angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder mehr in eine Renationalisierung retten, scheint auch ihr Pendant, die „unabhängige Zivilgesellschaft, die selbstorganisierten sozialen Bewegungen“ (Bolini 2010, 81), vielmehr auf nationaler und lokaler Ebene zu agieren.

5.2 Linke Parteien

Die neuen und auch schon älteren und teilweise momentan geschwächten sozialen Bewegungen sind geprägt durch ein oft kritisches Verhältnis zu den traditionellen institutionalisierten Teilen der Arbeiter_innenbewegung, den Gewerkschaften und Parteien.

Doch linke Parteien in Europa sind unterschiedlich, allein schon in ihrem politischen und organisatorischen Selbstverständnis. Auch die Position und ihre Stärke in den jeweiligen

nationalen Parteiensystemen unterscheidet sie voneinander (vgl. March 2008, 3). Schließlich sind die Positionen in der europäischen Linken und die Strategien zur europaweiten Organisierung in dieser verschieden.

Ob sich die Linke etwa selbst als „radikal“, „links der Sozialdemokratie“, „die Linken der Linken“ oder gar „transformatorisch“ bezeichnet hängt immer davon ab, von welchem Land und in welcher Sprache wir sprechen. In Österreich, Deutschland und Skandinavien ist allen klar, was mit „links der Sozialdemokratie“ gemeint ist. Lediglich würden manche in einigen Politikfeldern die Grünen zum linken Lager zählen, andere gar nicht. In Frankreich gibt es die Bezeichnung „sozialdemokratische Partei“ nicht, es wird von den „Sozialist_innen“ gesprochen. Die kommunistische und trotzkistische Linke bezeichnet sich hier als „die Linken der Linken“. In Finnland könnten wenige Linke etwas mit der Selbstbezeichnung „radikal“ anfangen, vielleicht noch die marginalisierte KP. Für die Linke Allianz (*Vasemmistoliitto*) jedoch, die seit Juni 2011 in einem einzigartig breiten Regierungsbündnis mit fünf anderen Parteien⁴ ist, ist der Begriff „transformatorisch“ für eine spezielle Vorstellung der Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse hier treffender. In Dänemark gibt es die Partei *Radikale Venstre*, eine „linksliberale Partei, die nie etwas mit dem Sozialismus zu tun“ hatte (Johansen 2010, 251), und auch die dortige rechtsliberale Partei heißt *Venstre* – „Linke“ (vgl. Johansen 2010, 252). Die dänische Rot-Grüne Einheitsliste (*Enhedslisten – de rød-grønne*) sieht sich weiterhin als radikal links. Sie ist also dem Spektrum „links der Sozialdemokratie“ zugehörig, das einen „Bruch mit dem Kapitalismus vertritt“ (Johansen 2010, 256). Die Sozialistische Volkspartei ist nach Inger Johansen von der Einheitsliste immer mehr der politischen Mitte zuzurechnen (vgl. Johansen 2010, 257). Griechenlands fortschrittliche Linkspartei *Synaspismos* ist *die* radikale Kraft – auch in Abgrenzung zur traditionsbehafteten und marxistisch-fundamentalistischen Kommunistischen Partei KKE.

In einzelnen Ländern dominiert eine Linkspartei, in anderen wirken zwei oder mehrere Linksparteien mit sehr unterschiedlicher Ausrichtung und einer entsprechenden politischen und parlamentarischen Relevanz. (Hildebrandt 2006, 12)

Wissenschaftler_innen in Deutschland, rund um die Rosa Luxemburg Stiftung und DIE LINKE sprechen von den „linken Parteien“ (Schirdewan) oder „Linksparteien“

4 Die konservative Nationale Sammlungspartei, stellt den Regierungschef, außerdem in der Koalition: die Sozialdemokratische Partei, die Grünen, die Schwedischen Volkspartei und die Christdemokrat_innen.

(Daiber/Hildebrandt/Striethorst). Luke March, Professor für Politikwissenschaft in Cornwall und Forscher zur postsowjetischen und der europäischen Linken, verwendet die Formulierung „links der Sozialdemokratie“.

Tim Spier (2009) wendet zur Definition von Linksparteien eine ausschließende Methode an: alle linken Parteien, die nicht zur Sozialdemokratie oder zu den Grünen gehören:

Linksparteien sind all diejenigen Parteien, die sich nach ihrem Selbstverständnis der politischen Linken zugehörig fühlen, aber nicht der Parteifamilie der sozialdemokratischen oder grün-alternativen Parteien zuzuordnen sind.

Wie links jedoch die Grünen stehen ist auch von den jeweiligen nationalen Kontexten abhängig und ob die (post-)kommunistische Linke sich einen Platz im parlamentarischen System bewahren und gegen neue Linke verteidigen konnte. „Den skandinavischen Linksparteien gelang es frühzeitig, den Weg in die entstehende Umweltbewegung zu finden und selbst ökologische Themen glaubwürdig zu besetzen, so dass sie sich dementsprechend als grüne und linke Parteien bezeichnen“ (Schirdewan 2009, 18). So ist in Schweden oder Frankreich die einstige Graswurzelbewegung der Grünen nunmehr mit Sicherheit näher den Wirtschaftsliberalen als etwa die Sozialdemokratie.

5.3 Historische Entwicklungen und Ausdifferenzierung der linken Parteien

Der Ursprung der traditionellen Linksparteien führt zurück zur historischen Spaltung in der Arbeiter_innenbewegung: der Abspaltung der kommunistischen Parteien von der Sozialdemokratie am Beginn des 20. Jahrhunderts. Ihre Wurzeln liegen in der von Lenin gegründeten *Kommunistischen Internationale* (Komintern) und ihrer Nachfolgerin, dem *Kommunistischen Informationsbüro* (Kominform). Diese Wurzeln sind in weiterer Folge verwoben mit dem totalitären System des Stalinismus. Die verschiedenen nationalen kommunistischen und post-kommunistischen Parteien gehen unterschiedlich mit diesem stalinistischen Erbe um. Dieses Erbe sind die Verbrechen der Säuberungen, Schauprozesse, des Terrors, des totalitären Regimes Stalins (vgl. Arendt 2006).

Von den 1966 Delegierten des 17. Parteitages [der KPdSU], des Parteitages der Sieger [im Bürger_innenkrieg und der Revolution] 1934, sind keine fünf Jahre später 1108 verhaftet, verschleppt, erschossen, verscharrt (Montefiore, 148), von den 136 Parteisekretären, die das Adressbuch für Moskau und Umgebung 1936 auflistet, noch 7 im Amt (Schlögell, 50). (Adamczak 2007, 47)

In der Zeit des großen Terrors in der Sowjetunion 1936-1938 wurde bürokratisch-zentralistisch und nach genauem Plansoll die größte Verfolgung und Ermordung von Kommunist_innen durch Kommunist_innen in der Geschichte durchgeführt. Was von der Oktoberrevolution übrig geblieben war, wurde hier vernichtet. Viel zu bereitwillig wurde das übersehen und viel zu schnell wurde dieser Terror in den übrigen kommunistischen Parteien verdrängt, und viel zu spät ließ man in Europa ab von der Moskautreue und dem Zentralismus. Meistens erst, als sich dieses Dogma durch den Zusammenbruch Moskaus ohnehin erübrigt hatte.

Verschiedene Ereignisse in den staatssozialistischen Ländern gelten als Zäsuren in der Geschichte und Entwicklung aller europäischen linken Parteien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – in Ost und West:

- 1953 DDR: Bewegung 17.Juni – soziale Proteste kritischer Kommunist_innen und Niederschlagung durch Warschauer Pakt Truppen
- 1956: 20. Parteitag der KPdSU – in seiner *Geheimrede* kritisiert Chruschtschow die stalinschen Verbrechen; antistalinistische Revolution in Ungarn, Niederschlagung durch Warschauer Pakt Truppen
- 1968 CSSR: Prager Frühling – Entwicklung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ausgehend von der KP, Niederschlagung durch Warschauer Pakt Truppen
- 1981 Polen: von der regierenden Kommunistischen Partei wurde der Ausnahmezustand ausgerufen – gegen die vorher praktizierte Doppelherrschaft mit der katholischen Gewerkschaft, der Solidarnosc-Bewegung

(vgl. Pelinka 2005, 217f)

Historische Entwicklungen können natürlich nicht durch synchrone, also punktuelle, Betrachtungen von einzelnen Zäsuren beschrieben werden. Zu beobachten ist, dass es meist antistalinistische soziale Proteste sind (oft auch von Mitgliedern der KP der jeweiligen Länder unterstützt und gegen das Diktat der KPdSU), die sich gegen einen bürokratischen, entfremdeten und autoritären Staatssozialismus richtet. Viel zu schnell wurde von den meisten übrigen kommunistischen Parteien die Seite der KPdSU ergriffen, auch wenn all diese Zäsuren auch innerhalb der Parteien Gegenstand von Auseinandersetzungen rund um die Positionierung dazu waren. Italiens Kommunistische Partei verurteilte den Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968. Von ihr ging auch die Entwicklung des *Eurokommunismus* aus, der die Vormachtstellung der sowjetischen KP unter den kommunistischen Parteien ablehnte. Auch stand er für eine erneuerte Vorstellung der Transformation innerhalb demokratisch-parlamentarischer Gesellschaften. Die Parteien des Eurokommunismus –

federführend waren die KP Frankreichs, Spaniens und Italiens – strebten eine europäische Einigung und „die Überwindung der politischen, wirtschaftlichen und vor allem militärischen Block- und Konfrontationspolitik“ (Hildebrandt 2010, 79) an. Nur ein Ende des Kalten Krieges bzw. eine Gemeinschaft Europas, die weder der USA noch der UdSSR untergeordnet ist, konnte in der Einschätzung der Eurokommunist_innen auch zu einer Veränderung der Hegemonie und der Herrschaftsstrukturen in den europäischen Ländern führen.

Denn unter den Bedingungen der Blockkonfrontation waren aus deren Perspektive weder alternative gesellschaftliche Entwicklungen zum Kapitalismus noch zum Staatssozialismus möglich. Der Status quo sicherte die friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und zugleich den Status quo der Kräfteverhältnisse innerhalb der Blöcke, einschließlich der führenden Rolle ihrer Großmächte. (ebd.)

Außerdem brachte die Zeit der Transformation in Portugal, Griechenland und Spanien in den 70ern neue Aktionsfelder für die jeweiligen davor illegalisierten kommunistischen Parteien. Zur selben Zeit haben die Student_innenbewegung und die Frauenbewegung neue Formen der Organisation und neue Themen auf die Agenda gebracht. Zur neueren historischen Entwicklung der linken Parteien lässt sich zusammenfassen, dass die Dominanz innerhalb des linken Spektrums der traditionellen großen Linksparteien abgelöst wurde durch eine Vielfalt an verschiedenen alten und neuen Akteur_innen:

Seit 1970 ist nicht nur der Staatssozialismus in Osteuropa verschwunden, sondern hat sich auch der Einfluss der Linken im kapitalistischen Europa von 15 auf 7 Prozent reduziert. [...] Bildeten in den 40er- und 50er-Jahren große kommunistische Parteien die Flaggschiffe der europäischen Linken, so hat sich deren Einfluss in zwei Etappen, den 70er- und den 90er-Jahren, stark verkleinert. Gestiegen ist hingegen das Gewicht von neuen Linksparteien, linkssozialistischen, linksökologischen oder linkspluralistischen Zuschnitts. (Baier 2010, 50f)

Das ist „[d]er große Bruch im historischen Kontinuum [...] Die kommunistischen Parteien stellen also nicht mehr (oder nur unzureichend) das Zentrum des radikalen Raumes dar und können ihn demnach auch nicht länger definieren“ (Moschonas 2011 [Online]). Der abnehmende Einfluss der traditionellen Linksparteien in den 90ern ist Folge der Zäsur von 1989/90 – dem Zusammenbruch des Staatssozialismus – und der Transformation in den zentral- und osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion. Nicht nur die kommunistischen

Parteien des Staatssozialismus sondern alle europäischen Linksparteien waren in hohem Maße von dieser Entwicklung betroffen. Gerassimos Moschonas beschreibt diese Phase als Zeit einer „vernichtende[n] Niederlage“, die keine linke Kraft verschont hat:

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus sehen die Kräfte links der Sozialdemokratie aus wie eine geschlagene Armee. Die tiefe Wunde, die der Zusammenbruch dieses außerordentlich destruktiven (und gleichzeitig außerordentlich innovativen) Kräftesystems gerissen hat, hat nichts und niemanden verschont – nicht einmal die Parteien, die mit der besiegten Version des Kommunismus nicht gleichgesetzt wurden. (Moschonas 2011, 8f)

Auf die historische Niederlage des Realsozialismus mit seinen festgefahrenen bürokratischen Strukturen folgte nicht ein Aufschwung der progressiven und antistalinistischen linken Kräfte. Die linke Kultur bröckelte und von den Eliten konnte eine allumfassende neoliberale Hegemonie durchgesetzt werden:

Die vernichtende Niederlage hat die optimistischen Behauptungen einer gewissen anti-stalinistischen Linken beiseite gefegt, nämlich dass dieser Zusammenbruch einen großartigen Sieg für den authentischen Sozialismus darstelle (2). Er riss die linke Kultur als Ganzes auseinander, eine Kultur, die sich bereits auf dem Rückzug befand, und er beschleunigte und verstärkte die Verbreitung liberaler Ideen. (Moschonas 2011, 9)

Dennoch, oder gerade wegen der Niederlage und den Herausforderungen vor die sie die Linke stellten, haben die Neunziger in vielen Ländern ein Comeback der Linksparteien gebracht. Dies ist zu begründen mit dem ideologisch-diskursiven Comeback linker Inhalte, bedingt nicht zuletzt durch „Misserfolge des Gegners“ (Moschonas 2011, 10) – die Krisen des Finanzmarktkapitalismus und das dadurch beförderte Bröckeln der neoliberalen Hegemonie.

Diese Rückkehr, die hinsichtlich der Wahlergebnisse instabil und anfällig ist, ist nicht nur und nicht hauptsächlich in den Wählerschaften zu sehen. Vor allem ist sie ideologisch, kulturell und politisch. Das Versagen des Finanzkapitalismus, der bei Wahlen sichtbare und ideologische Niedergang der moderaten [also sozialdemokratischen, Anm.] Linken, die Globalisierungsgegner oder alternativen Globalisierungsbewegungen und die zahlreichen sozialen Bewegungen auf nationaler Ebene haben in großem Maße die Ideen und Kritiken

dieser „anderen“ Linken, ihrer Intellektuellen und Parteiorganisationen erneut legitimiert. In dieser Hinsicht sind die „Misserfolge des Gegners“ der Schlüssel für das Wiederaufleben. (Moschonas 2011, 9f)

Ein weiterer Grund ist die Anpassungs- und Veränderungsfähigkeit der Linksparteien. Das Ende des Zentralismus – als Ausdruck für die ökonomische und ideologische Vormachtstellung der KPdSU innerhalb des Linksspektrums und als Organisationsform innerhalb der Parteien – brachte notwendige Umstrukturierungen auch auf organisatorischer Ebene. „Die radikale Linke war sogar in der Lage, ihr programmatisches Profil und ihre Agenda zu erneuern und (wenn auch nur zum Teil) ihre Ideen und ihren historischen Stolz in Frage zu stellen. Auf gewisse Weise ist es ihr gelungen, der Niederlage ins Auge zu sehen.“ (Moschonas 2011, 12)

Die Parteienlandschaft links von der Sozialdemokratie ist geprägt von traditionsreichen Parteien mit einer zum Teil 100-jährigen Geschichte, die wesentlich auch die der Sozialdemokratie ist, und von jungen Parteien, die das Ergebnis von Auflösungen, Abspaltungen, Neugründungen oder von Fusionsprozessen sind. Man kann also von einer sehr dynamischen, sich ständig verändernden Parteienlandschaft der Linksparteien in Europa sprechen. Zu dieser gehören gegenwärtig kommunistische, reformkommunistische, sozialistische, linkssozialdemokratische, grün-linke, trotzkistische und andere Parteien. (Hildebrandt 2010, 12)

Zur Ausdifferenzierung im Spektrum der Parteien links der Sozialdemokratie unterteilt Martin Schirdewan (2009, 11-17) die Strömungen in *Neue Europäische Linke*, *Klassische Kommunist_innen*, *Trotzkist_innen* und *Nordisch-Grüne Linke*. Die sogenannten „klassischen Kommunist_innen“ sind ideologisch fundamentalistische und nicht nennenswert erneuerte Parteien. Sie stellen „mit ihrer unkritischen Haltung gegenüber dem sowjetischen Erbe, ihrer zentralistischen Organisation und ihrem revolutionären Anspruch [...] nur noch Randphänomene dar“ (March 2008, 3). Zu ihnen sind die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und die Portugiesische Kommunistische Partei (PCP) zu zählen, die beide zweistellige Prozentwerte bei Wahlen erreichen, sowie die stimmenschwächere Kommunistische Partei der Slowakei (KSS).

In den 70er Jahren, als Eurokommunismus, neue soziale Bewegungen und neue Linke entstanden, und nach der Zäsur von 1989/90, sahen änderten viele alte kommunistische- und Linksparteien ihre Linie und Ausrichtung grundlegend. Die Neue Europäische Linke,

Trotzkist_innen und Nordisch-Grüne Linke, von March (2008, 3) als „Radikale Linke“ bezeichnet, ist politisch-inhaltlich reformierter und modernisierter: Sie

[...] fordert zwar einen systemischen Wandel des Kapitalismus, akzeptiert aber die demokratischen Rahmenbedingungen. Ihr Ziel ist nicht länger die Revolution, sondern die Bewahrung des sozialdemokratischen Wohlfahrtskonsenses, kombiniert mit Feminismus, Umweltschutz und Euroskepsis. Gemeinsam ist diesen Parteien der Protest gegen Globalisierung und Marktliberalisierung, die Forderung nach mehr direkter Demokratie sowie nach mehr Rechten für sozial Benachteiligte. Manche osteuropäische Parteien geben sich zusätzlich einen national-populistischen Anstrich (z. B. in Bulgarien und Rumänien).

Die hier skizzierten Strömungen in der europäischen Linken waren traditionell oft auch innerhalb der Linksparteien vorhanden. So zu beobachten etwa bei dem Strömungsstreit in der schwedischen KP zwischen den „Erneuerern“ und den „Traditionalisten“: „Neben der vor allem symbolischen Frage nach der Haltung zum real existierenden Sozialismus spielten Fragen wie diejenige nach dem historisch-materialistischen Geschichtsverständnis der Partei und zum Prinzip des demokratischen Zentralismus der Parteistatuten eine wichtige Rolle im Kampf zwischen den beiden Strömungen“ (Süßner 2006,193). Oft gab es entlang dieser innerparteilichen Konfliktlinie auch Spaltungen – wie in Griechenland, wo im linken Spektrum die orthodoxe KKE von der bewegungslinken, ökologischen und Europa-integrationsfreundlichen Synaspismos konterkariert wird (vgl. Marioulas 20120).

Eine diachrone Betrachtung dieser Dynamiken zeigt die Abspaltungen und neuen Entwicklungen der kommunistischen- und Linksparteien. Natürlich waren die Veränderungen innerhalb der Linken nicht dermaßen chronologisch und linear, die folgende Abbildung ist vielmehr als Überblick verschiedener Strömungen zu verstehen

3.1 Historisch-genetische Kohärenz

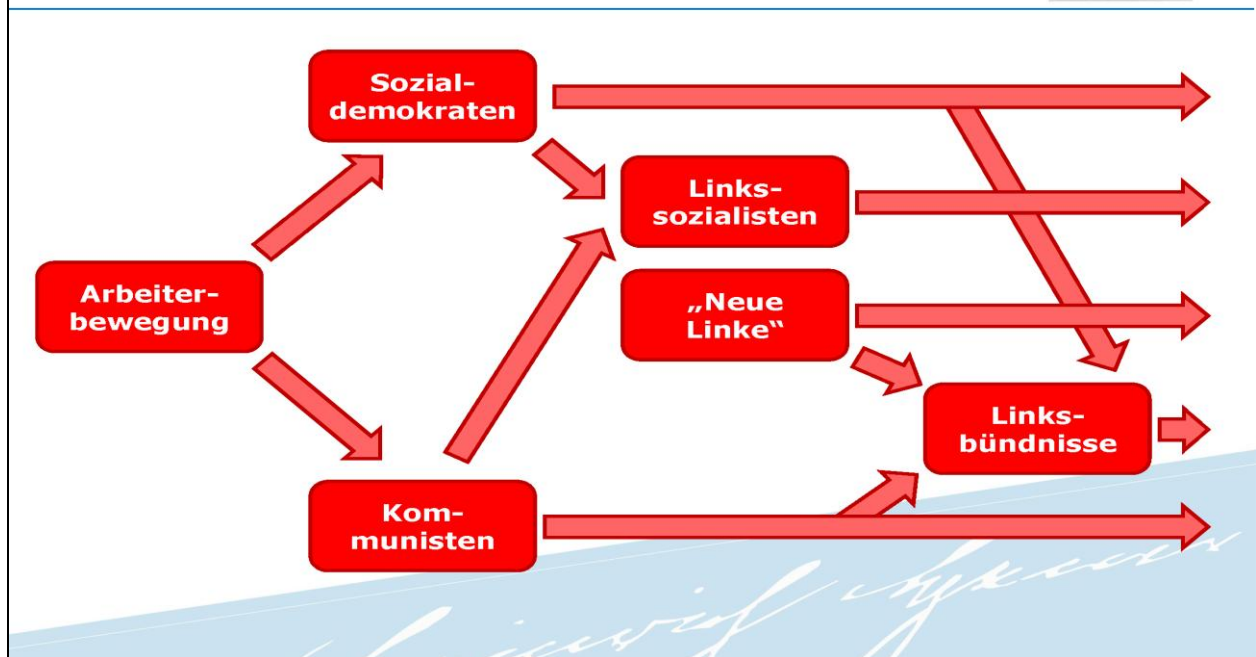


Abb. 3 Historisch-genetische Kohärenz der (westeuropäischen) Linksparteien (Spier 2009, 8)

Die historischen drei Typen von Entstehungsgeschichten der Linksparteien können grob entlang dreier Gründungswellen beschrieben werden. Die kommunistischen Parteien spalteten sich in den Zehner- und Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts von der Sozialdemokratie ab, beide entstanden aus der Arbeiter_innenbewegung. In den Sechziger, Siebziger und auch noch Achtziger Jahren entstanden „Neue Linke“, wie weiter oben in diesem Kapitel beschrieben, im Zuge der gesellschaftlichen Umbrüche aus der Entwicklung neuer Konfliktlinien und neuer Themen auf der politischen Agenda. Außerdem entwickelten moskaukritische, reformkommunistische Parteien den Eurokommunismus, der Abstand nimmt von dem Dogma des demokratischen Zentralismus und der revolutionären Entwicklung unter Führung der Sowjetunion. Parteien mit eurokommunistischer Ausrichtung waren die Italienische, Französische und Spanische Kommunistische Partei (manche zählen auch Titos KPJ dazu). Das Pendant dazu in Nordeuropa waren die Linksozialist_innen. Schließlich brachte das Ende des Staatssozialismus und die Zeit der Transformation Gründungen von neuen Parteien und Parteibündnissen und die Erneuerung der Folgeparteien der staatssozialistischen Parteien (vgl. Hildebrandt 2010, 17).

5.4 Postkommunistische Parteien in Zentral- und Osteuropa

Die linken Parteien Zentral- und Osteuropas haben sich mehrheitlich aus schon während des Staatssozialismus existierenden kommunistischen Parteien entwickelt.

Der Ausgangspunkt der Entwicklung (Staatssozialismus und seine Krise) bestimmt das Profil der »post-kommunistischen Linken« [seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus]: Sie repräsentiert sowohl Teile der mit dem Staatssozialismus eng verbundenen »Dienstklasse« als auch der vom alten System besonders profitierenden Gruppen der Bevölkerung (Arbeiter der traditionellen Industrien, die »Aufbaugeneration«). (Segert 2006, 206)

Segert beschreibt jedoch, dass in den Parteien grundlegende Transformationen vollzogen wurden:

Es gibt keine einzige der früheren kommunistischen Staats-Parteien, welche sich nach dem Ende des Staatssozialismus sowohl in ihrem Programm und ihren Organisationsstrukturen wie auch in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft nicht grundlegend verändert hätte. Wenn also hier von der post-kommunistischen Linken gesprochen wird, dann soll damit die Kontinuität zwischen den früheren Staatsparteien und ihren Nachfolgern keineswegs überbetont werden. (ebd., 207)

Viele dieser ehemaligen kommunistischen und meist staatstragenden Parteien haben sich zu sozialdemokratischen Parteien gewandelt:

Ein weiteres Merkmal vieler (nicht aller) Parteien dieser Gruppe ist ihre »Sozialdemokratisierung« – darunter wird hier u. a. die Bindung der gewandelten Staatsparteien an die Sozialistische Internationale (und der »Partei der Europäischen Sozialisten«) verstanden. (ebd., 206)

Daneben „gibt es noch eine weitere Gruppe auf europäischer Ebene zusammengeschlossener erfolgreicher Nachfolgeparteien“ (ebd., 207) – die Parteien, die sich in der Europäischen Linkspartei organisierten. Die Nachfolgepartei der SED, die PDS (*Partei des Demokratischen Sozialismus*, mittlerweile *DIE LINKE*), war 2004 Gründungsmitglied der EL, ebenso die ungarische Arbeiter_innenpartei, die 2009 jedoch ausstieg. Die KSČM (*Kommunistische Partei Böhmens und Mährens*) ist Beobachterpartei der EL. Europaabgeordnete von LINKE

und KSČM sind in der Linksfraction im Europaparlament, der GUE/NGL, vertreten (vgl. ebd., 207).

5.5 Gibt es eine linke europäische Parteifamilie?

Wie im Kapitel zu den Parteifamilien beschrieben ist es schwer, europaweite Parteifamilien Ost-West-übergreifend auszumachen (vgl. Kap. 3.2). Doch die Uneinheitlichkeit der linken Parteifamilie besteht auch im Westen. Es gibt verschiedene historisch gewachsene ideologische und realpolitische Blöcke der Linken. Diese sind nicht homogen und verändern sich auch. Vor dem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es denn heute eine linke europäische Parteifamilie (noch) gibt. Moschonas geht von einem Ende der linken Parteifamilie aus: „Tatsächlich ist der Bereich links der Sozialdemokratie heute stark verändert und unterscheidet sich erheblich von der kommunistischen Linken früherer Zeiten. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Raum, da seine Bestandteile keine einheitliche Parteifamilie bilden“ (Moschonas 2011, 10). Tim Spier (2009) kommt zum Ergebnis, dass die Kohärenzkriterien einer Parteifamilie innerhalb der Linken erfüllt werden, jedoch sollten die „Untergruppen [der linken Parteifamilie] aber differenziert betrachtet werden“. Wie weiter oben beschrieben, gibt es verschiedene Kriterien zur Untersuchung einer Parteifamilie (vgl. Kap. 3.2). Ich gehe hier auf die Kriterien Entstehung und Soziologie, Policy und Ideologie und Transnationale Zusammenschlüsse ein.

Entstehung und Soziologie

Die Parteien einer Parteifamilie können unter gleichen historischen Umständen gegründet worden sein oder mit der Intention, gleiche Interessen zu repräsentieren. Daneben können sie sich auch durch ähnliche Wähler_innenschaften auszeichnen. Die Untersuchung dieses Kriteriums folgt zunächst dem klassischen cleavage-Ansatz (zur Erinnerung: die vier klassischen cleavages oder Konfliktlinien sind Zentrum-Peripherie, Säkularität-Kirche, Stadt-Land und Arbeit-Kapital). Ein diachroner Blick auf den Gründungskonflikt, also die ursprüngliche Motivation, eine Partei zu gründen, und die darauffolgende Entwicklung zeigen kein einheitliches Bild der europäischen Linksparteien. So haben sich die Parteien aus der traditionellen Arbeiter_innenbewegung des 19. Jahrhunderts aus dem klassischen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital entwickelt. Für die Entwicklung der neuen linken Parteien der 70er waren zusätzlich andere bewegungslinke Konflikte relevant. Außerdem brachte das Ende der südeuropäischen Diktaturen und das Ende des Staatssozialismus gravierende Veränderungen in der europäischen Parteienlandschaft mit sich. Daneben fanden allein in Westeuropas Linksparteien Abspaltungen, Fusionen und parallele Entwicklungen verschiedener Flügel statt (siehe **Abb. 3**). Solche Entwicklungen sind aber

nicht untypisch für Parteifamilien – auch bei den Grünen und Rechtspopulist_innen sind sie zu beobachten (vgl. Spier 2009, 16).

Bei einer synchronen Betrachtung der gegenwärtigen Wähler_innenschaft entlang der Konfliktlinie Säkularität-Kirche ist in jedem Fall eine eindeutige Orientierung auf Säkularität der europäischen Linksparteien auszumachen. Entlang der Konfliktlinie Arbeit-Kapital in ihrer klassischen Auslegung ist dies nicht so eindeutig. Das Wähler_innenprofil der verschiedenen Linksparteien ist heute weit gestreut (siehe **Abb. 4**). Wie oben beschrieben ist die klassische Milieubindung der Wähler_innen entlang der Konfliktlinie Arbeit-Kapital nicht mehr wie früher gegeben. Oft bilden Student_innen, Akademiker_innen, Angestellte und öffentlich Bedienstete den größten Teil des Elektorats mancher Linksparteien, so zum Beispiel bei der griechischen Synaspismos, der niederländischen SP und dem portugiesischen Linksbündnis. Die Wähler_innenschaft der linken Parteifamilie ist die am weitesten gestreute – vor allem bei den soziodemografischen Merkmalen Geschlecht, Alter und Berufsfeld (siehe **Abb. 4**). Spier (2009, 14) macht hier drei verschiedene idealtypische Wähler_innenprofile der Linksparteien aus: *Altkommunistische Elektorate*, *grün-alternative Elektorate* und *Jugendlich-linksradikale Elektorate*. Das bedeutet grob umrissen, manche Parteien können nach wie vor als klassische Arbeiter_innenparteien bezeichnet werden, andere als Parteien moderner Produzent_innen und Dienstleister_innen. Erstere sprechen vorwiegend männliche, ältere Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und überdurchschnittlich viele manuelle Arbeiter_innen und Pensionist_innen an. Zweitere sprechen Angestellte, Dienstleister_innen, in soziokulturellen Berufen Tätige, eher jüngere und weibliche Wähler_innen an (vgl. Striethorst 2010, 111f). Hinzuzufügen wären dieser linken Subkultur, die schon vor 1989 links gewählt hat oder in feministischen-, Umwelt-, Tierrechts- oder Student_innenorganisationen und NGOs aktiv ist, *unzufriedene Mitte-Links-Wähler_innen* und *Protestwähler_innen* (vgl. March 2008, 6f).

	Linksparteien		Grüne		Sozialdemokraten		Liberalen		Christdemokraten		Konservative	
	100	SD	100	SD	100	SD	100	SD	100	SD	100	SD
Geschlecht												
Mann	106	21	77	12	97	4	102	15	95	10	104	11
Frau	96	20	124	12	103	4	98	14	105	10	96	11
Alter												
18-29	127	69	196	48	93	17	115	38	90	38	77	21
30-44	101	21	142	16	99	10	111	17	83	9	100	11
45-59	122	36	99	12	105	9	90	13	92	11	90	10
60-	68	26	37	5	98	12	94	18	128	16	118	15
Wohnort												
Großstadt und Vororte	118	31	159	36	102	14	109	36	81	14	109	24
Kleinstadt	106	26	77	24	105	8	99	16	101	24	97	13
Ländlicher Raum	80	26	73	14	95	8	91	23	114	16	95	18
Bildung												
Niedrig (bis untere Sekundar)	86	30	42	19	115	17	66	22	105	29	89	26
Mittel (bis obere Sekundar)	104	26	103	27	99	8	84	25	99	15	100	15
Hoch (Tertiär)	132	79	157	33	91	21	141	33	105	16	101	27
Berufsfeld												
Manuelle Arbeiter	106	41	44	21	112	17	62	24	92	14	83	26
Technische Experten	106	66	110	20	99	17	124	22	96	9	113	31
Ausführende Angestellte	94	29	89	23	101	9	91	20	86	24	104	11
Soziokulturelle Berufe	123	53	172	19	96	12	111	29	118	40	90	19
Mittlere Abweichung		37		21		12		23		18		18

Abb. 4 Elektorale Kohärenz der (westeuropäischen) Parteifamilien (Spier 2009, 13)

Zur Erklärung der Tabelle: Die erste Zahl neben einer Untergruppe ist der Indikator, die „Verhältniszahl, die Über-/Unterrepräsentation der Partei in der jeweiligen Wähler_innengruppe erfasst“ (Spier 2009, 12). Ein Wert über 100 zeigt eine Überrepräsentation, ein Wert unter 100 eine Unterrepräsentation dieser Gruppe. Bei der Kategorie Geschlecht sind also die Männer überrepräsentiert und die Frauen unterrepräsentiert innerhalb der Wähler_innenschaft der (west)europäischen Linksparteien. Die Abkürzung SD beschreibt die Standardabweichung, also die Streuung um den Mittelwert. Ist sie hoch, so sind die Werte weiter gestreut, die untersuchte Gruppe der Wähler_innen der Linksparteien ist inhomogener. Für die Linksparteien ist die mittlere Standardabweichung 37 und damit am höchsten im Vergleich zu den anderen Parteifamilien (ausgenommen den Rechten). Das zeigt, dass die Wähler_innenschaft der Linksparteien in Europa heterogen ist.

Policy und Ideologie

Das ideologische Spektrum der europäischen Linksparteien reicht wie oben beschrieben von der Vorbereitung auf die bewaffnete Revolution und dem marxistisch-leninistischen Konzept des Sozialismus in einem Land bis hin zur Bewahrung des sozialdemokratischen Wohlfahrtskonsenses, außerdem spielen auch Themen wie Ökologie und Feminismus eine Rolle. Die Strömungen können in Neue Europäische Linke, Klassische Kommunist_innen, Trotzist_innen und Nordisch-Grüne Linke unterteilt werden. So unterschiedlich sie

erscheinen, so gibt es doch etwa im sozioökonomisch-egalistischen und säkularistischen Fragen Übereinstimmungen. Die ideologisch-programmatische Kohärenz der linken Parteifamilie macht Spier entlang der sozioökonomischen Konfliktachse und der gesellschaftspolitischen Konfliktachse aus. Die Parteien sind eindeutig links positioniert auf der Links-Rechts-Achse. Das bedeutet, die untersuchten westeuropäischen Linksparteien vertreten sozioökonomisch egalistische Positionen. Auf der vertikalen, gesellschaftspolitischen Achse sind sie wesentlich breiter zwischen den Polen *autoritär* und *libertär* gestreut (siehe **Abb. 5**). Das macht es schwierig, eine homogene Parteifamilie auszumachen.

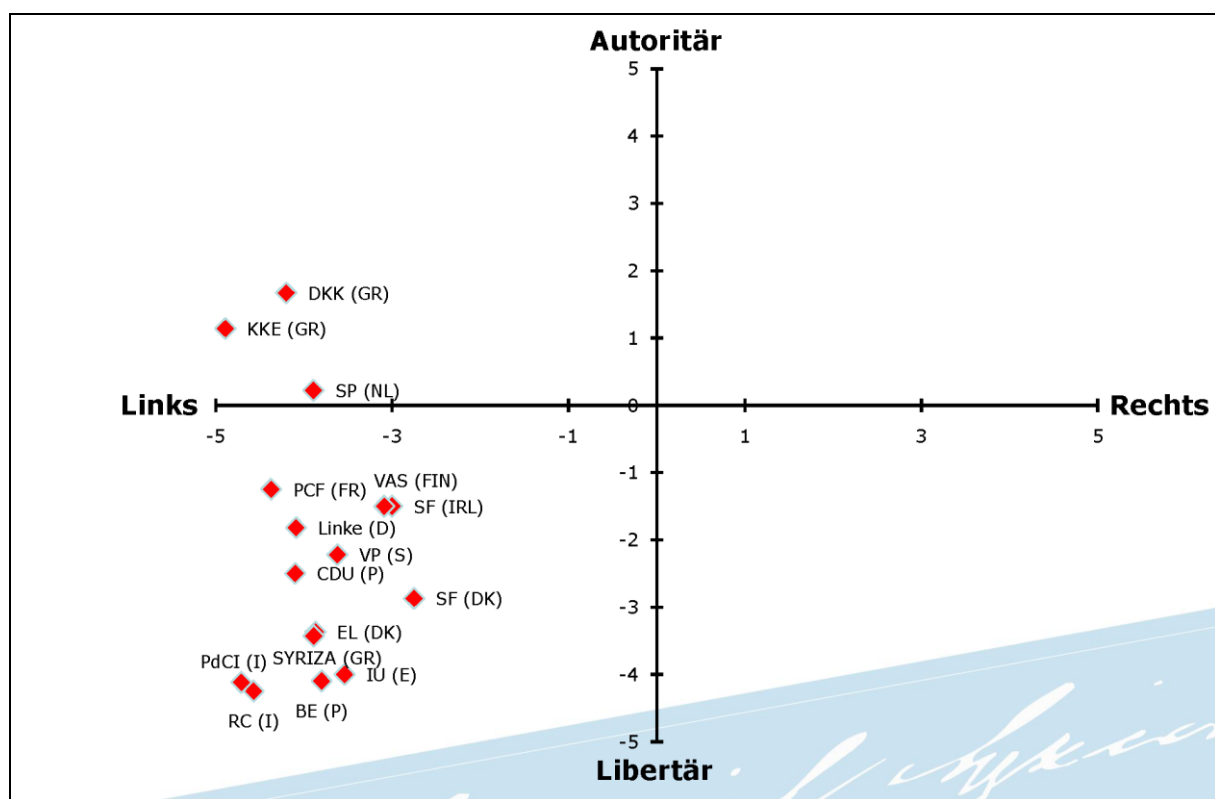


Abb. 5 Ideologisch-programmatische Kohärenz der Linksparteien (Spier 2009, 11)

Gemeinsame europäische Politikinhalte der Linksparteien

„Aktuelle politische Inhalte stehen selten im Zentrum vergleichender Parteienforschung“ konstatiert Anna Striethorst in dem von ihr mitherausgegebenem Band über *Linke Parteien in Europa* (2010). Die aktuellen „Kernthemen, die mit erstaunlich hoher Kohärenz in allen linken Parteien diskutiert werden“ bezeichnet sie folgendermaßen: „Krise des Finanzmarktkapitalismus“, „Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste“, „Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse“ und „Frieden und kollektive Sicherheit“. Sie untersucht auch den europäischen Bezug in der Politikformulierung rund um diese Themen.

Wie oft üblich sieht Striethorst die „neuen linken“ oder auch sogen. „weichen“ Themen vernachlässigt „Die Themen Umwelt und Geschlechtergerechtigkeit stehen in ihrer praktischen Relevanz deutlich dahinter zurück, obwohl fast alle nationalen und europäischen Parteiprogramme ihnen theoretisch einen hohen Stellenwert einräumen“ (Striethorst 2010, 50).

„Das Thema Krise beherrscht die Debatten in den linken Parteien erst seit Mitte des Jahres 2008, als es auch von anderen Parteien und den Medien aufgegriffen wurde“ (ebd., 52). Dass das kapitalistische System krisenhaft ist wussten die Linken schon zuvor. Nach Einschätzungen vieler Linken handelt es sich hier jedoch nicht nur um eine konjunkturelle Krise sondern eine systemische Krise, sie erfasst alle Bereiche der kapitalistischen Ökonomie, und auch die Legitimation der neoliberalen Ideologie und Politik bröckelt. Forscher_innen zitieren auch hier immer wieder Antonio Gramsci, der in der Krise der 30er Jahre, den Verlust von Hegemonie der herrschenden Klasse, also nunmehrige Herrschaft durch „Zwangsgewalt“, analysiert und verbindet mit dem Verlust an Zugkräftigkeit traditioneller Ideologien der Zivilgesellschaft für die breiten Massen. Er bezeichnet diesen Zustand mit dem vielzitierten Passus "Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen“ (Gramsci 1991 zit. n. Baier 2010, 47).

Doch auch wenn jetzt vereinzelt scheinbar der Forderung nach mehr Regulierung und Wiederverstaatlichung von maroden Banken nachgekommen worden ist, werden diese „nicht mehr als Forderungen der radikalen Linken erkannt. Den linken Parteien wird keine Kompetenz zur Überwindung der Krise zugesprochen“ (Striethorst 2010, 53). Die Parteien, die mit Finanzmarkt, Geld und Kapital assoziiert werden, sind die Konservativen und Liberalen und die sind es auch, die an Stimmen gewinnen. Die Parteien haben oft recht unterschiedliche Konzepte und Krisenanalysen. „Die meisten nationalen Besonderheiten der Parteien in der Auseinandersetzung mit der Krise sind aber weniger ideologischen Differenzen geschuldet als vielmehr den unterschiedlichen landesspezifischen Krisensituationen“ (ebd., 54).

Der Wohlfahrtsstaat kann als typisch europäisches Modell betrachtet werden. Die Linke vertritt durchgehend den Standpunkt, dass dieser verteidigt und wieder ausgebaut werden muss. „Europaweit vergleichbare oder sogar gemeinsame Forderungen entstehen aus Elementen, die in fast allen Programmen der linken Parteien verankert sind: die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Solidaritäts- oder Wohlfahrtsgedanke.“ (ebd., 57) Die europäische Dimension in diesem Politikgebiet entsteht also dadurch, dass gleiche Forderungen in allen europäischen Linksparteien formuliert werden. „Die Parteien nehmen

die Debatten zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme angesichts des offensichtlich vorhandenen Reichtums in der EU zu Recht als Verteilungsdebatten wahr.“ (ebd., 57)

„Neben Mindestlöhnen sind es vor allem die Dienstleistungsrichtlinie und die Auswirkung der Lissabon-Strategie bzw. der Europa-2020-Strategie, die über die nationale Ebene hinaus auch von der europäischen Linken diskutiert werden“ (ebd., 60). Die einzelnen Parteien und die EL fordern, „dass öffentliche Dienste, insbesondere die Gesundheitsversorgung, von den Regeln des europäischen Binnenmarkts und der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden“ (ebd., 61). Die Lissabonstrategie und ihre Folgen für die Bildung bleibt ein Nischenthema. „Fast ausschließlich in den Jugend- oder Studierendenorganisationen der Parteien thematisiert werden hingegen die Ökonomisierung der Universitäten infolge von GATS und Bologna-Prozess“ (ebd., 61).

Wie oben schon erwähnt wird von linken Parteien immer wieder ein gesamteuropäischer Mindestlohn gefordert, auch in der Kampagne gegen Prekarisierung der EL (2008 [Online]) „Reclaim Life. Fight Precarity“. Ansonsten bleiben die politischen Forderungen rund um Arbeit, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung im traditionellen Referenzrahmen, wie Striethorst (2010, 62) beschreibt:

Es fällt auf, dass viele der Forderungen der linken Parteien sich fast ausschließlich im Rahmen des traditionellen „Normalarbeitsverhältnisses“ bewegen. [...] Gleichzeitig bleiben die Diskussionen weitgehend auf die nationale Ebene beschränkt: Obwohl europäische Institutionen wie der EuGH massiven Einfluss auf den Kampf gegen drohende Standortverlagerung und Lohndumping haben, wird die EU kaum als Adressat linker Beschäftigungspolitik wahrgenommen.

Dabei ist u.a. das drückend niedrige Lohnniveau in Deutschland Grund für die positive Exportbilanz des „Export-Weltmeisters“, die Gewinne der deutschen Konzerne und in weiterer Folge auch für die Schuldenpekulationskrise in den sogenannten „PIIGS“-Staaten (vgl. Kaufmann 2011 [Online]).

Die Themen Frieden und kollektive Sicherheit sind die klassischen Themen der Internationalen Beziehungen und genuin transnationale Themen. Dennoch fordern auch hier linke Parteien oft in erster Linie lediglich den Abzug der nationalen Truppen aus Kriegseinsätzen, die Verhinderung von Militärstützpunkten und den Austritt des Landes aus der NATO. Das sind auch die Hauptthemen in der Linken in diesem Zusammenhang: „internationale[...] Konflikte[...] und Militäreinsätze[...] und [...] Mitgliedschaft in Sicherheitsorganisationen. Die aktuellen Konflikte, die von linken Parteien thematisiert werden, sind der Krieg in Afghanistan und der Nahostkonflikt“ (Striethorst 2010, 63) und

2011 schließlich auch das NATO- Bombardement in Libyen. Es ist auffällig, „welchen hohen Stellenwert die linken Parteien dem humanitären Völkerrecht zumessen“ (ebd., 64). In diesem Zusammenhang wird auch „die Vermischung militärischer und ziviler Missionen wie z.B. die Zusammenarbeit von KFOR und EULEX im Kosovo“ (ebd., 64) durch die Parteien kritisiert.

Transnationale Zusammenschlüsse

Die transnationalen Zusammenschlüsse von Parteien lassen eine einfache Zuordnung zu Parteifamilien zu. Sie entsprechen der selbst gewählten Kooperation und Verortung in der transnationalen politischen Arena. So ist es auch interessant, diese Zusammenschlüsse zu untersuchen. Doch ein Blick auf die linke Fraktion lässt eine starke Fragmentierung erkennen. Im Europaparlament sind die Parteien links der Sozialdemokratie in der linken Fraktionsgemeinschaft *Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke* (*Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left* - GUE/NGL) organisiert. Deren Tradition geht bis 1973 zurück, die Fraktionsgemeinschaft mit dem heutigen Namen existiert seit 1995 (vgl. Mittag/Steuwer 2010 177-181). Hier schlossen sich EU-Parlamentarier_innen verschiedener linker Parteien zusammen. Ihre Mutterparteien gehören verschiedenen Strömungen und Organisationen der Europäischen Linken an. Ein Beispiel für die Fragmentierung der Fraktionsgemeinschaft ist die durchschnittliche Kohäsionsrate des Abstimmungsverhaltens bei namentlichen Abstimmungen im Europaparlament. Je höher die Rate umso einhelliger ist das Abstimmungsverhalten der Fraktion/-sgemeinschaft (siehe **Abb. 6**).

Greens/ EFA	S&D	EPP	ALDE	ECR	GUE- NGL	EFD	NI
0.95	0.93	0.93	0.90	0.87	0.82	0.49	0.42

Abb. 6 Kohäsionsrate des Abstimmungsverhaltens von Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften seit der Wahl 2009 (votewatch.eu, 25.Juli 2011)

Die Abbildung zeigt, dass die beiden großen Fraktionen S&D (*Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament*), EVP (*Europäische Volkspartei*), die Fraktion der *Grünen/Europäische Freie Allianz* und der Liberalen – ALDE und auch die Fraktion *Europäische Konservative und Reformen* (ECR) eine höhere Kohäsionsrate in ihrem Abstimmungsverhalten aufweisen als die GUE/NGL. Das ist ein Zeichen dafür, dass deren Abgeordnete keine homogene politische Basis haben. Einzig bei dem Politikfeld „Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter“ liegt die Einhelligkeit der

GUE/NGL-Gruppe bei über 90% – bei einer Rate von 0,94 (siehe **Abb. 7**). Das Level der Auseinandersetzungen im EU-Parlament, was dieses Politikfeld betrifft, ist wohl so niedrig, dass die Linken hier doch relativ einfach Konsens erzielen. Es gibt ein Phänomen, das ich als „stillschweigendes Durchwinken“ von Geschlechterthemen bezeichnen würde. Wie Anna Striethorst (2010) feststellt, ist die Geschlechtergerechtigkeit in allen Parteiprogrammen verankert, aber nicht auf der aktuellen politischen Agenda. Bei *Kultur und Bildung* hingegen kommt die GUE/NGL auf eine schwache Rate von 0.57 Konsens, nur zur *Geschäftsordnung des Parlaments* herrscht größerer Dissens: bei 0.55 liegt hier die Rate.

Politikfeld	ALDE/ADLE	Greens/EFA	GUE-NGL	NI	ECR	EFD	S&D	EPP
Zusammenhang Anteil insgesamt	0.90	0.95	0.82	0.42	0.87	0.49	0.93	0.93
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	0.82	0.93	0.82	0.43	0.82	0.42	0.80	0.84
Haushalt	0.84	0.95	0.74	0.49	0.82	0.53	0.93	0.95
Haushaltskontrolle	0.97	0.97	0.81	0.51	0.84	0.56	0.95	0.97
Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	0.92	0.97	0.88	0.48	0.91	0.55	0.96	0.96
Konstitutionelle Fragen	0.93	0.93	0.67	0.48	0.95	0.43	0.96	0.97
Kultur und Bildung	0.95	0.98	0.57	0.43	0.73	0.44	1.00	0.99
Entwicklung	0.90	0.98	0.86	0.34	0.86	0.52	0.98	0.89
Wirtschaft und Währung	0.92	0.91	0.80	0.36	0.86	0.44	0.95	0.96
Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	0.92	0.95	0.87	0.43	0.86	0.50	0.95	0.93
Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	0.86	0.97	0.88	0.37	0.89	0.45	0.91	0.89
Fischerei	0.92	0.94	0.85	0.42	0.83	0.40	0.90	0.95
Auswärtige Angelegenheiten	0.95	0.95	0.83	0.44	0.90	0.55	0.94	0.95
Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter	0.87	0.96	0.94	0.38	0.82	0.38	0.97	0.75
Industrie, Forschung und Energie	0.88	0.96	0.70	0.33	0.93	0.46	0.86	0.92
Binnenmarkt und Verbraucherschutz	0.96	0.95	0.75	0.42	0.98	0.38	0.96	0.98
Geschäftsordnung des Parlaments	0.67	0.85	0.55	0.54	0.79	0.90	0.84	0.82
Internationaler Handel	0.90	0.96	0.85	0.35	0.95	0.42	0.93	0.94
Recht	0.83	0.95	0.87	0.36	0.94	0.45	0.89	0.97
Regionale Entwicklung	0.96	0.97	0.77	0.33	0.69	0.45	0.98	0.96
Verkehr und Fremdenverkehr	0.93	0.97	0.81	0.34	0.94	0.50	0.95	0.97

Abb. 7 Kohäsionsrate des Abstimmungsverhaltens von Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften seit der Wahl 2009, nach Politikfeld (votewatch.eu, 25.Juli 2011)

Auch außerhalb des Europaparlaments wurden Zusammenschlüsse und Organisationen gegründet, einzelne Parteien haben oft Mehrfachmitgliedschaften inne. Hier sind zu nennen das 1991 gegründete *Forum der Neuen Europäischen Linken* (New European Left Forum –

NELF), die 2000 gegründete trotzkistische *Europäische Antikapitalistische Linke* (EAL), die 2004 gegründete europaskeptische *Nordisch-Grüne Linke Allianz* (NGLA) und schließlich die 2004 gegründete *Europäischen Linkspartei* (EL) (vgl. Schirdewan 2009, 13-22). Daneben findet unregelmäßig auch das „in der Tradition der Konferenzen der Kommunistischen Weltbewegung stehende“ (ebd., 15) *Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien* statt. Hier treffen einander die „Hardliner“ (ebd., 14), die sich durch europafeindliche Haltungen auszeichnen.

Organisatorisch kooperieren die Abgeordneten aller europäischen Linksparteien in der Fraktionsgemeinschaft im Europaparlament GUE/NGL. In der Europäischen Linkspartei sind einige skandinavische, EU-skeptische Parteien einerseits und die ideologisch-programmatisch eher autoritären linken Parteien andererseits nicht vertreten. Die Fraktionsgemeinschaft repräsentiert also ein wesentlich breiteres politisches Spektrum als die EL. Die GUE/NGL ist vielmehr eine Zweckgemeinschaft, stark fragmentiert und folgt der objektiven Notwendigkeit im Europäischen Parlament, Fraktionen zu bilden.

Luciano Bardi, laut Mittag/Steuwer (2010, 17) einer der „Pioniere zur Forschung über europäische Parteien“ und Mitautor der 2010 erschienenen Studie für das Europäische Parlament „How to create a Transnational Party System“, spricht im Zusammenhang mit den transnationalen Parteien von „three faces of Europarty organisation“ (Bardi 2002, zit. n. Mittag/Steuwer 2010, 17). Er entwirft eine normative Vorstellung der Struktur von Europarteien parallel zu den nationalen Parteien: Parteibasis (nationale Parteien), Parlamentsfraktion (EP-Fraktion) und Parteiführung (Europarteien) (vgl. Mittag/Steuwer 2010, 18). Diese Struktur ist für die wenigsten Europarteien bis jetzt der Fall, auf die Linke trifft es keineswegs zu, da die EP-Fraktion als Zweckbündnis keinerlei Verbindlichkeit gegenüber der Europäischen Linkspartei hat und politisch wesentlich breitgefächerter ist.

5.6 Die Europäische Linkspartei

Die wohl konsolidierteste transnationale Kooperation im linken Spektrum ist die der Europäischen Linkspartei (EL). Die Gründung der EL stand unter den Vorzeichen der kritischen Reflexion und Aufarbeitung der stalinistischen Ära. Sie wurde als Zusammenschluss von demokratischen sozialistischen und kommunistischen politischen Parteien gegründet. Sie ist nicht am historischen Modell der Komintern oder des Kominform orientiert, sondern als offenes Projekt konzipiert. Sie ist offen für Parteien in Ländern außerhalb der EU und offen für politische Diversität und Pluralität. In der Tat ist dies der erste Versuch einer institutionalisierten Zusammenarbeit und gemeinsamen Entwicklung von politischen Strategien seit das Kominform-Büro 1956 aufgelöst wurde. Der

Eurokommunismus der 1970er konnte keine bindende europaweite Zusammenarbeit etablieren. Die eurokommunistischen Parteien waren vereint in ihrer Ablehnung der sowjetischen Dominanz und Vorherrschaft auch über die europäischen KPs und im Willen, die Kontakte zwischen den west- und südeuropäischen KPs zu stärken. Doch dies konnte nicht erfolgreich zu einer andauernden politischen und strategischen europäischen Allianz ausgebaut werden, aufgrund anderer ideologischer und strategischer Unterschiede (vgl. Mittag/Steuwer 2010, 146). Die italienische eurokommunistische Partei wandelte sich zur ersten Partei der Sozialdemokratie in Italien. 1991, nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Zentral- und Osteuropa und in der Sowjetunion wurde das Neue Europäische Linke Forum (NELF) als loser Diskussionszusammenhang zwischen den europäischen Linksparteien, der sich zweijährlich traf, gegründet. Die Europäische Linkspartei hat sich aus diesem Netzwerk heraus entwickelt. Ende der 1990er wurde von verschiedenen Linken die Notwendigkeit erkannt, eine engere europaweite Zusammenarbeit und gemeinsame linke europäische Strategien und Programme zu entwickeln, die über die traditionelle Praxis des einfachen Austausches des NELF hinausgehen sollten (vgl. Scholz 2011). Nach der 2003 verabschiedeten und 2004 in Kraft getretenen *Regelung für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung* und kurz vor der Wahl zum Europaparlament 2004 wurde im Mai 2004 die Europäische Linkspartei in Rom gegründet. Von elf Gründungsmitgliedern, unter ihnen vor allem die Parteien der Strömung der *Neuen Linken* innerhalb des NELF – die französische Kommunistische Partei (PCF), die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) aus Deutschland, die Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie Griechenlands (Synaspismos), die Vereinte Linke Spaniens (IU), die italienische Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC) und auch die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Letztere wird normalerweise von Forscher_innen nicht erwähnt, bzw. nicht unbedingt der Neuen Linken zugezählt. Dies wohl vorwiegend deshalb, weil sie stimmenmäßig unbedeutend und marginalisiert in Österreichs Parteien- und Medienlandschaft ist und sich noch immer nicht von dem „K“ für kommunistisch in ihrem Namen gelöst hat, und nicht weil sie sich durch ideologischen Dogmatismus oder Ablehnung neuer linker Themen wie Feminismus oder Ökologie, auszeichnet. Helmut Scholz, Politiker der LINKEN in Deutschland, beschreibt die Gründung der EL als „eine der größten Herausforderungen, der sich die europäische Linke stellen konnte“ und führt aus, dass „der Gründungsprozess auch und speziell die nationalen linken Parteien beeinflusst hat“ (Scholz 2011).

In der Europäischen Linkspartei organisieren sich heute 27 Mitglieds- und elf Beobachterinnenparteien aus insgesamt 23 Ländern, oftmals mehrere Parteien aus einem

Land (siehe **Abb. 8** und **Abb. 9**). Drei Mitgliedsparteien sind aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (Türkei, Belarusland⁵, Moldawien), dies soll zeigen, dass für die Europäische Linke Europa nicht an den Grenzen der EU aufhört, sondern sie einen breiteren Europabegriff hat. Nicht nur die Definition von Europa, auch das Verständnis von Parteiförmigkeit ist breiter als üblich in der transnationalen Partei EL. Ihre Basis bilden – dem Schema Bardis folgend (siehe weiter oben im vorigen Kapitel) – die einzelnen Parteien, es sind aber auch Mitgliedschaften von Einzelpersonen möglich.

Partei	Land
Kommunistische Partei Wallonien <i>Parti Communiste (Wallonie-Bruxelles)</i>	Belgien
Kommunistische Partei Flandern <i>Kommunistische partij (Flanders)</i>	Belgien
Belorussische Vereinigte Linke – „Gerechte Welt“ <i>Беларуская партыя левых "Справядлівы свет"</i>	Belorussland
Bulgarische Linke <i>Българската левица</i>	Bulgarien
DIE LINKE	Deutschland
Einheitsliste Rot-Grün <i>Enhedslisten - De Rød-Grønne</i>	Dänemark
Estnische Vereinte Linkspartei <i>Eestima Ühendatud Vasakpartei</i>	Estland
Kommunistische Partei Finnlands <i>Suomen kommunistinen puolue</i>	Finnland
Linksbund <i>Vasemmistoliitto</i>	Finnland
Französische Kommunistische Partei	Frankreich

5 Die Belorussische Vereinigte Linke – „Gerechte Welt“ (bis 2009 Belorussische Kommunistische Partei) ist seit 2009 Mitglied der EL.

<i>Parti communiste français</i>	
Die Linkspartei <i>Le Parti de Gauche</i>	Frankreich
Vereinte Linke <i>Gauche Unitaire</i>	Frankreich
Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie <i>ΣΥΝΑΣΠΙΣΜΟΣ (SYNASPISMOS)</i>	Griechenland
Partei der Kommunistischen Neugründung <i>Partito della rifondazione comunista</i>	Italien
Die Linke <i>déi Lénk</i>	Luxemburg
Linksblock <i>Bloco de Esquerda Portugal</i>	Portugal
Partei der Kommunisten der Republik Moldau <i>Partidul Comuniștilor din Republica Moldova</i>	Republik Moldau
Sozialistische Allianzpartei <i>Partidul Alianta Socialista</i>	Rumänien
Partei der Kommunistischen Neugründung San Marino <i>Rifondazione Comunista Sammarinese</i>	San Marino
Partei der Arbeit der Schweiz	Schweiz
Kommunistische Partei Spaniens <i>Partido Comunista de España</i>	Spanien
Vereinte Linke <i>Izquierda Unida</i>	Spanien
Vereinte und Alternative Linke Katalonien <i>Esquerra unida i alternativa</i>	Spanien
Partei des Demokratischen Sozialismus <i>Strana demokratického socialismu</i>	Tschechische Republik
Freiheit und Solidarität Partei <i>Özgürlük ve Dayanışma Partisi</i>	Türkei
Arbeiterpartei Ungarns 2006	Ungarn

<i>Magyarországi Munkáspárt 2006</i>	
Kommunistische Partei Österreich	Österreich

Abb. 8 Die Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei (European Left: About the EL [Online])

Unter den 11 Parteien mit Beobachter_innenstatus (siehe **Abb. 9**) sind die *Fortschrittspartei des werktätigen Volkes* (AKEL) Zyperns und die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* (KSCM). Beide sind im Vergleich mit anderen Linksparteien in ihren Ländern erfolgreiche Parteien, AKEL stellt den Präsidenten und ist die stimmenstärkste Partei Zyperns.

Partei	Land
Alternative Linke <i>Une Autre Gauche</i>	Belgien
Deutsche Kommunistische Partei	Deutschland
Erneuerte Kommunistische und Ökologische Linke <i>Ανανεωτική Κομμουνιστική Οικολογική Αριστερά</i>	Griechenland
Partei der Italienischen Kommunisten <i>Partito dei Comunisti Italiani</i>	Italien
Europäische Linke <i>Sinistra Europea</i>	Italien
Junge Sozialisten <i>Młodzi Socjaliści</i>	Polen
Kommunistische Partei Slowakei <i>Komunistická strana Slovenska</i>	Slowakei
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens <i>Komunistická strana Čech a Moravy</i>	Tschechische Republik
Fortschrittspartei des werktätigen Volkes <i>Ανορθωτικό Κόμμα Εργαζόμενου Λαού</i>	Zypern
Neue Zypern Partei <i>Yeni Kıbrıs Partisi</i>	Zypern
Vereinte Zypern Partei <i>Birleşik Kıbrıs Partisi</i>	Zypern

Vorsitzender der EL ist seit dem dritten Parteitag im Dezember 2010 in Paris Pierre Laurent, der Generalsekretär der *Parti communiste français* (PCF). Es gibt nunmehr vier Vize-Vorsitzende – von der *Vereinigten Linken* in Spanien, dem *Linksblock* in Portugal, von *Synaspismos* in Griechenland und von der *Kommunistischen Partei Moldawiens*. Der Schatzmeister wird von der deutschen *LINKEN* gestellt. Der restliche Vorstand wird aus zwei Delegierten jeder Mitgliedspartei gebildet. Der gesamte Vorstand wird am Parteitag gewählt. Die EL ist in ihrer Struktur konsolidiert, ihr Vorstand trifft sich regelmäßig und entscheidet über Ausgestaltung der am Kongress beschlossenen programmatischen Debatten und Projekte. Zu seinem „politischen Tagesgeschäft“ gehören auch aktuelle politische Resolutionen. Die Mitglieder des Rats der Parteivorsitzenden der Mitgliedsparteien und der EL-(Vize-)Vorsitzenden haben ein Initiativ- und Widerspruchsrecht in wichtigen politischen Fragen. Der Rat entscheidet u.a. auch über Aufnahmeanträge für die Mitgliedschaft von Parteien. Das Büro in Brüssel mit zwei fixen Angestellten koordiniert all dies, seine Funktion ist es „eine verstärkte Integration und Positionsfindung der linken Parteien, aber auch [...] einen Ausbau der Verbindungslinien zur Fraktion“ (Mittag/Steuwer 2010, 148) zu betreiben.

Die EL vereint verschiedenste Parteien, ihr gemeinsamer politisch-inhaltlicher Nenner hebt sie dennoch stark von den anderen transnationalen europäischen Parteien ab:

Mit der Ablehnung des Kapitalismus und der „neoliberalen“ Wirtschaftspolitik sowie dem Widerstand gegen militärische Einsätze steht sie in deutlichem Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Parteien. Gleiches gilt für die Ablehnung des Verfassungsvertrags bzw. des Vertrags von Lissabon. Stärker als andere Parteien plädiert die EL für außerparlamentarische Politikformen und Elemente direkter Demokratie. (ebd., 148)

Es gibt elf europaweite thematische Arbeitsgruppen und Netzwerke, wie das feministische Netzwerk ELfem, regionale Arbeitsgruppen, die Gewerkschaftsarbeitsgruppe, etc. Jeden Sommer wird eine Sommeruniversität zusammen mit der politischen Stiftung, dem europaweiten Netzwerk transform! und mit einer jeweiligen „Gastgeberpartei“ organisiert. Sie wird definiert als Raum für Bildung und Austausch für europäische Aktivist_innen. In der Selbstbeschreibung werden zivilgesellschaftliche Akteur_innen als Kooperationspartner_innen für die EL hervorgestrichen: Das Europäische Sozialforum wird hier genannt, das Weltsozialforum und die Gewerkschaften (vgl. European Left: About the

EL [Online]). Am dritten Kongress der EL 2010 wurde ein gemeinsamer Aktionsplan für die kommenden Jahre beschlossen: Die Agenda für ein soziales Europa⁶. Außerdem wurde beschlossen, eine gemeinsame *Europäischen Bürger_inneninitiative* zu starten, wie sie im *Vertrag von Lissabon*, der 2007 beschlossen wurde und 2009 in Kraft trat, verankert ist. Sie soll, laut Beschluss vom dritten Kongress der EL 2010, einen Europäischen Fonds für soziale und ökologische Entwicklung und Solidarität fordern.

6 Download unter:

http://de.european-left.org/fileadmin/downloads/News/congress/Agenda_Social_Europe-_FINALE_04_12_2010.pdf

6 Europäisierung

Ich erkläre in diesem Kapitel die Definitionsansätze und den Analyserahmen zu Europäisierung von Robert Ladrech, einem Parteiforscher der zu europäischen und französischen Parteien und Sozialdemokratie gearbeitet hat. Er hat 2002 einen „Rahmen zur Analyse“ der Europäisierung von politischen Parteien entworfen und ihn 2010 in ‚Europeanization and National Politics‘ geringfügig weiterentwickelt. Ich werde in meiner Untersuchung einige der Kategorien und Anregungen aus seinem „Analyserahmen“ verwenden. Seine Sicht auf das Parteienspektrum, die einer *Hufeisentheorie* entspricht, teile ich nicht, genauso wie ich von seiner Verwendung des *Extremismusbegriffs* Abstand nehme. Beide lassen die Links-Rechts-Achse einer Parteientypologie außer Acht, was dazu dient, eine objektiv/neutrale „Mitte“ im Parteiensystem zu konstruieren und alles links und rechts davon unter „Extremismus“ zu subsumieren.

Europäisierung ist ein „schwammiger“ Begriff. Fasst er lediglich die „Veränderungen der nationalen politischen Systeme durch den europäischen Einigungsprozess“ (Mittag/Steuer 2010, 25) oder geht mit der Verwendung des Begriffs eine normative Vorstellung einher? Ladrech (2002, 389) beschreibt Europäisierung im weitesten Sinne als „responses by actors – institutional and otherwise – to the impact of European integration.“ Diese Antworten wiederum können die Richtung der europäischen Integration beeinflussen. Ob jetzt nationale Akteur_innen diesen Prozess gestalten und von ihm gestaltet werden oder die EU selbst – Ladrech zufolge ist allen Definitionen eines gemeinsam: Europäisierung beschreibt „a national-supranational nexus regarding authoritative policy decisions“ (ebd., 389). Es wird eine Verbindung zwischen den politischen Prozessen auf nationaler und supranationaler Ebene untersucht. In jedem Falle definiert Ladrech Europäisierung als „response“, als Antwort auf Prozesse der europäischen Integration, auf veränderte oder verändernde Umgebungen (vgl. ebd., 380, 390, 392). „Europeanization is not to be confused with convergence or harmonization, although these may be manifestations of the response“ (Radaelli 2000 zit. n. ebd., 393). Europäisierung bedeutet also nicht unbedingt eine Politik-Harmonisierung, eine Angleichung oder ein Ausgleich von Inhalten. Denn Europäisierung kann etwa auch Schaffung einer Arena für verstärkten Parteien-Wettbewerb bedeuten (vgl. Radaelli 2000 zit. n. ebd., 392). Erst seit kurzem rücken hier bei den Untersuchungen zu Europäisierung mehr und mehr die nationalen Institutionen, zu denen die nationalen Parteien gehören, in den Blick: „The more recent perspective, however, is based on an appreciation of how the EU's enhanced influence in policy-making has impacted the *domestic* politics and institutions of the member states“ (Ladrech 2010, 1).

6.1 Analyserahmen zur Europäisierung nationaler Parteien

Ladrech (2002) teilt die Forschungslandschaft zu Parteien und Europäisierung in zwei Lager: Es gibt jenes, das sich mit den Parteiaktivitäten außerhalb des nationalen Politikrahmens beschäftigt, also in den transnationalen Parteien, in den Fraktionen im europäischen Parlament, etc. Das zweite beschäftigt sich mit der europäischen Ausrichtung von Politikinhalten nationaler Parteien oder auch in der Parteifamilie. Außerdem wird hier die Veränderung der Bedingungen, diese Politikinhalte zu verfolgen, auch im nationalen und transnationalen Rahmen, betrachtet (vgl. Ladrech 2002, 390).

Politische Parteien auf nationaler Ebene haben direkten Kontakt zu decision-making auf EU-Ebene in ihren EU-Wahlkampagnen und in der Verbindung über ihre MEPs. Aber auch über etwaige Parteimitglieder von Regierungsparteien, die gleichzeitig eine Funktion in einem Organ der EU inne haben, gibt es natürlich die Verbindung der Parteien zur EU, jedoch sind diese mitunter nicht unbedingt an die Linie der nationalen Partei gebunden (vgl. Ladrech 2010, 130). Die nationalen Parteisysteme sind wohl am resistantesten gegenüber Veränderungen durch die EU (vgl. Mair 2000 zit. n. Ladrech 2002, 393). Dennoch haben sich die Bedingungen für die Parteien verändert:

The constraints on government policy manoeuvrability which 'hollow out' competition among parties with a governing aspiration, and the growing notion of the irrelevance of conventional politics, [are] both traceable [...] from EU processes. (ebd., 394)

Ihre primäre Umgebung – der nationale Rahmen – hat sich für die Parteien verändert. Herkömmliche Politikformen und Parteienwettbewerb werden ausgehöhlt. Wie oben beschrieben werden die meisten Entscheidungen über Gesetze an die EU-Ebene delegiert und ihre Richtung durch Richtlinien und Verträge vorgegeben (vgl. Kap. 4.3). Nicht zuletzt dadurch wird, so stellen Forscher_innen fest, der traditionelle Wettbewerb im Parteiensystem zunehmend irrelevant. Es werden zunehmend europapolitische Positionen von den nationalen Parteien gefordert. Es ist erstaunlich wie wenig ausgereift diese zuweilen sind, ist Europa doch zu einer wichtigen politischen Arena für die Parteien geworden. Auch auf organisatorischer Ebene ändert sich für nationale Parteien etwas – Kandidaturen für das Europaparlament wollen organisiert werden. Zusätzlich finden die Regierungsparteien ihre Regierungschef_innen und Minister_innen plötzlich in Doppelfunktionen wieder: in der nationalen Regierung und im Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union. Sowohl neue Sphären der Einflussnahme eröffnen sich als auch die Möglichkeit der

Einbindung in Europäische Parteien. Außerdem stellen die europäischen Themen auch eine neue Arena im nationalen Parteienwettbewerb dar (vgl. Mittag/Steuwer 2010, 25).

Für eine Methode der Analyse des Grades an Europäisierung schlägt Ladrech vor, zu erforschen, wie sich die Parteien an diese veränderte Umgebung angepasst haben – in ihren Politikgehalten und organisatorisch (vgl. Ladrech 2002, 395). Er führt hier fünf Bereiche zur Untersuchung und Überprüfung des Fortschreitens der Europäisierung von Parteien an (vgl. ebd., 396):

1. Europäisierte Politikinhalte,
2. Organisatorische Europäisierung,
3. Muster des Parteienwettbewerbs,
4. Beziehungen Partei – Regierung,
5. Kooperationen und Organisation die über den Rahmen des nationalen Parteiensystems hinausgehen.

Ladrech argumentiert, dass Veränderungen in mindestens zwei untersuchten Bereichen gegeben sein müssen um von mehr als einem rein rhetorischen Bekenntnis zu europäischer Politik ausgehen zu können (vgl. ebd., 400). Mit den fünf Untersuchungsbereichen ist es möglich, die Europäisierung der Parteien über die Rahmen der nationalen Parteiensysteme hinaus zu vergleichen. Ladrech macht jedoch auch aufmerksam darauf, dass nationale Eigenheiten und Einflussfaktoren zu beachten sind: „referenda traditions, two-party or multiparty systems, the presence of Eurosceptic public opinion, the level of economic development of the member state, coalition dynamics and so on” (ibd., 401). Es gilt, wie weiter oben beschrieben, vor allem in der Beurteilung von Politikgehalten, dass Besonderheiten in nationalen Parteiensystemen vergleichende Betrachtungen erschweren und mitunter vielmehr zu einem Vergleich der Länder als der Politiken führen können (vgl. Kap. 3.2).

Europäisierte Politikinhalte

Eine Veränderung und Europäisierung der Parteiprogramme und Politikinhalte kann quantitativ und qualitativ untersucht werden (vgl. Ladrech 2002, 396). Dabei muss immer angemerkt werden, dass sich Programm und Politikinhalte einer Partei oft erheblich unterscheiden. Dinge, denen im Programm Gewicht gegeben wird, kommen mitunter im Tagesgeschäft gar nicht vor oder gehen unter. Oder auch umgekehrt: auch Ladrech weist

darauf hin, dass Wahl- und Parteiprogramme nicht der beste Indikator sein mögen. So kann es etwa innerhalb der Partei zu unterschiedlichen Positionen oder sogar Fraktionen in Bezug auf die EU oder ein EU-Thema gekommen sein und deshalb wird das Thema „umschifft“ (vgl. Ladrech 2010, 136).

Ein quantitativer Anstieg von Bezügen auf die EU, von genuinen europäischen Politikinhalten und ihrer Verknüpfung mit traditionell nationalen Politikinhalten, kann als Europäisierung gewertet werden. Wenn also Bezugnahmen auf die EU-Verträge oder die europaweite Krise und andere Entwicklungen Teil von (Wahl-)Programmen werden. In Politikformulierungen können auch Erwähnungen von und Bezugnahmen auf europäische/n Institutionen zunehmen. Qualitativ kann die Veränderung der Perspektiven und Formulierungen von traditionell nationalen Politikfeldern beobachtet werden. So können etwa Arbeitslosigkeit, Steuerpolitik, Migrations- und Asylfragen, Verkehrspolitik, aber auch Gesundheits- und Pensionsvorsorge und jedes andere Politikfeld mit europäischem Fokus beleuchtet und in europäischen Kontext gesetzt werden. Geschieht dies, bedeutet es eine qualitative Europäisierung. (vgl. Ladrech 2002, 396).

Organisatorische Europäisierung

Arbeit mit oder in Institutionen auf europäischem Level erfordert eine organisatorische Anpassung an diese Herausforderung. Hier nennt Ladrech etwa den Zusammenschluss der Europaparlamentarier_innen der einzelnen nationalen Parteien in Fraktionen oder Fraktionsgemeinschaften, die organisatorische Veränderungen notwendig machen können (vgl. Ladrech 2002, 397). Poguntke u.a. haben die Veränderung des relativen Gewichts einzelner Parteifunktionär_innen, die für EU-Bereich zuständig sind, untersucht. Sie kommen zu dem Schluss, dass Veränderungen vielmehr in intern arbeitenden Parteigremien, in der Leitung und im Parteiapparat zu beobachten sind als etwa bei den Abgeordneten der Partei oder den Mitgliedern. Die Verantwortung für die Ausrichtung zur EU liegt beim nationalen leitenden Parteigremium und dem Parteiapparat. Sie bereiten vor, dass beispielsweise Europaparlamentarier_innen in leitende Funktionen gewählt werden oder umgekehrt. Von ihnen wird der Internationale Bereich in einen für EU-Belange und einen für den Rest der Welt geteilt. Und zu guter Letzt werden vom leitenden Parteigremium und auch die Entwürfe für Wahl- und Parteiprogramme vorgelegt (vgl. Poguntke u.a. 2007, zit. n. Ladrech 2010, 136). Durch eine Zunahme des Einflusses der EU werden auch europapolitische Sprecher_innen und Arbeitsgruppen wichtiger und Delegierungen zu den Europaparteien und Kandidat_innen zur EU-Parlaments-Wahl notwendig. Ihre Position wird aber nicht unbedingt mächtiger, da das leitende Parteigremium und der Parteiapparat diese personellen Entscheidungen vorbereiten.

Veränderungen im Parteienwettbewerb

In vielen Ländern entsteht im Parteienspektrum ein Pro- und ein Anti-EU-Lager. Im Zuge dessen kommt es zu neuen Möglichkeiten zur Wähler_innenbindung. In manchen Ländern werden für die EP-Wahlen neue Parteien und Parteiallianzes gegründet. Eine so veränderte Parteienlandschaft stellt eine Herausforderung für die etablierten Parteien im Wettbewerb um die Wähler_innenstimmen dar (vgl. Ladrech 2002, 397f). Doch auch für kleinere Parteien sind die Wahlbündnisse zur EU-Wahl spannend, können sie hier doch auf einer breiteren Plattform agieren. Die dänische rot-grüne Einheitsliste tritt zu EU-Wahlen nicht als eigene Partei sondern im Wahlbündnis „Volksbewegung gegen die EU“ an. Deren Abgeordnete sitzen in der linken Fraktionsgemeinschaft GUE/NGL. Solche Veränderungen im Parteiensystem sind die manifest gewordene Existenz einer neuen Konfliktlinie, der EU-Integration. Diese Konfliktachse wird in Untersuchungen als rechtwinkelig zur Links-Rechts-Achse gesehen (vgl. Ladrech 2010, 134, 137). Das beschreibt eindringlich, dass linke Parteien nicht automatisch eine pro-EU- und rechte Parteien nicht automatisch eine anti-EU-Einstellung vertreten.

Ein weiterer Aspekt in der Veränderung im Parteienwettbewerb ist schon weiter oben im Kapitel zu den aktuellen politischen Trends in der EU beschrieben worden. Es werden Entscheidungen über immer mehr Politikbereiche auf die supranationale Ebene delegiert. So kommt es zu einer inhaltlichen Angleichung der Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien in manchen Politikfeldern. Es verlagert sich auch die Themenwahl zu Auseinandersetzungen im Parteiensystem und Wahlkämpfen – viel zu oft in Richtung Populismus.

Beziehungen Partei – Regierung

Die Teilnahme von Regierungschef_innen in EU-Institutionen kann deren Beziehungen zur eigenen Partei in bestimmten Politikfeldern verändern und belasten. Akteur_innen auf EU-Ebene gleichen ihre Positionen eher den Akteur_innen anderer Länder an. Die internen Parteifunktionär_innen der mittleren Ebene vertreten eine „purere“ Parteilinie, nicht beeinflusst von den europäischen Kolleg_innen oder auch nationalstaatsorientierter (vgl. Ladrech 2002, 398; 2010, 138). Die (Un-)Einigkeit innerhalb einer Partei in europapolitischen Fragen und in der Aufnahme von „EU-Themen“ in die Agenda kann untersucht werden und meist können Trennlinien in der Entscheidung zu diesen Fragen entlang dem Grad der Involvierung und des Engagements in Form von Funktionen im EU-Kontext ausgemacht werden. So hat die europapolitische Sprecherin einer Partei meist einen positiveren Bezug zur EU als der sozialpolitische Sprecher.

Vor der Einführung der Direktwahl zum Europaparlament (1976) und noch bis in die 1980er war die Autonomie und der Handlungsspielraum für EU-Abgeordnete im Vergleich zu nationalen Parlamenten noch relativ groß; heute hat die Forschung gezeigt, „dass nationale Parteien der Arbeit ‚ihrer‘ Mitglieder des Europäischen Parlaments zunehmend mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen und die Informationsstränge – oder die Kontrollverbindungen - insgesamt zugenommen haben“ (Raunio 2000 zit. n. Mittag/Steuwer 2010, 43). Die Frage, ob die EU-Abgeordneten selbst „echte“ Europäer_innen sind ist nicht restlos geklärt, doch es scheint, „dass die [europäische] Sozialisation im EP bzw. in dessen Fraktionen bei Weitem nicht so ausgeprägt sei, wie gemeinhin angenommen wird“ (Scully 2005, 135f. zit. n. Mittag/Steuwer 2010, 44).

Kooperationen und Organisierungen die über den Rahmen des nationalen Parteiensystems hinausgehen

Hier schlägt Ladrech schließlich vor, zur Analyse der Europäisierung die transnationalen Kooperationen mit Parteien anderer Mitgliedsstaaten zu untersuchen. Außerdem, wie weit diese Kooperationen organisatorische und programmatische Veränderungen nach sich ziehen. Ladrech zitiert Oskar Niedermayer (1983), der ein 3-Stufen-Modell für die Entwicklung von Parteiorganisation auf europäischem Level vorschlägt: Kontakt, Kooperation und Integration (vgl. Ladrech 2002, 399). Eine nach diesem Schema bereits integrierte Form der Zusammenarbeit ist die der Organisation in einer transnationalen europäischen Partei wie der Europäischen Linkspartei. Diese habe ich weiter oben schon ausführlich beleuchtet. Die oft als *Europarteien* bezeichneten Zusammenschlüsse sind die außer-EU-parlamentarischen Organisationen der wiederum in Fraktionen zusammengeschlossenen MEPs einer Parteifamilie.

Die supranationale Organisation kann auch aus dem Wunsch nach einem Legitimierungseffekt innerhalb des Parteiensystems entstehen. Wird die Entscheidung, wer zu den Parteikongressen der Europartei delegiert wird, per Wahl getroffen, so kann das Demokratisierungs- und Legitimierungseffekte innerhalb der Partei haben. Alles in allem konstatiert Ladrech, dass die Mitgliedschaft in einer transnationalen europäischen Partei keine direkten Auswirkungen auf die Routineaktivitäten einer Partei hat. Meist wird lediglich in den Wahlprogrammen zum Europaparlament auf diese Bezug genommen (vgl. Ladrech 2010, 138).

6.2 Europäisierung der Linksparteien

In der Untersuchung der Europäisierung der Linksparteien konzentriere ich mich, Ladrech (2010) folgend, auf die Einbindung in transnationale Kooperationen und die inhaltlich-politische Europäisierung.

Einbindung in transnationale Kooperationen

Die Kooperationen, transnationalen Zusammenschlüsse und europaweite Organisation der linken Parteien und deren tatsächliche Aktionsfähigkeit und Konsolidierung habe ich weiter oben im Kapitel zu den linken Parteien Europas ausführlich beschrieben. Der Zusammenschluss der linken Abgeordneten zum Europaparlament in der Fraktionsgemeinschaft GUE/NGL ist stark fragmentiert. Die Form der Kooperation der einzelnen Abgeordneten kann nach Niedermeyer als Kontakt bezeichnet werden. Die EL hingegen ist eine konsolidierte transnationale Partei (vgl. Dunphy/March 2009, 2). Die Form der Kooperation ist integrativ und verbindlich. Die Mitgliedschaft einer Partei in der Europäischen Linkspartei scheint es mir zu erlauben, von einer kooperativen und auch organisatorischen Europäisierung zu sprechen.

Konfliktlinie EU-Integration: Inhaltlich-ideologische Europäisierung

Die inhaltlich-ideologische Europäisierung zeigt, inwieweit die Positionen einer Partei einen europäischen oder transnationalen Bezugsrahmen haben und ob länderübergreifende und EU-Themen überhaupt eine Rolle spielen. Die Konfliktlinie der EU-Integration schlagen Wissenschaftler_innen mitunter als Ergänzung zur traditionellen Links-Rechts-Konfliktlinie vor. Besonders innerhalb der europäischen Linken gibt es entlang der jeweiligen Strömungen ein breites Spektrum an politischer Einschätzung der EU und der europäischen Integration. Viele linke Parteien sind der europäischen Idee sehr positiv gesonnen, kritisieren nur die neoliberal-ökonomische und militärische Schwerpunktsetzung der EU. Andere Parteien sind höchst europaskeptisch bis hin sogar zur Befürwortung eines EU-Austritts ihres Landes.

Hildebrandt (2010, 67f) beschreibt die europäischen Linksparteien als „[i]nsgesamt [...] EU-kritisch, bei pro-europäischen Grundhaltungen, die sich allerdings auf den ganzen Kontinent und nicht nur die EU beziehen“. Sie unterscheidet europakritische, europaskeptische und -ablehnende Parteien:

Zu den europakritischen Parteien gehören z. B.: Déi Lénk in Luxemburg, die PRC in Italien, der Linksbund in Finnland, die PCF in

Frankreich, SYN in Griechenland, der Bloco de Esquerda in Portugal. Eine eher europakritische bis ambivalente EU-Haltung vertritt die Linke in Deutschland. Für europaskeptische Positionen stehen u. a. die SP der Niederlande, die Linkspartei in Schweden, die SV Norwegens, die KSČM in Tschechien und Sinn Féin in Irland. Klar ablehnend ist die Haltung der KKE in Griechenland, der PCP in Portugal, der Einheitsliste in Dänemark – Letztere tritt deshalb nicht zu den Europawahlen an. (Hildebrandt 2010, 68)

Ich greife beispielhaft sieben Linksparteien heraus, um ihre Partei- und Wahlprogramme entlang der Konfliktlinie Europäisierung, gekreuzt mit Konfliktlinien zur politisch-ideologischen Einschätzung zu untersuchen. Ich verwende hier eine Studie, deren Codeschema und Codierung Baier (2011) entworfen und vorgenommen hat und die ich ausgewertet habe. Hier zeigt sich, dass die einzelnen Vertreter_innen der weiter oben beschriebenen, aufgrund organisatorischer und historischer Kooperation und Entwicklung ausdifferenzierten Strömungen sich auch hinsichtlich ihrer Einstellung zur EU, zu Europa und dem europäischen Integrationsprojekt unterscheiden. Zum Vergleich sind die drei cleavages auch auf die transnationale Partei, die Europäische Linkspartei angelegt, sie steht erwartungsgemäß als Summe ihrer einzelnen Parteien politisch-ideologisch sowie hinsichtlich der Europäisierung in der Mitte.

Wie oben beschrieben sind die europäischen Linksparteien relativ breit gefächert auf dem inhaltlich-ideologischen als auch realpolitischen Spektrum. Einen Eindruck von ersterem gibt Tim Spiers Grafik von 2009 zur ideologisch-programmatischen Kohärenz der Linksparteien (siehe **Abb. 5**). Diese zeigt das Spektrum der westeuropäischen linken Parteien definiert durch die sozioökonomische Konfliktlinie/Achse Links-Rechts, gekreuzt mit der gesellschaftspolitisch-soziokulturellen Konfliktlinie/Achse Libertär-Autoritär.

Die folgende Untersuchung von einzelnen Linksparteien soll anhand dreier Konfliktlinien angestellt werden. Hier wurde die *cleavage*-Analyse für eine Verortung der einzelnen Linksparteien selbst durchgeführt. Die Parteiprogramme und nationalen EP-Wahlprogramme sind die Basis der Analyse. Durch eine qualitative Inhaltsanalyse entlang dreier cleavages wird die Position der Partei im Koordinatensystem ermittelt. Die verwendeten Cleavages sind die

Kontinuität/ Diskontinuität im Selbstverständnis,

Post-fordistische Sensitivität

Einstellung zur ***Europäischen Integration.***

Anstatt dem cleavage „Libertär-Autoritär“ wurde die Konfliktlinie differenzierter formuliert: „Kontinuität bzw. Diskontinuität im Selbstverständnis“ soll die Verhaftung in traditionell linker Parteiidentität und Ideologie markieren. Zweites cleavage ist die Einstellung zur europäischen Integration, die Konfliktlinie „Pro-Anti-EU“. Drittes cleavage ist die Aufnahme sogenannter *neuer linker* Themen in die politische Agenda, *postmoderne Sensibilität* genannt (alle Kategorien und Codierungen siehe Anhang).

Einige ausgewählte europäische Linksparteien wurden untersucht:

Partei	Land	Transnationale Organisierung
AKEL – Fortschrittspartei des werktätigen Volkes	Zypern	EL Beobachterin; Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien
KKE – Kommunistische Partei Griechenlands	Griechenland	Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien, GUE/NGL
KSČM – Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	Tschechische Republik	EL Beobachterin; Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien, GUE/NGL
DIE LINKE	Deutschland	EL (Gründungs-)Mitglied, GUE/NGL
PCF / FdG – Kommunistische Partei Frankreichs / Linksfront	Frankreich	EL (Gründungs-)Mitglied; Internationale Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien ⁷ , GUE/NGL
SP – Sozialistische Partei	Niederlande	GUE/NGL
SYN Synaspismos – Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie	Griechenland	EL (Gründungs-)Mitglied, Beobachterin Europäische Antikapitalistische Linke, GUE/NGL

Abb. 10 Die in der Studie zur Europäisierung untersuchten Linksparteien

⁷ siehe Homepage der KKE, Gastgeberin des Treffens 2011 <http://inter.kke.gr/News/news2011/2011-11-29-13imcwp/> (Zugriff 17.01.2012)

In der Tat ist nicht nur die assoziierte linke Fraktionsgemeinschaft im Europaparlament GUE/NGL politisch-ideologisch und realpolitisch stark fragmentiert, dasselbe kann teilweise auch für die EL festgestellt werden. Die Konfliktlinie wird aber nicht nur entlang der Unterscheidung von Vollmitgliedern und Beobachterinnenparteien gezogen. Die Bandbreite in der Kontinuität des (kommunistischen) Selbstverständnisses und der Einstellung zur europäischen Integration ist, wie im folgenden Koordinatensystem mit einzelnen Linksparteien zu entnehmen, recht weit:

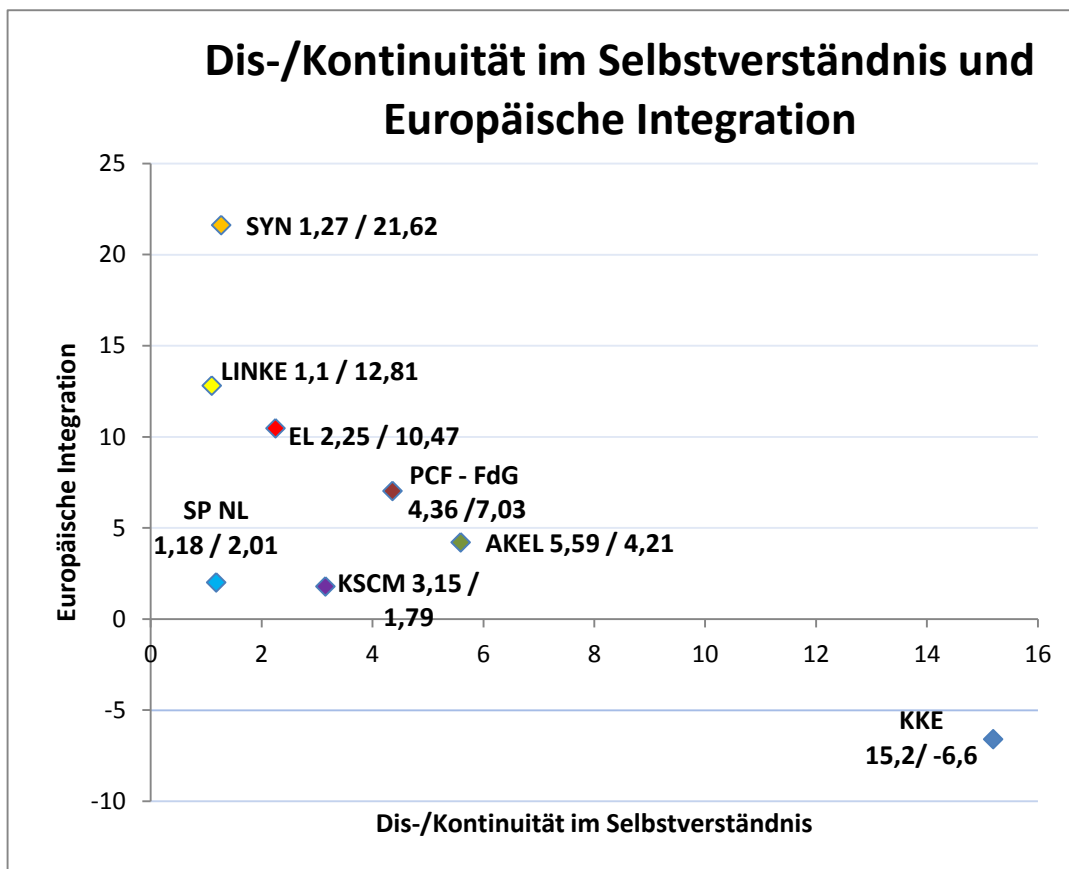


Abb. 11 Dis-/Kontinuität im Selbstverständnis und Einstellung zur Europäischen Integration der Linksparteien (Baier/Steiner 2011)

Eine ungebrochene Kontinuität im Selbstverständnis hat die griechische kommunistische Partei KKE (siehe **Abb. 12**). Sie wird bezeichnet als „moskautreu“ [...], auch wenn die UdSSR längst nicht mehr existiert. [...] Aufgabe und Ziel bleibt es für die KKE, die sozialistische Gesellschaft als Vorstufe zum Kommunismus in Griechenland aufzubauen, und zwar in der Form, wie sie bereits in der Sowjetunion existierte“ (Marioulas 2010, 282) Trotz der internationalistischen Lippenbekenntnisse auf den „Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien“ verfolgt sie also eine Strategie der Errichtung des

Sozialismus in einem Land und ist sich mit ihren Forderungen nach EU-Austritt auch mit nationalistischen Gruppierungen einig. Das und ihre Verankerung in den traditionalistischen altkommunistischen Elektoraten begründet wohl ihre relevanten Wahlergebnisse und die Parlamentsstärke. „Die KKE steht in vollkommener Opposition zur EU, die als imperialistisches Konstrukt angesehen wird. Aus diesem Grund steht sie auch in großer Distanz zur Europäischen Linkspartei und ihren Mitgliedern, denen sie vorwirft, in diesem Rahmen zu handeln“ (Marioulas 2010, 283). Sie ist vielleicht die stärkste Gegnerin der Europäischen Linkspartei und der mit ihr kooperierenden Parteien. Sie findet sich im Koordinatensystem rechts unten, zeichnet sich durch hohe Kontinuität im historischen Selbstverständnis aus und durch Ablehnung der EU und der Europäischen Integration.

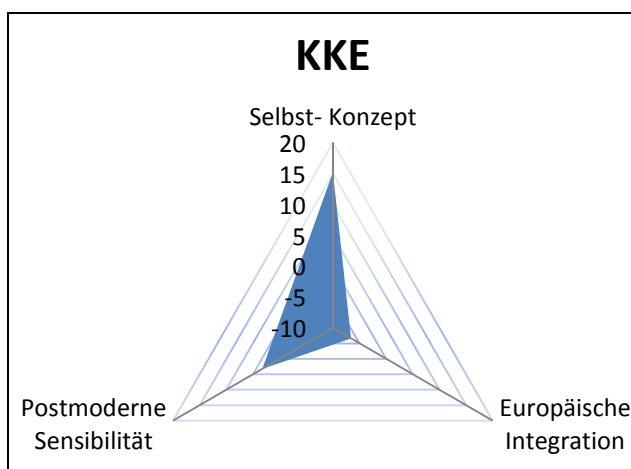


Abb. 12 Drei Konfliktlinien: Kommunistische Partei Griechenlands (Baier/Steiner 2011)

Die Beobachterpartei der EL, die post-staatssozialistische Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM), ist EU-skeptisch und war beim Referendum über den EU-Beitritt der Tschechischen Republik als einzige Partei gegen den EU-Beitritt (vgl. Hildebrandt 2010, 71). Sie ist wie andere poststaatssozialistische, linke und kommunistische Parteien transformiert und auf der Achse der Kontinuität im kommunistischen Selbstverständnis hinter der zypriotischen Fortschrittspartei des werktätigen Volkes AKEL und dem französischen Wahlbündnis „Linksfront“.

Die niederländische SP hat ihren Ursprung in der zweiten Gründungswelle von Linksparteien und -allianzen in den späten 60ern und 70ern. Sie entwickelte sich von einer kleinen maoistischen Kaderpartei zur politisch breiten, modernen, linkssozialdemokratischen Partei (vgl. Hildebrandt 2010, 18 u. 25). Daher ist ihre Kontinuität im Selbstverständnis äußerst gering. Ihre Europa-Skepsis drückt sich auch darin aus, dass sie Teil keines einzigen transnationalen Bündnisses ist, lediglich ihre EU-Abgeordneten sind in der GUE/NGL organisiert.

Die zyprische regierende Fortschrittspartei des werktätigen Volkes AKEL ist EU-kritisch, doch „[d]ie Realität gebietet eine Zusammenarbeit mit der EU“ (Marioulas 2010, 293), etwa in der Frage der Einigung Zyperns, eines der wichtigsten Probleme die es zu lösen gilt. „[A]uch wenn sie weiter starke Beziehungen zu traditionellen kommunistischen Parteien wie der griechischen KKE und der KP Kubas pflegt, steht sie in ihren gegenwärtigen Politikentwürfen auch abseits der Regierungsarbeit den reformierten Parteien wesentlich näher“ (Marioulas 2010, 294).

Die französische PCF hat ihre Wurzeln in der ersten Gründungswelle der kommunistischen Parteien. Sie war eine der eurokommunistischen Parteien der Siebziger (vgl. Hildebrandt 2010, 79) und Gründungspartei der EL. Sie bleibt europakritisch, jedoch ist ihre Position, bzw. die des Wahlbündnisses zur EP-Wahl 2009, Front de Gauche, zur Europäischen Integration positiver als die der vorher genannten.

Die deutsche LINKE, die 2007 „als Fusion von PDS, die vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern verankert war, und WASG – einer Wahlplattform, [...] vor allem aus den westdeutschen Bundesländern“ (Hildebrandt 2010, 30) entstand, ist eine pluralistische Partei mit verschiedensten inneren politischen Strömungen. Sie greift auf keine gemeinsame ideologische Kontinuität zurück und ist dabei in ihren Positionen EU-kritisch und Integrationsfreundlich.

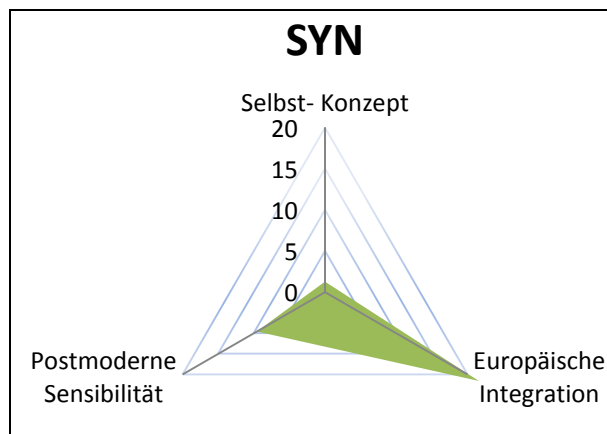


Abb. 13 Drei Konfliktlinien: Synaspismos (Griechenland) (Baier/Steiner 2011)

Die griechische Synaspismos hat ihre Wurzeln in einem Wahlbündnis Ende der 80er, mit der orthodoxen griechischen kommunistischen und der Nachfolgepartei der eurokommunistischen Partei, den beiden Parteien die illegal im Widerstand zu der Militärdiktatur fortbestanden und kämpften. „Ihre wichtigsten Träger sind [...] radikal-demokratische, bewegungsorientierte und ökologische Kräfte, die den Kapitalismus überwinden wollen [...]. Postmaterialistische Werte spielen eine weit größere Rolle als bei anderen [griechischen] Parteien. [...] SYN versteht sich als pluralistische Partei mit

dezentralem Charakter“ (Marioulas 2010, 280) Die SYN ist höchst Integrations-freundlich (siehe **Abb. 13**) und betont dies stark, neben ihrer Kritik an der Politik der EU, die nun in Krisenzeiten umso heftiger ausfällt. Auf eine ideologische kontinuierliche Tradition kann sie nicht zurückgreifen, und das würde die SYN – auch in Abgrenzung zur etwas stimmenstärkeren altkommunistischen KKE – auch nicht tun.

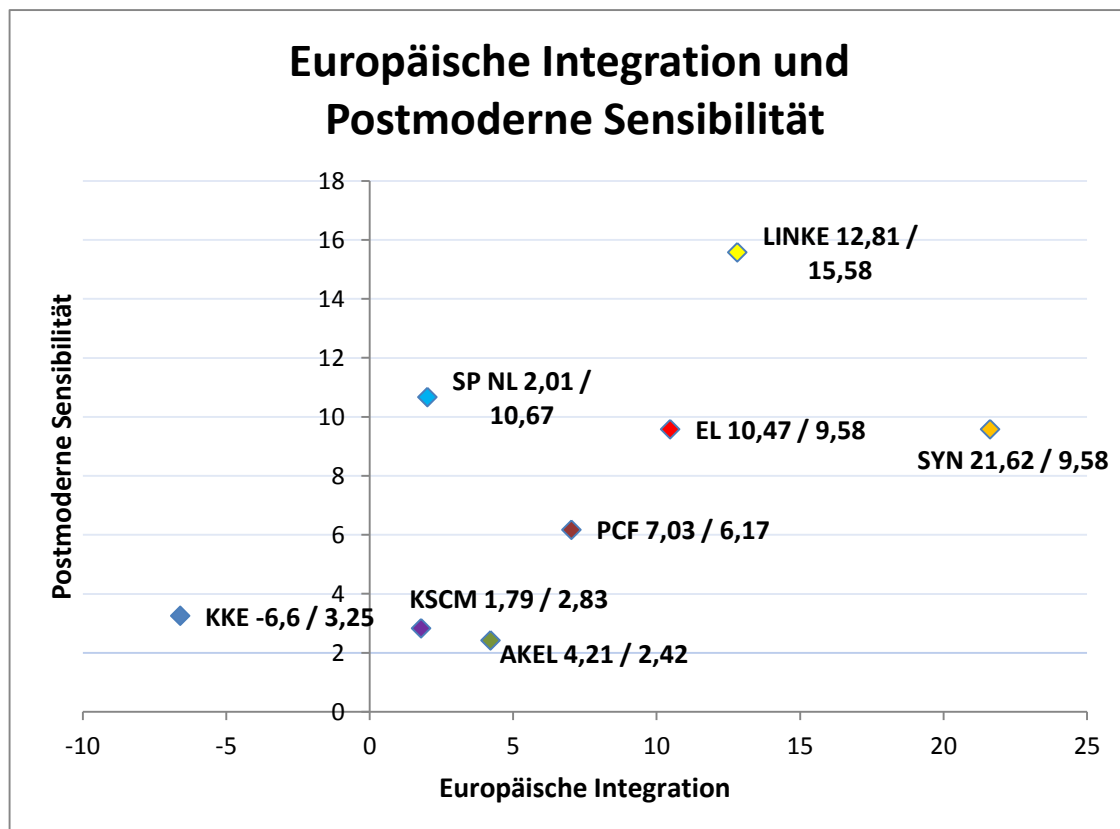


Abb. 14 Einstellung zur Europäischen Integration und Postmoderne Sensibilität der Linksparteien (Baier/Steiner 2011)

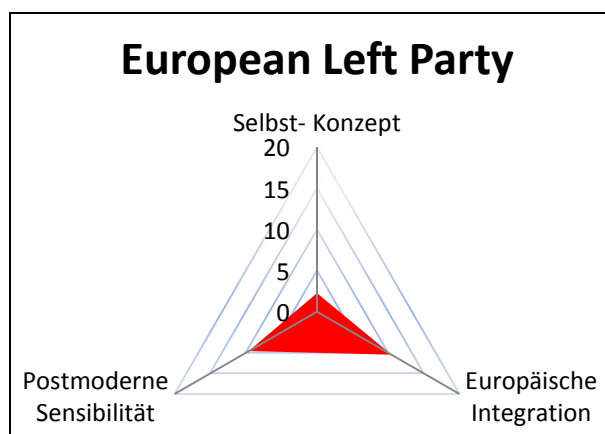


Abb. 15 Drei Konfliktlinien: Europäische Linkspartei (Baier/Steiner 2011)

Zum Vergleich sind die drei cleavages auch auf die transnationalen Partei, die Europäische Linkspartei angelegt, sie steht erwartungsgemäß als Summe ihrer einzelnen Parteien politisch-ideologisch sowie hinsichtlich der Europäisierung in der Mitte.

7 Zusammenfassung und Resümee

Der erste Teil meiner Arbeit hat eine allgemeine Einleitung zu Theorie, Begriffserklärungen, Europa und der EU gegeben. Ich habe hier den politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmen meines Untersuchungsgegenstands beschrieben.

Im zweiten Teil habe ich mich mit den Linksparteien, ihrer Entwicklung und historischen Ausdifferenzierung sowie der Frage ob sie eine Parteifamilie bilden beschäftigt, und schließlich habe ich die Frage nach ihrem Grad der Europäisierung beantwortet.

Ich verwende in dieser Arbeit mehrmals den sozialstrukturellen cleavage-Ansatz. Er ist in Kombination mit sozialpsychologischen Ansätzen ein geeignetes Werkzeug in der Analyse von Parteien und bildet auch die Grundlage für das Konzept der Parteifamilien. Der cleavage-Ansatz wurde 1967 von Lipset/Rokkan entwickelt und basiert auf der Annahme von vier grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien, entlang dieser sich auch Parteien und transnationale Parteifamilien gebildet haben: Zentrum-Peripherie, Säkularität-Kirche, Stadt-Land und Arbeit-Kapital. Die Konfliktlinien können kurz- oder langfristig durch neue Konflikte ergänzt werden. Dieser Ansatz wurde auf Basis der westeuropäischen Parteiensysteme und gleichzeitig zur Betrachtung derselben entwickelt. Ich habe das Konzept der Parteifamilien erörtert, diese können anhand verschiedener Kriterien wie Entstehung und Soziologie, Transnationale Zusammenschlüsse, Policy und Ideologie und Namen ausgemacht werden. Forscher_innen legen den cleavage- und den Parteifamilien-Ansatz auch auf die zentral- und osteuropäischen jungen Parteiensysteme um. Doch gesamteuropäische Analysen stehen vor Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit, welche die Unterschiede in der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung mit sich bringen.

Im Kapitel zu Europa und der EU habe ich nicht die Schritte und Jahreszahlen der Entwicklung der Europäischen Union wiedergegeben. Stattdessen habe ich einen Überblick über aktuelle politische Trends und historische Entwicklungen gegeben. Ich habe die aktuelle „Krisenvielfalt“ und auf diesem Hintergrund die elektoralen Entwicklungen der jüngeren Zeit beleuchtet. Die aktuellen europäischen Trends gehen mit den Krisenpolitiken in Richtung Umverteilung von unten nach oben, gepaart mit Mustern autoritärer Politik gegenüber der europäischen Peripherie und den Lohnabhängigen der Länder. Die Linke profitiert politisch nicht von diesen Entwicklungen, auch nicht von den Verlusten der Sozialdemokratie. Vielmehr ist die Folge ein Erstarken der Rechten, dies nicht zuletzt auch wegen struktureller Umbrüche in den europäischen Gesellschaften und Parteiensystemen. Dazu zählt der Wandel der ehemaligen großen Volksparteien zu modernen Wähler_innenparteien, die sich inhaltlich aneinander angleichen. Die Milieubindung der Menschen entlang der

traditionellen Konfliktlinien schwindet, genauso die Parteiidentifikation, hingegen werden Sachthemen und Kandidat_innen wichtiger für die Wahlentscheidung. Hinzu kommt der Trend des Wechselwählens. Durch die sozialstrukturellen Verwerfungen steigen Ängste und Unsicherheit, rechtspopulistische Kandidat_innen und Parteien gewinnen an Zuspruch. Protestwähler_innen geben ihnen die Stimme, allerdings können auch Linksparteien als Protestpartei fungieren.

Von den europäischen historisch-gesellschaftlichen Entwicklungen habe ich zwei, die auch für die Entwicklung der Linksparteien wichtig sind, herausgegriffen. Ich habe die Veränderungen der Produktionsverhältnisse mit Fokus auf den Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Veränderung der Geschlechterverhältnisse beschrieben. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Transformation in den zentral- und osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion brachten für alle Gesellschaften – in West und Ost – Veränderungen und Umbrüche. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme und die Privatisierungen wurden im Zuge des neoliberalen Umbaus sowohl in den transformierten Gesellschaften als auch in den alten kapitalistischen Systemen vorangetrieben. Die zunehmende Transnationalisierung der Märkte lässt jedoch trotzdem die Rolle des Staates als vermittelnde Instanz zwischen Markt und Menschen nicht verschwinden. Gleichzeitig beförderte das Ende des Ost-West-Konflikts einen Integrationsschub. Mit dem Wandel der Produktionsverhältnisse von Fordismus zu Neoliberalismus veränderten sich auch die Geschlechterverhältnisse. Traditionelle Rollenbilder und die geschlechtsspezifische Aufteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit sind in den Kämpfen der neuen Frauenbewegung erschüttert worden. Dennoch sind Frauen Mehrfachbelastungen ausgesetzt, stoßen an gläserne Decken und verdienen für gleiche Arbeit weniger. Die globalen, patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse bestehen fort.

Der Prozess der europäischen Integration wird durch die Integration der Märkte, aber auch durch zivilgesellschaftliche Akteur_innen und die Politik befördert, diese verschiedenen Integrationsantriebe sind immer auch verwoben. Ein institutionell großer Schritt der europäischen Integration war die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979. Das Fortschreiten schien seit Mitte der Achtziger und des Beschlusses der Einheitlichen Europäischen Akte und der weiteren Verträge unaufhaltsam, jedoch bröckelt die Integration nicht zuletzt wegen der negativen Referenden zum Verfassungsvertrag und nun auch durch Renationalisierungstendenzen in der Krise. In einem kurzen persönlichen Zwischenresümee habe ich die Herausforderungen, die all diese Entwicklungen an die Linke stellen, umrissen.

Im Kapitel zur Linken Europas bin ich zuerst kurz auf wichtige politische Akteur_innen im europäischen und globalen politischen Raum eingegangen, die neuen sozialen Bewegungen. Hierzu zählen seit dem Ende der 90er die globalisierungskritische Bewegung und die

Sozialforumsprozesse. Die „Empörten“ und Platz-Besetzer_innen der neueren Gegenwart unterscheiden sich qualitativ von den vorher genannten Bewegungen und noch stärker von den traditionellen Parteien. Doch diese Abgrenzung der Bewegungen gegen herkömmliche Politikformen muss nicht verhärtete Fronten innerhalb der Linken zur Folge haben, wenn es Linksparteien gelingt, sich zu öffnen. Die organisatorischen und politischen Öffnungen sind dann auch Thema der historischen Entwicklungen und Ausdifferenzierungen der Linksparteien. Die Begrifflichkeit für die Parteien links der Sozialdemokratie, oder „radikalen Linken“, oder „Linksparteien“, ist abhängig von der jeweiligen Partei, die sie verwendet oder einer spezifischen Landessituation. Die Entstehungsgeschichten der Linksparteien können in drei historischen Etappen beschrieben werden. Die traditionellen kommunistischen Parteien haben sich in den Zehner- und Zwanzigerjahren des 20. Jahrhunderts von der Sozialdemokratie abgespalten, beide sind aus der Arbeiter_innenbewegung entstanden. Der Terror und die Verbrechen des Stalinismus der Dreißigerjahre und das totalitäre Regime Stalins sind von da an untrennbar mit dem Begriff Kommunismus und mit der Geschichte – auch der europäischen KPs, die unter der Führung Moskaus standen – verbunden. Eine Distanzierung oder gar Aufarbeitung innerhalb der (ehemals) kommunistischen Parteien Europas erfolgte spät oder bis heute nur halbherzig. In den Sechziger, Siebziger und Achtzigerjahren wurden in Westeuropa „Neue Linke“-Parteien entlang wieder- und neuentdeckter Konfliktlinien und neuer Politikfelder wie ökologische und frauenrechtliche Fragen gegründet. Gleichzeitig entstanden neue Linke, die sich von der Unterordnung unter die Führung der kommunistischen Bewegung durch die Sowjetunion distanzieren. Diese linkssozialistischen (in Nordeuropa) und eurokommunistischen (in Südeuropa) Parteien und Parteiallianz und Parteien des Eurokommunismus strebten ein Ende der Blockkonfrontation und eine Einigung Europas unter sozialen Vorzeichen an und sahen dies als Voraussetzung für ihren erfolgreichen Kampf. Außerdem brachte die Zeit der Transformation in Portugal, Griechenland und Spanien neue Aktionsfelder für die jeweiligen davor illegalisierten kommunistischen Parteien. Das Ende des Staatssozialismus schließlich stellte die historische Niederlage für die kommunistischen und sozialistischen Parteien dar. Umstrukturierungen, politische Erneuerungen und nicht zuletzt Misserfolge des Gegners – des Neoliberalismus – verhalfen den Linksparteien in Zeiten der Transformation und danach dennoch wieder zu Wahlerfolgen und Comebacks. Es sind nunmehr nicht länger die alten großen kommunistischen Parteien die Flaggschiffe der europäischen Linken, vielmehr herrscht eine Pluralität und Zersplitterung innerhalb des linken Spektrums. Es entstanden nach 1989/90 neue Parteien und Parteibündnisse wie die LINKE in Deutschland. Die poststaatssozialistischen linken Parteien in Zentral- und Osteuropa waren meist transformierte Folgeparteien der ehemals staatstragenden KPs. Sie haben sich schnell zu sozialdemokratischen Parteien gewandelt oder blieben ihren traditionellen Elektoraten als erneuerte Linksparteien erhalten. Das Spektrum der Parteien links der Sozialdemokratie

kann in Neue Europäische Linke, Klassische Kommunist_innen, Trotzist_innen und Nordisch-Grüne Linke unterteilt werden.

Nach der Einführung über die verschiedenen Strömungen in einem breiten linken Spektrum habe ich die Frage behandelt, ob es eine linke Parteienfamilie gibt. Ich habe dies anhand der vorher definierten Ansätze zur Bestimmung einer Parteifamilie untersucht. Die Kriterien hierfür sind Entstehung und Soziologie, Politikinhalte, Name und transnationale Kooperationen. Beim ersten Kriterium, der Entstehung, wird anhand des cleavage-Ansatzes ein Blick auf den Gründungskonflikt der Parteien geworfen. Sie sind nicht einheitlich und haben neben unterschiedlichen Gründungszeitpunkten auch unterschiedliche Gründungskonflikte, das ist jedoch nicht unbedingt unüblich in der Geschichte von Parteifamilien. Die Soziologie ihrer Wähler_innen zeigt auch eine breite Streuung innerhalb des linken europäischen Spektrums, die jedoch parallel zur Streuung in den Entstehungsgeschichten auszumachen ist. Sie können mit Blick auf ihre Wähler_innen als klassische Arbeiter_innenparteien und Parteien moderner Produzent_innen und Dienstleister_innen bezeichnet werden. Es können nämlich innerhalb der linken Subkultur altkommunistische Elektorate (männlich dominiert, niedrigeres Bildungsniveau, überdurchschnittlich viele manuelle Arbeiter_innen und Pensionist_innen), grün-alternative Elektorate und Jugendlich-linksradikale Elektorate (beide weiblich dominiert, höheres Bildungsniveau, viele Angestellte und Dienstleister_innen) ausgemacht werden, hinzu kommen enttäuschte Mitte-Links-Wähler_innen und Protestwähler_innen. Auch das Spektrum von Policy und Ideologie ist relativ breit gefächert innerhalb der gesamten europäischen Linken. Die ideologisch-programmatische Kohärenz der linken Parteien ist entlang der sozioökonomischen Links-Rechts-Konfliktachse gegeben, entlang der gesellschaftspolitischen Konfliktachse zwischen libertären und autoritären Vorstellungen jedoch gestreut. Zur Untersuchung der gemeinsamen europäischen Politikinhalte der Linksparteien habe ich mich auf Striethorst (2010) gestützt, die in einer qualitativen Studie die am meisten europäisierten Politikinhalte der Linksparteien beschreibt. Diese sind die Krise des Finanzmarktkapitalismus, der Wohlfahrtsstaat und öffentliche Dienste, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Frieden und kollektive Sicherheit. Als nächstes Kriterium scheint die Existenz eines transnationalen linken Zusammenschlusses ein einfacher Beweis für die Existenz einer Parteifamilie zu sein. Doch die linke Fraktionsgemeinschaft im Europaparlament GUE/NGL umfasst zwar fast alle linken MEPs, dies aber vorwiegend aus dem praktischen Sachzwang, sich einer Fraktion zuordnen zu müssen, als auf Basis einer tatsächlichen gemeinsamen politischen Grundlage. So ist dieser Zusammenschluss höchst fragmentiert und mehr „Kontakt“ als „Kooperation“. Eine Form der integrierten transnationalen Zusammenarbeit stellt die Europäische Linkspartei dar. Die Europäische Linkspartei hat sich aus dem 1991 gegründeten losen

Netzwerk des Neuen Europäischen Linken Forums (NELF) entwickelt. Sie wurde 2004 als Zusammenschluss von demokratischen sozialistischen und kommunistischen politischen Parteien gegründet. Die transnationale Partei ist offen für den Beitritt von Parteien in Ländern außerhalb der EU und offen für politische Diversität und Pluralität. In der Tat ist dies die erste institutionalisierte, verbindliche transnationale Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung von politischen Strategien linker Parteien seit das Kominform-Büro 1956 aufgelöst wurde.

Im Kapitel zur Europäisierung habe ich mich diesem vagen Begriff mithilfe des Analyserahmens zur Europäisierung nationaler Parteien nach Ladrech (2002, 2010) genähert. Hier gibt es verschiedene Kriterien zur Beurteilung des Grades der Europäisierung: Europäisierte Politikinhalte, Organisatorische Europäisierung, Veränderungen im Parteienwettbewerb, Beziehungen Partei – Regierung und Kooperationen und Organisationen die über den Rahmen des nationalen Parteiensystems hinausgehen. In der Untersuchung der Europäisierung der Linksparteien habe ich mich auf die Einbindung in transnationale Kooperationen und die inhaltlich-politische Europäisierung konzentriert. Eine integrierte transnationale Kooperation ist die der Europäischen Linkspartei. Ihre Mitgliedsparteien weisen also einen gewissen Grad an Europäisierung auf, bringen sie sich doch verbindlich in den Strukturen der EL ein. Zur Analyse der inhaltlich-ideologischen Europäisierung habe ich beispielhaft sieben Linksparteien herausgegriffen um ihre Partei- und Wahlprogramme zu untersuchen. Entlang der Konfliktlinie Europäisierung, gekreuzt mit Konfliktlinien zur politisch-ideologischen Einschätzung sind sie bewertet und im Koordinatensystem platziert worden. Hier hat sich gezeigt, dass die Vertreter_innen der jeweiligen weiter oben beschriebenen, aufgrund organisatorischer und historischer Kooperation und Entwicklung ausdifferenzierten Strömungen sich auch hinsichtlich ihrer Einstellung zur EU, zu Europa und dem europäischen Integrationsprojekt unterscheiden. Zum Vergleich sind die drei cleavages auch auf die transnationale Partei, die Europäische Linkspartei, angelegt – sie steht erwartungsgemäß als Summe ihrer einzelnen Parteien politisch-ideologisch sowie hinsichtlich der Europäisierung in der Mitte.

Die anfängliche Hypothese, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Ausmaß der Europäisierung, der politisch-ideologischen Einordnung im linken Spektrum und der möglichen Zuordnung zu einer linken Parteifamilie, konnte gestützt werden. Die Mitgliedsparteien der transnationalen Europäischen Linkspartei sind Teil einer inhaltlich pluralen aber integrierten, organisatorisch konsolidierten Kooperation und können damit als organisatorisch und kooperativ europäisiert bezeichnet werden. Außerdem bilden sie den mehr oder weniger kohärenten Kern der linken Parteifamilie.

8 Literaturnachweise

8.1 Literatur

- Abels, Gabriele: Feministische Perspektiven. In: Hans-Jürgen Bieling/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. 347-372
- Adamczak, Bini: Gestern Morgen: über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft. Unrast: Münster, 2007.
- Appelt, Erna: Globalisierung aus feministischer Perspektive. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, No. 2, 2001, 127-135.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. Piper: München, Zürich, 2006.
- Baier, Walter: „Transformation“: Antonio Gramsci und Karl Polanyi. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. No. 7, 2010, 45-53.
- Baumgartinger, Persson Perry: *Lieb[schtean] Les[schtean], [schtean] du das gerade liest ... – Von Emanzipation und Pathologisierung, Ermächtigung und Sprachveränderungen* In: *Liminalis – Zeitschrift für geschlechtliche Emanzipation*, 2008_02
- Beckmann, Martin: Marxistische Politische Ökonomie. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. 117 – 141.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.
- Bieling, Hans-Jürgen/ Jochen Steinhilber: Einleitung: Theorie und Kritik der europäischen Integration. In: Diess. (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000. 7-22.
- Bohle, Dorothee: Neogramscianismus. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Marika Lerch (Hrsg.): Theorien der europäischen Integration. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005. 197 – 221.

- Bolini, Rafalea: Die Herausforderungen vor dem Europäischen Sozialforum. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. No. 6, 2010. 73-82.
- Brand, Ulrich/ Ana Esther Ceceña (Hrsg.): Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis. Westfälisches Dampfboot. Münster 2000.
- Chryssochoou, Dimitris N.: The Perspectives for the Development of Political Parties at European Level. Europarties and the making of a demos. Hearing at European Parliament, Constitutional Affairs Committee, Brussels Jan 2011.
- Dackweiler, Regina-Maria: Wissenschaftskritik – Methodologie – Methoden. In: Sieglinde K. Rosenberger/ Birgit Sauer (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. WUV UTB. Wien 2004. S.45-63.
- Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst [Hrsg.]: Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010.
- Deppe, Frank: Zum Wandel kritischer Integrationstheorien. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000. 331-349
- Gauthier, Elisabeth: Die Krise in Europa. Alternativen und strategische Herausforderungen für die europäische Linke. In: transform! 6, 2010. S.149-163.
- Golemis, Haris: Können PIGS fliegen? In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. No. 6, 2010, 43-51.
- Herrmann, Steffen Kitty: Performing the Gap – Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. Arranca! 28, Nov. 2003. 22-26.
- Hildebrandt, Cornelia: Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst [Hrsg.]: Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 9-38.
- Hildebrandt, Cornelia: Europapolitische Positionen europäischer Linksparteien. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst [Hrsg.]: Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 67-88.
- Hildebrandt, Cornelia: Emanzipative und soziale Bewegungen in Deutschland. In: Michael Brie/ Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin: Dietz Verlag, 2006 (=Texte / Rosa-Luxemburg Stiftung 30). 143-159.

- Holloway, John: Die zwei Zeiten der Revolution. Würde, Macht und die Politik der Zapatistas. Aus dem Englischen und Spanischen übersetzt und eingeleitet von Jens Kastner. Turia + Kant. Wien 2006 (=es kommt darauf an 5).
- Holubec, Stanislav: Regional support of European radical left. 2010 (Text b. Verf.in)
- Hüllen, Rudolf van: Transnational Cooperation of Post-Communist Parties. In: Uwe Backes, Patrick Moreau (Hrsg.): Communist and Post-Communist Parties in Europe. Göttingen : Vandenhoeck & Ruprecht 2008. (=Schriften des Hannah-Arendt-Instituts, Band 36).
- Huffschmid, Jörg; PRESOM: Finanzmärkte: Neue Akteure und Strategien und ihre Bedeutung für das „europäische Sozialmodell“ In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog No.3, 2008 S. 40-84.
- Jahn, Detlef: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. VS: Wiesbaden, 2006.
- Johansen, Inger V.: Die Linke und die radikale Linke in Dänemark. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 251-269.
- Kreisky, Eva: Geschlecht als politische und politikwissenschaftliche Kategorie. In: Sieglinde K. Rosenberger/ Birgit Sauer (Hrsg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Wien: WUV UTB, 2004. 23-43.
- Kulke, Roland: Die Wahlverfahren in den Ländern Europas – mit einem Exkurs über Parteiensysteme. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 114-124.
- Ladrech, Robert: Europeanization and Political Parties. Towards a Framework for Analysis. In: Party Politics 2002. Vol. 8 Nr.4. 389 -403.
- Ladrech, Robert: Europeanization and national politics. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2010. (=The European Union series).
- Lipset Seymour; Stein Rokkan (Hrsg.): Party systems and voter alignments: cross-national perspectives. New York [u.a.]: Free Press [u.a.], 1967 (=International yearbook of political behaviour research 7).
- Mair, Peter; Cas Mudde: The party family and its study. In: Annual Review of Political Science. 1998, Vol.1(1). 211-229 [Peer Reviewed Journal]

- Marioulas, Julian: Die griechische Linke. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 270-287.
- Marioulas, Julian: Die AKEL in Zypern. In: Daiber, Birgit, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2010. 288-296.
- Mense, Thorsten: Spanische Kasematten. In: konkret 7/2011. 22f.
- Mittag, Jürgen und Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU. Wien: Facultas wuv 2010 (=Europa kompakt 6).
- Moschonas, Gerassimos: Die Europäische Union und das Dilemma der radikalen Linken. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. No. 9, 2011. 8-23.
- Niedermayer, Oskar; Richard Stöss; Melanie Haas (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. VS Wiesbaden 2006.
- Pelinka, Anton: Vergleich politischer Systeme. Böhlau: Wien [u.a.], 2005.
- Saalfeld, Thomas: Parteien und Wahlen. Nomos: Baden-Baden, 2007.
- Said, Edward W.: Orientalism. New York, Vintage Books 2003
- Schirdewan, Martin: Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken. Berlin: Dietz, 2009
- Spier, Tim (Hrsg.): Die Linkspartei: zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft? Wiesbaden: VS, 2007.
- Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant, 2008. (=Es kommt darauf an 6).
- Steiner, Barbara: Die Linken und ihr Abschneiden bei Wahlen – eine Studie. Teile publiziert in: Transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. No. 6, 2010. 199-209.
- Steinko, Armando Fernández: May 15 and the Spanish Revolution. In: transform! European journal for alternative thinking and political dialogue. 9, 2011. 95-98.

- Stöss, Richard: Rechtsextreme Parteien in Westeuropa. In: Niedermayer, Oskar; Richard Stöss; Melanie Haas (Hrsg.): Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS, 2006. 521-563.
- Streeruwitz, Marlene: Sein. Und Schein. Und Erscheinen. Tübinger Poetikvorlesungen. Frankfurt: Suhrkamp, 1997 (=edition suhrkamp 2013).
- Striethorst, Anna: Aktuelle Themen und Debatten der europäischen Linksparteien. In: Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Dietz Verlag, 2010 (=Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; 52). 49-66.
- Striethorst, Anna: Mitglieder und Elektorate von Linksparteien in Europa. In: Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt, Anna Striethorst (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition: Linke Parteien in Europa. Berlin: Dietz Verlag, 2010 (=Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; 52) 89-113.
- Süssner, Henning: Good-bye Lenin. Die schwedische Linkspartei 1998-2005. In: Michael Brie/ Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch. Berlin: Dietz Verlag, 2006 (=Texte / Rosa-Luxemburg Stiftung 30). 191-205.
- Trömel-Plötz, Senta: Frauensprache - Sprache der Veränderung. Frankfurt: Fischer, 1982. (=ftb 3725: Die Frau in der Gesellschaft) ·
- von Beyme, Klaus: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 2000.
- Young, Brigitte: Geschlechterpolitik und disziplinierender Neoliberalismus in der Europäischen Union. In: Bieling, Hans-Jürgen/Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 2000. 131-161.

8.2 Vorträge

- Scholz, Helmut: Challenges of Diversity and Plurality Using the Example of the EL. Speech at the seminar Diversity and Plurality as Challenges of Left Policy. International Workshop of the Rosa Luxemburg Foundation and *transform!* Europe, Berlin 22-24 May, 2011.

Söderqvist, Jonas: Situation of Migrants During the Crisis. Workshop bei der *transform!* - EL Sommeruni, Trevi 12-17 July, 2011.

8.3 Internetquellen

Baier, Walter: Editorial. In: European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe: EuroMemorandum 2011/2012: European integration at the crossroads - Democratic deepening for stability, solidarity and social justice. Download unter: <http://www.euromemo.eu/> erscheint gedruckt, hg. von *transform!* im Jänner 2012.

Bardi, Luciano; et al: How to Create a Transnational Party System. European Parliament. Directorate General for Internal Policies, Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs, 2010. <http://www.eui.eu/Projects/EUDO/Documents/10-14StudyOPPR-PE.pdf> (Zugriff 04.2011)

Becker-Schmidt, Regina: Zur doppelten Vergesellschaftung von Frauen. Soziologische Grundlegung, empirische Rekonstruktion. Gender-Politik-Online, Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Juli 2003. http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/becker_schmidt/becker_schmidt_ohne.pdf (Zugriff 06.12.2011)

Daiber, Birgit; Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Die Linke in Europa. Analysen linker Parteien und Parteiallianzen. (=Aufsätze zur politischen Bildung) 2009. http://rosalux-europa.info/userfiles/file/daiber_hildebrandt_die_linke_in_europa_final.pdf (Zugriff 17.01.2012)

Dunphy, Richard; Luke March: The European Left Party and the 2009 European Parliamentary Elections. Political Studies Association 2009 http://www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2010/555_1392.pdf (Zugriff 17.01.2012)

Elecciones Generales 2011. Wahlseite des spanischen Innenministeriums. http://elecciones.mir.es/resultadosgenerales2011/99CG/DCG99999TO_L1.htm (Zugriff 17.01.2012)

Europäische Kommission > Justiz > Gleichstellung von Frauen und Männern > Geschlechtsspezifisches Lohngefälle. [Stand 28.11.2011] http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/situation-europe/index_en.htm (Zugriff 06.12.2011)

- European Left: About the EL http://www.european-left.org/english/about_the_el/introduction/ (Zugriff 06.12.2011)
- European Left: Reclaim Life, Fight Precarity. 2008. www.european-left.org/uploads/media/Precarity_en.pdf (Zugriff 06.12.2011)
- Frontex: Budget and Finance. 2011 http://www.frontex.europa.eu/budget_and_finance/ (Zugriff 03.01.2011)
- Hoff, Benjamin-Immanuel; Horst Kahrs 2009: Die EU wird konservativer und europaskeptischer. Ergebnisse der Direktwahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 mit einer Übersicht aller EU-Länder und Wählerwanderungstabelle. (2009)
http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Wahlanalyse_07.06.2009.pdf (Zugriff 04.2010)
- Kaufmann, Stephan: „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!“ 20 beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise. Rosa Luxemburg Stiftung. August 2011
<http://www.rosalux.de/publication/37617> (Zugriff 06.12.2011)
- Lehndorff, Steffen: German capitalism and the European crisis: part of the solution or part of the problem? Presentation at the Joint Social Conference Study Day, London 30 September 2011. http://www.transform-network.net/uploads/media/Lehndorff_30-09-2011_01.pdf (Zugriff 29.12.2011)
- March, Luke: Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream? (2008) <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05817.pdf> (Zugriff: 16.1.2012)
- Rathfelder, Erich: Machtwechsel in Kroatien: Linksbündnis „Kukuriku“ gewinnt Wahl. In: Taz, 5.12.2011 <http://www.taz.de/Machtwechsel-in-Kroatien/!83146/> (Zugriff: 06.12.2011)
- Spier, Tim: Linksparteien in Westeuropa. Eine kohärente Parteifamilie? Vortrag bei *Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaften*. Arbeitskreis Parteienforschung JAHRESTAGUNG 2009 in Kiel. Thema: Parteifamilien - Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?. <http://www.uni-trier.de/index.php?id=29967> (Zugriff 01.2011)
- Steiner, Barbara und Walter Baier: Electoral Performance of the Left – A Review. Powerpointpräsentation bei transform! Seminar *Strategic Perspectives of the European Left (1)*: „Why the Crisis Seems to Favour Rather the Right than the

Left in Europe?" Mallorca March 2010 http://www.transform-network.net/uploads/media/Electoral_Performance.pdf (Zugriff 17.01.2012)

Wandler, Reiner: Der ungeduldige Demokrat. In: Taz, 23.05.2011. <http://www.taz.de/!71201/> (Zugriff 17.08.2011)

Zusammenfassung der EU- Gesetzgebung: Einheitliche Europäische Akte [Stand 26.10.2010]

http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_singlect_de.htm (Zugriff: 28.12.2011)

Votewatch.eu

http://www.votewatch.eu/cx_european_party_groups.php?vers=2&segment_id=7&segment_id_start=0&segment_id_end=4 (Zugriff 25.07.2011)

Anhang

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Reallohnentwicklung pro Kopf, 2000-2008 (Hans Böckler Stiftung 2008 zit. n. Lehndorff 2011).....	28
Abb. 2 Sozialdemokratische und Linke Parteien EU15 und EU12 (2004/07 und 2009) (gewichtet nach Elektorat) (Steiner 2010, 205).....	30
Abb. 3 Historisch-genetische Kohärenz der (westeuropäischen) Linksparteien (Spier 2009, 8)	52
Abb. 4 Elektorale Kohärenz der (westeuropäischen) Parteifamilien (Spier 2009, 13)	56
Abb. 5 Ideologisch-programmatische Kohärenz der Linksparteien (Spier 2009, 11)	57
Abb. 6 Kohäsionsrate des Abstimmungsverhaltens von Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften seit der Wahl 2009 (votewatch.eu, 25.Juli 2011)	60
Abb. 7 Kohäsionsrate des Abstimmungsverhaltens von Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften seit der Wahl 2009, nach Politikfeld (votewatch.eu, 25.Juli 2011)	61
Abb. 8 Die Mitgliedsparteien der Europäischen Linkspartei (European Left: About the EL [Online]).....	66
Abb. 9 Die Beobachter_innenparteien der Europäischen Linkspartei (European Left: About the EL [Online])	67
Abb. 10 Die in der Studie zur Europäisierung untersuchten Linksparteien	77
Abb. 11 Dis-/Kontinuität im Selbstverständnis und Einstellung zur Europäischen Integration der Linksparteien (Baier/Steiner 2011)	78
Abb. 12 Drei Konfliktlinien: Kommunistische Partei Griechenlands (Baier/Steiner 2011)..	79
Abb. 13 Drei Konfliktlinien: Synaspismos (Griechenland) (Baier/Steiner 2011)	80
Abb. 14 Einstellung zur Europäischen Integration und Postmoderne Sensibilität der Linksparteien (Baier/Steiner 2011).....	81
Abb. 15 Drei Konfliktlinien: Europäische Linkspartei (Baier/Steiner 2011)	81

Abkürzungen

Parteien und Organisationen

- AKEL – Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Zypern)
- ALDE – Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- EAL – Europäische Antikapitalistische Linke
- ECR – Europäische Konservative und Reformen (EP-Fraktion)
- EL – Europäischen Linkspartei
- EVP – Europäische Volkspartei
- FdG – *Front de gauche* – Linksfront (französische Wahlplattform für die EP-Wahlen 2009 mit der Linkspartei und der kommunistischen Partei)
- GUE/NGL – *Gauche Unitaire Européenne/Nordic Green Left* – Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
- IU – *Izquierda Unida* – Vereinte Linke (Spanien)
- KKE – *Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας* – Kommunistische Partei Griechenlands
- KSČM – *Komunistická strana Čech a Moravy* – Kommunistische Partei Böhmens und Mährens
- NELF – *New European Left Forum* – Forum der Neuen Europäischen Linken
- Neolaia SYN – Jugend von Synaspismos (Griechenland)
- NGLA – Nordisch-Grüne Linke Allianz
- PCF – *Parti communiste français* – Kommunistische Partei Frankreichs
- PCP – *Partido Comunista Português* – Portugiesische Kommunistische Partei
- PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus (Deutschland)
- PRC – *Partito della Rifondazione Comunista* – Partei der Kommunistischen Wiedergründung
- SP – *Socialistische Parti* – Sozialistische Partei (Niederlande)
- SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschland
- SVP – Südtiroler Volkspartei
- SYN – Synaspismos – Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (Griechenland)
- *Samobroona RP* – Selbstverteidigung der Republik Polen
- LPR – *Liga Polskich Rodzin* – Liga polnischer Familien

- PRM – *Partidul România Mare* – Großrumänien- Partei
- S&D – Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament
- SF – *Socialistisk Folkeparti* – Sozialistische Volkspartei Dänemark
- SNS – *Slovenska nacionalna stranka* – Slowenische Nationale Partei
- WASG – Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (Deutschland)

Sonstige Abkürzungen

- EU12 – Neumitglieder seit 2004 („Osterweiterung“)
- EU15 – Mitgliedsstaaten bis einschließlich April 2004 („Westeuropa“)
- EULEX – *European Union Rule of Law Mission in Kosovo* – Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union
- KFOR – *Kosovo Force* – Kosovo Truppe (multinationale militärische Truppe unter der Leitung der NATO)
- MEP – Member of European Parliament
- USA – *United States of America* – Vereinigte Staaten Amerikas
- UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Studie Typologie der Linksparteien anhand dreier cleavages, 2010

Baier, Walter and Barbara Steiner: Left Parties between Fragmentation and Diversity. Berlin, Presentation at the seminar Diversity and Plurality as Challenges of Left Policy. International Workshop of Rosa Luxemburg Foundation and Transform! Europe, Berlin, May 2011

Kategorie I: Kontinuität/ Diskontinuität im Selbstverständnis

1. Kapitalismus

- 1.1. Charakterisierung der Gesellschaft als Kapitalismus (5)
- 1.2. Charakterisierung der Gesellschaft als Imperialismus/ Stamokap. (6)
- 1.3. Antikapitalismus (= Fundamentalkritik am Kapitalismus) (5)
- 1.4. Kapitalismus-Kritik (3)
- 1.5. Globalisierungskritik (2)
- 1.6. Neoliberalismus-Kritik und Kritik des Finanzmarkt-Kapitalismus (2)
- 1.7. Unterdrückung/ Spaltung der Gesellschaft (1)
- 1.8. Entfremdung (-1)
- 1.9. Ausbeutung/ Wachsende soziale Ungleichheit (4)
- 1.10. 0

2. Krise

- 2.1. „Gesellschaft befindet sich in einer Krise“ (2)

- 2.2. „Allgemeine Krise des Kapitalismus“ (4)
- 2.3. „Systemische Krise“ (2)
- 2.4. Krise der Zivilisation – Krise des Entwicklungsmodells (1)
- 2.5. 0

3. Klasse

- 3.1. Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital/ Klassenkampf (3)
- 3.2. Spezieller Appell an die Arbeiterklasse (2)
- 3.3. Kampf im Interesse aller Benachteiligten (1)
- 3.4. 0

4. Feminismus im Selbstverständnis

- 4.1. Geschlechtersensible Programmansagen (-1)
- 4.2. Feminismus als Konzept (-2)

5. Gesellschaftliche Vision

- 5.1. Kommunismus/ Sozialismus (5)
- 5.2. Sozialismus aus wissenschaftlicher Kritik des Kapitalismus begründet (4)
- 5.3. Sozialismus als Wertesystem (2)
- 5.4. Demokratischer Sozialismus (-3)
- 5.5. Sozialismus des 21. Jahrhunderts (2)
- 5.6. Emanzipation mit Bezug auf Marx (2)
- 5.7. Emanzipation ohne Bezug auf Marx (1)
- 5.8. Erweiterte Demokratie und Durchsetzung der Menschenrechte (-5)
- 5.9. 0

6. Bündnisse/ Sicht auf andere linke Kräfte

- 6.1. Abgrenzung/ Avantgardistisches Selbstverständnis (2)
- 6.2. Kritik am sozialdemokratischen „3.Weg“ (1)
- 6.3. Dialog- und Kooperationsangebot: Äußerer Pluralismus (-1)
- 6.4. Innerer Pluralismus (-2)

7. Formen und Wege zum Sozialismus

- 7.1. Verstaatlichung (Vergesellschaftung) der wichtigsten Produktionsmittel (3)
- 7.2. Machtfrage (3)
- 7.3. Revolution (2)
- 7.4. Transformation (1)
- 7.5. Gemischte Wirtschaft (-2)
- 7.6. Gewaltfreiheit (-4)
- 7.7. Demokratie/ Respektierung der Freiheiten/ Parlamentarismus (-4)

8. Andere Signalwörter der kommunistischen Parteiidentität -- Kontinuität

- 8.1. „K“ im Parteinamen (9)
- 8.2. Marxismus-Leninismus (8)
- 8.3. Marx (3)
- 8.4. Internationale Kommunistische Bewegung (8)
- 8.5. Proletarischer Internationalismus (8)
- 8.6. Diktatur des Proletariat (8)
- 8.7. Demokratischer Zentralismus (8)

- 8.8. Historische Mission der Arbeiterklasse (8)
- 8.9. Drei revolutionäre Hauptkräfte der Gegenwart (8)
- 8.10. Antiimperialismus (3)

9. Geschichtsbild

- 9.1. Direkte oder indirekte Würdigung Stalins (3)
- 9.2. Positiver Bezug auf staatssozialistische Systeme (1)
- 9.3. „Konterrevolution in Osteuropa (2)
- 9.4. Indifferenz (0)
- 9.5. Differenzierung und Kritik einzelner Deformationen des Staatssozialismus (-1)
- 9.6. Summarische Abgrenzung vom Staatssozialismus (-2)
- 9.7. Direkte oder indirekte Selbstkritik im Hinblick auf den Stalinismus (-3)

Kategorie II: Europäische Integration

1. Europa als Idee

- 1.1. Prinzipielle Kritik des Nationalstaats (11)
- 1.2. Referenz auf europäische Werte (10)
- 1.3. Die EU ist prinzipiell positiv/ Wir wollen eine bessere EU (9)
- 1.4. Neugründung der EU (7)
- 1.5. Stärkung der nationalen Souveränitäten innerhalb der EU (-7)
- 1.6. Rückbau der Kompetenzen der EU (-9)
- 1.7. Europa ist mehr als EU (6)
- 1.8. Wegfall der Binnengrenzen ist gut (10)
- 1.9. Europa als Friedensprojekt gewürdigt (10)
- 1.10. EU hat Wohlstand und/oder soziale Prosperität befördert (10)
- 1.11. Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik der EU wird befürwortet (10)
- 1.12. Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik wird abgelehnt (- 5)
- 1.13. Europa braucht einen politischen Wechsel (9)
- 1.14. Forderung nach EU-Austritt bzw. Auflösung der EU (-14)

2. Europäische Verfassung

- 2.1. Transparenz von Rat und Kommission (5)
- 2.2. Für eine politische Union (7)
- 2.3. Stärkung des Europäischen Parlaments (6)
- 2.4. Subsidiaritätsprinzip/ Klare Kompetenzteilung (5)
- 2.5. Stärkung von Demokratie und Partizipation der BürgerInnen (6)
- 2.6. Keine weiteren Kompetenzen an die EU (-5)
- 2.7. Für Ausarbeitung einer neuen Verfassung der EU (8)
- 2.8. Volksabstimmungen über Vertragsänderungen bzw. eine Verfassung (8)
- 2.9. EU-Austritt – (9)

3. Wirtschaft

- 3.1. Europa braucht eine Wirtschaftsregierung (10)
- 3.2. Funktion der europäischen Zentralbank neu definieren (8)
- 3.3. Befürwortung europäischer Steuern (z.B. Millionärsabgabe) (8)
- 3.4. Befürwortung einer europäischen Transaktionssteuer (6)
- 3.5. EU muss Finanzmärkte kontrollieren (5) #
- 3.6. Mindeststandards bei Einkommens- und Gewinnbesteuerung (5)
- 3.7. Steueroasen abschaffen (5)

- 3.8. Erhöhung des EU-Budgets (9)
- 3.9. Begrenzung (Reduzierung) des EU-Budgets (- 8)
- 3.10. Forderungen bzgl. der Gemeinsamen Agrarpolitik (5)
- 3.11. EU-Austritt (- 11)

4. Europäisches Sozialmodell

- 4.1. Soziale Rechte/Sozialmodell vertraglich verankern. Soziale Fortschrittsklausel (4)
- 4.2. Europäische Mindeststandards für Löhne (3)
- 4.3. Für ein soziales Europa (2)
- 4.4. Harmonisierung sozialer Gesetze ist nicht wünschenswert (-5)
- 4.5. Regionale Ausgleichs durch koordinierte Struktur- und Investitionspolitik (4)
- 4.6. EU-Austritt (- 6)

5. Erweiterung

- 5.1. Akzeptanz der letzten Erweiterungsrunde (6)
- 5.2. Prinzipiell positiv zu weiterer Erweiterung der EU (7)
- 5.3. Erweiterungen nur auf Basis der Kopenhagen-Kriterien (6)
- 5.4. Erweiterung nur nach nationalen Volksabstimmungen (-5)
- 5.5. Explizite Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei (-6)
- 5.6. (Befristeter) Erweiterungsstopp (-6)
- 5.7. EU-Austritt (-7)

6. Migration

- 6.1. Gemeinsame europäische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik (3)
- 6.2. Residenzbürgerschaft (4)
- 6.3. Gegen unregulierte Bewegung von Arbeitskräften in der EU (-3)
- 6.4. EU-weiter Kampf gegen Rassismus, Xenophobie und Rechtsextremismus (2)
- 6.5. EU-Austritt (-4)

7. Die Linke

- 7.1. Referenz auf GUE-NGL und EL (4)
- 7.2. Referenz auf GUE-NGL und/oder NELF (3)
- 7.3. o
- 7.4. EU-Austritt (-4)

Kategorie III: Post-fordistische Sensitivität

1. Begriff der „Krise der Zivilisation“ (1)

2. Gerechtigkeitsvorstellung

- 2.1. Globale soziale sozialer Gerechtigkeit (2)
- 2.2. Ökologische Gerechtigkeit (2)

3. Feminismus (1)

4. Ökologie

- 4.1. Zentralität der ökologischen Frage (11)
- 4.2. Ausstieg aus der Atomenergie (8)
- 4.3. Einheit mit der Natur (9)

- 4.4. Energiewende/ Solarenergie (10)
- 4.5. Änderung der Produktionsweise (10)
- 4.6. Treibhausgasemissionen (7)
- 4.7. Gentechnik/ Biotechnologie (6)
- 4.8. Konsumkritik/ Änderung der Lebensweise/ Neuer Wohlstandstyp (10)
- 4.9. Konzept der Nachhaltigkeit (5)
- 4.10. Wirtschaftliches Wachstum problematisiert (10)
- 4.11. Sozialökologischer Umbau (9)
- 4.12. Tierschutz/Tierrechte (3)

5. Demokratie und neue Medien

- 5.1. Intellektuelles Eigentum (4)
- 5.2. Gegen Kommerzialisierung von Wissen und Kultur (4)
- 5.3. Forderungen zu Bildungs- und Wissenschaftspolitik (2)
- 5.4. Demokratisierung der Medien (2)

6. Gesellschaftspolitische Aspekte

- 6.1. Basic Income als Begriff (4)
- 6.2. Basic Income dem Sinn nach (3)
- 6.3. Prekarität (2)
- 6.4. Notwendigkeit eines neuen Arbeitsbegriffs (3)
- 6.5. Solidarische Gesellschaft (3)
- 6.6. Konzept der Commons (3)

7. Demokratie

- 7.1. Inklusion von MigrantInnen (3)
- 7.2. Offene Grenzen (4)
- 7.3. LGBT-Rechte (3)
- 7.4. Partizipative Demokratie (3)

Lebenslauf

Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien (2003 – 2012) und an der Universität Lund, Schweden (2008) mit den Forschungsschwerpunkten: Europa und Europäische Union, Feministische Theorie und Geschlechterforschung, Politische Theorien und Kulturstudien, außerdem Germanistik und Literaturwissenschaft.

Publikationen zur schwedischen Linken im Sammelband *Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa* (Dietz: Berlin, 2010) und zur europäischen Linken und ihrer elektoralen Performanz (Brüssel, 2010) in *transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog*.

Angestellt im Koordinationsbüro von *transform!*, der politischen Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL), in Wien. Inhaltliche Schwerpunkte: Strategien der Europäischen Linken, Jugend- und Bildungsarbeit (*EL-transform! Sommeruni*), Feminismus (Herausgabe Broschüre *Speeches of the International Women's Conference in Copenhagen, 2010*) und Zentral- und Osteuropa.

Davor in Handel und Buchhandel tätig, außerdem Ferialpraktika im Adalbert Stifter-Literaturhaus Oberösterreich.

Öffentlichkeitsarbeit im Museum Arbeitersiedlung Hammerweg 2008/09.

Politisches Engagement und Öffentlichkeitsarbeit an der ÖH Uni Wien, im Kommunistischen Student_innenverband – Linke Liste (KSV – LiLi), in der KPÖ und in feministischen Zusammenhängen.

Abstract

Diese Arbeit beschäftigt sich mit den europäischen Linksparteien und ihrer Verortung im politischen System der EU. Sie beleuchtet zur besseren Einordnung die aktuellen politischen Trends und historischen Entwicklungen in Europa und den Prozess der europäischen Integration – mit Fokus auf deren Bedeutung für die Linksparteien. Mit dem sozialstrukturellen cleavage-Ansatz zur Parteilorschung wird der Frage nach der Existenz einer linken Parteilamilie und der Europäisierung der Linksparteien nachgegangen. Dieser Arbeit ist gleichzeitig die Prämisse vorausgeschickt, eine kritische, feministische Perspektive einzunehmen.